

vom Ratsbüro genehmigt
am 24. Dezember 2001
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der **17/18.** Sitzung
vom Dienstag, 11. Dezember 2001
1. Teil 16.00 - 17.50 Uhr
2. Teil 19.05 - 24.00 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 47 Mitglieder (1. Teil)
Ratspräsident und 49 Mitglieder (2. Teil)
5 Stadträte

Entschuldigt für den 1. Sitzungsteil: Josef Eugster (SVP)
Annina Keller (OeBS)

- Traktandum 1a) - VdSR Realloohnerhöhung um 1,5% für das städtische Personal ab 1.1.02** **Seite 535**
- 1b) - Voranschlag 2002 der Einwohnergemeinde SH einschliesslich Leistungsvereinbarungen Pilotabteilungen WOV** **Seite 543**

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	GPK
18.06.01	INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren	
25.06.01	MOTION Peter Wullschleger (CVP) im Namen der Fraktions- gemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU - Gesunde und attraktive Finanzen	
14.08.01	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum	
21.08.01	VdSR Neuregelung der städtischen Abfallgebühren	SPK
28.08.01	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine Stiftung von Kanton und Stadt Schaffhausen nach ZGB	SPK
04.09.01	Motion Esther Bänziger (SP): Heizzeiten an den städtischen Schulen	
23.10.01	VdSR Parkleitsystem	SPK
6.11.01	INTERPELLATION Alfons Cadario (EVP) - Militärunterkunft Breite	
27.11.01	VdSR - Besoldung des Pflegepersonals in den städt. Altersheimen, Bericht des Stadtrates und Änderung der Besoldungsverordnung (Einreichungsplan)	GPK

Kleine Anfragen von

Thomas Hauser (FDP)	StadtschaffhauserInnen und die AXPO	25.08.01	13/2001
Oskar Christian Brüttsch (FDP)	Kehrichtdeponie und verschmutzte Gehsteige	30.09.01	16/2001
Bea Hauser (SP)	Bericht des städt. Wirtschaftsförderers	3.11.01	17/2001
Alfons Cadario (EVP)	Fahrgastinformation der VBSH	3.11.01	18/2001
Roland Schöttle (FDP)	Umzonung Areal Landhuus/Bleichi	18.11.01	19/2001
Christian Meister (SVP)	Fernsehnetz SASAG	28.11.01	20/2001

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**Traktandum 1a) - VdSR Reallohnerhöhung um 1,5% für das städtische Personal ab 1.1.02**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des SR unter Namensaufruf mit **37 : 2 Stimmen bei 9 Enthaltungen** wie folgt gut.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 20. November 2001 betreffend Reallohnerhöhung von 1,5 % für das städtische Personal auf den 1. Januar 2002.
2. Die Besoldungen nach den §§ 1, 2, 4 und 5 sowie die Entschädigungen gemäss § 4 Abs. 4 der Besoldungsverordnung vom 4. Dezember 1990 sowie die Besoldungen und Zulagen (ohne Kinderzulagen) nach den §§ 1 und 2 der Verordnung über Besoldung, Ferien und Ruhegehalt des Stadtpräsidenten und des Stadtrates vom 11. Dezember 1979 werden auf den 1. Januar 2002 um 1,5 % angehoben.

Der Antrag der GPK, die Besoldungen in Übereinstimmung mit dem Entscheid des Kantonsrates vom 3. Dezember 2001 um 1 % anzuheben, unterliegt bei einem Abstimmungsergebnis unter Namensaufruf von 23 Ja zu 23 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, dem Antrag von Peter Käppler (SP) durch Stichentscheid des Ratspräsidenten.

3. Die Ansätze basieren unverändert auf dem Landesindex der Konsumentenpreise von 106,8 Punkten (Stand September 2000; Basis Juni 1993 = 100 Punkte).
4. Ziff. 2. dieses Beschlusses untersteht nach Art. 11 Abs. 1 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 1b) - Voranschlag 2002 der Einwohnergemeinde SH einschliesslich Leistungsvereinbarungen Pilotabteilungen WOV

Der Grosse Stadtrat genehmigt mit **49 : 0 Stimmen** den Leistungsauftrag und die **Globalbudgets 2002 für die fünf Pilotabteilungen WOV.**

In der Detailberatung zum **Voranschlag 2002** heisst der Rat folgende Änderungen gut:

Laufende Rechnung:

- Seite 66 2140 365.03 Musikschulen**
Anschubfinanzierung Musikakademie
Auf Antrag von Josef Eugster (SVP) entscheidet der Rat mit 38 : 1 Stimmen, die Position - **Fr. 50'000.--** - zu streichen.
Ein Antrag von Kurt Zubler (SP), diesen Betrag einer neuen Position - *Familienrabatte und Projekte* - zuzuweisen, unterliegt dem Streichungsantrag von J. Eugster mit 20 : 26 Stimmen.
- Seite 66 2120 318.00 Orientierungsschulen**
Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Fr. 3'300.--
Auf Antrag von Wilhelm Hefti (SP) entscheidet der Rat mit 23 : 20 Stimmen, die Nothelferkurse im Schulunterricht zu belassen, was eine Erhöhung dieser Position um **Fr. 22'000.--** zur Folge hat.
Der Budgetbetrag lautet demnach auf neu Fr. 25'300.--.
- Seite 116 4900 361.00 Verbilligt. Krankenversich.prämien; Anteil Stadt SH**
Durch die vom Grossen Rat beschlossene höhere Ausschöpfung ergibt sich eine Mehrbelastung für die Stadt von **Fr. 354'500.--**.
Der Budgetbetrag lautet demnach auf neu Fr. 2'050'500.--.
- Seite 162 6200 314.06 Trottoirbauten Fr. 40'000.--**
Hier lag ein Streichungsantrag der GPK vor.
Auf Antrag von Verena Stutz (SP) entscheidet der Rat mit 36 zu 5 Stimmen, diese Position im Budget zu belassen.

Diese Korrektur ist ergebnisneutral, da der Betrag von Fr. 40'000.-- dem Erschliessungsreserve-Fonds 14.362.00 entnommen und der Pos. 6200 480.04 gutgeschrieben wird.

Investitionsrechnung: Keine Änderungen

Zusammen mit den ergänzenden Anträgen der GPK vom 5. Dezember 2001, welche diesem Protokoll beiliegen, ergibt sich in der Laufenden Rechnung des Voranschlages 2002 ein Defizit von Fr. 2'822'000.--, in der Investitionsrechnung ein Fehlbetrag von Fr. 10'779'800.--.

In der Schlussabstimmung genehmigt der Grosse Stadtrat mit **45 : 1 Stimmen** die Anträge des Stadtrates wie folgt:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2002 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 109 % festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Ein Antrag von Edgar Mittler (FDP), den Steuerfuss um 5 Prozentpunkte auf 107% zu reduzieren, unterliegt dem Antrag Raphaël Rohner (FDP), welcher für eine Senkung um 3% plädierte, mit 2 : 36 Stimmen.

Der Antrag Raphaël Rohner (FDP) für eine Festsetzung des Gemeindesteuerfusses auf 109% obsiegt über den Antrag der GPK, den Steuerfuss bei 112% zu belassen, unter Namensaufruf mit 26 : 24 Stimmen.

3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

	Fr.
140.503.10 Feuerwehr; Anschaffung Fahrzeuge	380'000.--
310.503.10 Museum, Sicherheitseinrichtungen	400'000.--
350.524.24 KSS; Decke/Sicherheit	205'000.--
350.525.00 IG Kammgarn, Kauf Anteile am Genossenschaftskapital	300'000.--
620.501.11 Erschliessungsstrassen; Ausbau Artilleriestrasse	220'000.--
721.506.10 Kehr- und Sperrgutabfuhr; Anschaffung Fahrzeug	330'000.--
942.703.21 Stadthaus-Geviert, Sanierung ehemaliger Klosterbauten	300'000.--
942.703.80 Erschliessung von überbauten Liegenschaften des Finanzvermögens (Baulandreserve "Seilindustrie")	320'000.--

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2002 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Peter Neukomm (SP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN

Neu eingegangene Geschäfte:

27.11.01 VdSR - Besoldung des Pflegepersonals in den städt. Altersheimen, Bericht des Stadtrates und Änderung der Besoldungsverordnung (Einreichungsplan)

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft usanzgemäss in der GPK vorberaten zu lassen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Kleine Anfragen:

Christian Meister (SVP)

Fernsehnetz SASAG

28.11.01 20/2001

Beantwortet wurde vom SR mit Datum vom 4. Dez. 2001 die Kleine Anfrage von Hans Ith (SVP) Spitex Organisation und Defizit vom 28.08.01 (Lauf-Nr. 14/2001)

An Informationen liegen heute im Ratssaal auf

- Dezember-Programm der Kammgarn
- Hinweis auf die Gym Show '01 Sa 15.12.01 in der Dreifachhalle Breite

Der Ratspräsident gratuliert Rolf Amstad (SP) zu dessen heutigem Geburtstag.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 16 vom 27. November 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

Traktandum 1a) - VdSR Realloohnerhöhung um 1,5% für das städtische Personal ab 1.1.02

EINTRETENSDEBATTE

Das Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Alfred Zollinger (SVP) Präsident der GPK *

"Der Stadtrat beantragt in seiner Vorlage vom 20. November 2001 eine Realloohnerhöhung von 1,5 % für das städtische Personal auf den 1. Januar 2002. Diese Vorlage wurde der GPK zugewiesen, die sich dann am 4. Dezember 2001, einen Tag nach dem Entscheid des Kantonsrates, damit befasste. Die GPK beantragt, die Realloohnerhöhung - analog dem Kanton - auf 1 % festzusetzen.

Dazu braucht es aber noch einige Erklärungen:

Am 4. September 2001 erhielten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt vom Stadtrat einen Brief betreffend Budget 2002 - "Massnahmen im Personalbereich".

Darin ist u.a. festgehalten, dass

- sich auch die Stadt Schaffhausen am Projekt "Attraktivierung des Kantons Schaffhausen als Arbeitgeber" auf Veranlassung des Stadtrates beteiligt hat. Mitgewirkt haben über 40 kantonale und städtische Angestellte aus unterschiedlichen Berufen, Hierarchiestufen und verschiedenen Alters und Geschlechts. Die Leitung hatte die Personalchefin des Kantons inne. Ziel war es, Massnahmen im Personalbereich vorzuschlagen, die sich auf die Ergebnisse des durchgeführten Workshops abstützen und sich schnell und pragmatisch umsetzen lassen.

Dabei wurden die folgenden Sofortmassnahmen, vorbehältlich der Genehmigung der entsprechenden Mittel durch den Grossen Stadtrat, bekannt gegeben:

1. Ausschreibung aller offenen Stellen im Intranet und im Internet
2. Erhöhung des Budgets für Coaching und Teamentwicklung in der städtischen Verwaltung - siehe Posit. 0280 309.00, Seite 32 des Budgets
3. Angebot von Englischkursen in der städt. Verwaltung
4. Anpassung bzw. Vereinheitlichung der Kostenvergütung für abteilungsinterne Anlässe
5. Gewährung eines ganzen Tages pro Jahr und Dienststelle für einen geselligen und zugleich teambildenden Anlass
6. Abgabe von REKA Checks an alle Mitarbeitenden bis Fr. 1'500.-- mit 20 % Rabatt siehe Posit. 0280 366.22, Seite 34 des Budgets - Fr. 100'000.--
7. Verbesserung der Infrastruktur im Rahmen der EKAS Richtlinien.

Betreffend Erhöhung der Lohnsumme, wiederum vorbehältlich der Genehmigung durch den Grossen Stadtrat, schrieb der Stadtrat Folgendes:

Erhöhung um durchschnittlich 3,9 % (inklusive Sofortmassnahmen, ohne neue Stellen). Diese avisierten 3,9 % teilen sich wie folgt auf:

- ca. 0,9 % aus Stufenanstieg
- 2,5 % generelle Lohnerhöhung, inkl. budgetierte Teuerung von 1,5%
- ca. 0,3 % Prämien
- ca. 0,2 % Sofortmassnahmen

Nachdem die Teuerung per Ende September 2001 mit 0,7 % unter 1 % lag und deshalb entfällt, einigten sich Regierungsrat und Stadtrat auf eine erhöhte Realloohnerhöhung von 1,5 %, welches Vorgehen bereits frühzeitig vom Stadtrat avisiert worden ist.

Am 8. November 2001 wurde innerhalb der GPK erstmals über die vorgesehene Realloohnerhöhung diskutiert. Es wurden keine Beschlüsse gefasst. Im Sinne eines Stimmungsbarometers zuhanden der Finanzreferentin, aber OHNE irgendwelche Verbindlichkeit, konnte als Tendenz mitgeteilt werden, dass es der GPK ein Anliegen

ist, dass sich Kanton, Stadt und Neuhausen auf eine gemeinsame Lösung einigen sollen und im heutigen Zeitpunkt einer Reallohnerhöhung von 1,5 % konsultativ mit 5:1, bei einer Enthaltung, zugestimmt werden könnte.

Am 21. November 2001 erhielt die GPK die entsprechende Vorlage des Stadtrates und beschloss, zuerst den Entscheid des Grossen Rates vom 3. Dezember 2001 abzuwarten, und danach in Kenntnis des Resultates des Kantonsrates die Vorlage des Stadtrates am 4. Dezember 2001 zu behandeln.

Auf die Vorlage wurde eingetreten. Den vom Stadtrat gewünschten 1,5 % wurde als Gegenantrag 1 % entgegen gestellt. Die Abstimmung ergab, da ein Mitglied in den Ausstand trat, eine Patt-Situation von 3 : 3. Durch den Stichentscheid des Sprechenden obsiegte der Gegenantrag von 1 %. Die Schlussabstimmung ergab dann 5:0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen.

Als Begründung kann festgehalten werden, dass bereits in der Vorlage darauf hingewiesen wird, dass an der Praxis der gleichen Löhne für städtisches und kantonales Personal festgehalten werden soll. Es wäre auch falsch, im Hinblick auf die anstehende Revision des Personalgesetzes Differenzen zu schaffen.

Deshalb werde ich bei den Anträgen unter Punkt 2 einen Gegenantrag auf 1 % stellen, wobei der Schluss des Satzes wie folgt abgeändert bzw. ergänzt werden soll:

"(.....) werden auf den 1. Januar 2002 in Uebereinstimmung mit dem Entscheid des Kantonsrates vom 3. Dezember 2001 um 1 % angehoben."

Ich bitte Sie, der GPK zu folgen und einer Reallohnerhöhung von 1,0 % für das städtische Personal auf den 1. Januar 2002 zuzustimmen."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Ich kann Ihnen noch mitteilen, dass die Fraktion SVP/EDU auf die Vorlage eintreten und dem Antrag der GPK zustimmen wird. Uns geht es vor allem darum, dass im Zusammenhang mit der anstehenden Revision des Personalgesetzes keine unnötigen Differenzen geschaffen werden und eine klare Ausgangsbasis verbleibt."

Peter Kämpfer (SP) Fraktionserklärung *

"Der Grosse Stadtrat befindet sich heute in einer etwas verzwickten Situation. Eigentlich wäre die Ausgangslage ziemlich klar gewesen, wenn der Kantonsrat mit seinem unglücklichen Entscheid am Montag vor einer Woche nicht für eine gewisse Konfusion gesorgt hätte. Die Ausgangslage zur diesjährigen Lohnrunde ist ein wenig verworren. Die Stadt hat in den Budgetvorgaben noch damit gerechnet, die Teuerung ausgleichen zu müssen. Da die Teuerung bekanntlich am Stichtag das geforderte Prozent nicht erreichte, muss sie in diesem Jahr nicht ausgeglichen werden. Stadt- und Regierungsrat haben daraufhin beschlossen, statt einem Prozent eine generelle Lohnerhöhung von 1.5 % zu geben.

Dies taten diese Behörden mit gutem Grund. Die wichtigsten Gründe seien hier nochmals aufgezählt:

- Die letzte Realloohnerhöhung wurde dem städtischen Personal 1991 zugestanden.
- Lohnverzicht 1994 -1998: Das zweite Lohnprozent, wurde - obwohl versprochen - bis heute noch nicht zurück erstattet.
- Die Löhne können mit der Entwicklung in der Privatwirtschaft nicht Schritt halten. Das Lohngefälle zwischen Staat und Privatwirtschaft war schon vor den September-Ereignissen sehr gross.
- Auch im Vergleich mit den umliegenden Kantonen und mit dem Bund geraten wir ins Hintertreffen, weil hier bedeutend höhere Anpassungen vorgenommen werden. 2,3 - 3,5%.

Auch die GPK konnte diese Grundhaltung anfänglich teilen. In einer Konsultativabstimmung hat sie diesbezüglich "grünes Licht" gegeben. Man war sich aber auch einig, dass der Pfad der gleichen Lohnpolitik von Kanton und Stadt nicht unnötig verlassen werden sollte. Es stellt sich nun die Frage, ob Gründe vorhanden sind, dies zu tun.

Nun, Sie haben es gehört, der Kantonsrat hat sich - wenn auch knapp und gegen den Widerstand der drei VertreterInnen unserer Stadtregierung im Grossen Rat - für eine Nullrunde entschieden. Nullrunde deshalb, weil mit dem beschlossenen Prozent gerade einmal das versprochenen Prozent des Lohnverzichtes zurückbezahlt wird.

Dass sich ob dieses Entscheides nicht nur das Personal, sondern auch ein Teil des Grossen Stadtrates, wie auch unsere Exekutive ein wenig verschaukelt vorkommen muss, ist verständlich. Die Verhandlungen mit dem Personal wurden geführt und der Antrag war mehr als ausreichend begründet. Es hat ein wenig den Anschein gemacht - ich habe es so aus der Zeitung gelesen -, dass die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Personal nicht bewusst war.

Wir dürfen den Ernst der momentanen Situation nicht verkennen. Wir laufen Gefahr, dass wir die öffentlichen Dienstleistungen nicht mehr genügend erbringen können, wenn wir unsere Verantwortung gegenüber dem Personal nicht wahrnehmen. Die prekäre Situation im Gesundheitswesen haben wir bereits im Sommer in diesem Rat diskutiert. Aber auch die Personalsituation bei der Schaffhauser Polizei ist so prekär, dass sie ihren Leistungsauftrag nicht mehr voll erfüllen kann. Die Polizei hat auch durch Fluktuation Personal verloren - Wechsel zu besser bezahlten Dienststellen. Die unbefriedigende Personalsituation bei der Polizei führt zu Verunsicherungen bei der Bevölkerung und zur Unzufriedenheit im Korps.

Ich habe die Demo beobachtet am 29. November 2001. Sie war sehr eindrücklich. Es ist zwar üblich, dass Demonstrationen von der Polizei beobachtet und begleitet werden. Hier ist sie jedoch im Umzug mit marschiert. Dies zeigt den Ernst der Situation.

Für uns ist aus den vorgenannten Gründen die Notwendigkeit einer abweichenden Haltung zu jener des Kantons gegeben. Eine Übernahme des Entscheides des Kantonsrates ist mit Rücksicht auf die Verantwortung, welche wir gegenüber den städtischen Angestellten wahrnehmen müssen, nicht zu rechtfertigen.

Die SP Fraktion wird Ihnen deshalb den Antrag stellen, an der ursprünglich in der Vorlage beantragten 1.5% Lohnerhöhung festzuhalten. Wir sind uns bewusst, dass dadurch eine kleine Differenz zum Kanton geschaffen wird. Diese ist jedoch nicht gravierend, und sie kann vom Kanton ja wieder ausgeglichen werden.

Wir können so Druck auf den Kantonsrat ausüben, damit er sich die Sache nochmals überlegt und sich der Verantwortung gegenüber dem Personal bewusst wird. Wir möchten damit aber auch ein Zeichen für unsere städtischen Angestellten setzen, dass wir auf ihre Leistungen bauen und ihnen vertrauen.

Wir sind klar der Überzeugung, dass zufriedenes und motiviertes Personal wichtige Bestandteile des "Service Public" sind. Darum müssen wir diesen Schritt tun. Das heisst für die SP aber nicht, dass wir gegen Einsparungen im Bereich der Personalkosten sind:

Wir arbeiten beim Stellenplan mit. Wir bieten Hand zu Lösungen dort, wo durch sinnvolle Zusammenarbeit verschiedener Behörden Doppelspurigkeiten beseitigt und Effizienzsteigerungen vorgenommen werden können. So bekommen wir die Lohnkosten in den Griff, nicht durch Lohnabbau oder ungenügende Konkurrenzfähigkeit in Sachen Entlohnung.

Wir bitten Sie, unseren Antrag auf 1.5% Lohnerhöhung zu unterstützen, und somit quasi als Zweitrat (Vergleich Ständerat/Nationalrat) einen Kontrapunkt zur Haltung des Kantonsrates zu setzen.

Der finanzielle Spielraum für diese 1,5% ist vorhanden, sonst könnte ja nicht ein Teil dieses Rates mit einer Steuersenkung liebäugeln. Wir haben auch so eine Einsparung gegenüber dem ursprünglichen Personalkosten-Budget, da der Teuerungsausgleich nicht gewährt werden muss.

Zudem müssen wir den Realitäten in diesem Land ins Auge sehen. Es ist ziemlich eindimensional, nur bei den Steuern über die Kantonsgrenze zu schauen und dies beim Lohn nicht zu tun. Die Gefahr, dass uns gut qualifizierte MitarbeiterInnen über den Rhein abwandern, ist sicher nicht kleiner, als dass wir gute SteuerzahlerInnen verlieren.

Dies ist die Stellungnahme der SP Fraktion. Wir werden auf die Vorlage eintreten und Ihnen beantragen, bei der ursprünglich vorgesehenen 1.5 % Realloohnerhöhung zu bleiben."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Alle Jahre wieder wird im Juni bei der Rechnungsabnahme - zumindest verbal - dem städtischen Personal der Dank für die geleistete Arbeit abgestattet, dies auch von bürgerlicher Seite. Stadt- und Regierungsrat wollten nun auf das Jahr 2002 diesen Worten bescheidene Taten folgen lassen und dem öffentlichen Personal eine Realloohnerhöhung im Umfang von 1.5% gewähren. Das Trauerspiel im Kantonsrat mit seinem unbefriedigenden Endresultat setze ich als bekannt voraus.

Die Mehrheit der GPK der Stadt hat sich - wie Sie bereits gehört haben - dem kantonalen Parlament angeschlossen, und beantragt Ihnen ebenfalls eine Realloohnerhöhung von lediglich 1 %. Dem Vernehmen nach will sich der Stadtrat diesem Antrag anschliessen. Die ÖBS/EVP/GB-Fraktion steht zur ursprünglichen Vorlage des Stadtrates und wird eine Realloohnerhöhung von 1.5% beantragen, resp. einem entsprechenden Antrag zustimmen. Einige Argumente für eine Erhöhung in diesem Ausmass finden Sie in der Vorlage des Stadtrates aufgeführt. Ich möchte sie nicht in extenso wiederholen, muss aber doch darauf hinweisen, dass das öffentliche Personal in den letzten Jahren seinen Anteil für die Verbesserung der Finanzlage der

Stadt in genügendem Ausmass geleistet hat. Ich erwähne nur den zweiprozentigen Lohnverzicht von 1994 bis 1997, welcher nur zur Hälfte wieder zurück gegeben wurde, sowie die Streckung des Stufenanstiegs, welcher nur bei guter Leistung gewährt wird. Die städtischen Angestellten haben die Reallohnerhöhung von 1.5 % verdient, dies auch im Vergleich zur Lohnentwicklung bei der Privatwirtschaft. Schliesslich gilt es, die Konkurrenzfähigkeit der Stadt auch bei den Löhnen wieder zu erreichen.

Das Argument der gleichen Besoldungsskala bei Kanton und Stadt erweist sich bei näherem Hinschauen als nicht stichhaltig. Denn es ist heute schon so, dass die Besoldungen bei gleicher Lohnklasse und Stufe in Kanton und Stadt bis zu 1.5% differieren können. Der Unterschied besteht teilweise also bereits jetzt schon, und kann damit nicht als Begründung herbeigezogen werden, um nun auch auf 1% herunter zu gehen.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass es im Zusammenhang mit dieser Reallohnerhöhung nicht nur um die frankenmässige Differenz zwischen 1 und 1.5% geht. Der psychologische Aspekt ist genau so wichtig, und hier ist nun einfach festzuhalten, dass wir mit einer reduzierten Reallohnerhöhung von 1 % ein deutlich falsches Signal an das städtische Personal senden; dies vor allem im Zusammenhang mit der gleichzeitig geplanten Steuerfussenkung - die entsprechenden Anträge stehen in Aussicht. Das Personal wird sich dann wohl kaum als ernst genommen vorkommen und geschätzt fühlen. Vielmehr wird zu Recht der Eindruck entstehen, dass die jährlich geäusserten Dankesworte nichts als Worthülsen sind, denen dann im entscheidenden Augenblick keine Taten folgen. Das darf nicht sein.

Ich bitte Sie daher, dem ursprünglichen Antrag des Stadtrates zuzustimmen, die ÖBS/EVP/GB-Fraktion wird es jedenfalls tun."

Ernst Gründler (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Unsere Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage des SR vom 20.11.01 und wird den gestellten Anträgen der GPK für 1 % grossmehrheitlich zustimmen.

Nachdem der Kantonsrat letzte Woche äusserst knapp für die Erhöhung von 1 % gestimmt hat, ist es für unsere Fraktion mehr als nur logisch, gleich zu handeln. Es ist daher unvorstellbar und unverantwortlich, wenn wir heute anders entscheiden.

Bereits früher hatten einmal aus unverständlichen und nicht nachvollziehbaren Gründen zwischen Stadt und Kanton unterschiedliche Entschädigungslösungen aus Ratsdebatten beider Räte resultiert.

Ein einfaches Beispiel möchte ich mit einem Chauffeur anstellen, der grundsätzlich die gleiche Tätigkeit und Verantwortung bei Stadt und Kanton ausübt, aber nach den angekündigten Anträgen der linken Ratsseite ab dem nächsten Jahr unterschiedliche Lohnerhöhungen erhalten soll - ist das logisch oder Irrsinn?

Es ist schon längst bekannt, dass deutsche Transportunternehmungen mit wesentlich tieferen Vergleichslöhnen in vermehrtem Masse in unsere Märkte eindringen, um diese zu erobern. Die Haustechnikbranche, in der ich tätig bin, kennt für nächstes Jahr eine 0%-Lohnrunde.

In der Baubranche kennen wir weder Stufenanstieg noch Prämien und weitere begleitende Sofortmassnahmen, die bekanntlich als Lohnbestandteil gelten. Die derzeit unsichere Situation im Bauhauptgewerbe führt unweigerlich zu zurückhaltenden Investitionen; dies haben wir selbst in den letzten Monaten massiv gespürt mit dem Ergebnis: wesentlich geringerer Auftragseingang mit noch tieferem Niveau in Bezug auf die Ertragsaussichten.

Ich bin überzeugt, dass wir uns aufgrund der gegebenen Ausgangssituation als verantwortungsvolle Mitglieder des Grossen Stadtrates auf eine gleiche Lohnerhöhung von 1 % wie der Kantonsrat einigen können.

Nicht als Drohung, aber als Feststellung sei Art. 11, Absatz 1 unserer Stadtverfassung in Erinnerung gerufen, wonach der heutige Beschluss bekanntlich dem fakultativen Referendum untersteht - 600 Stimmen sind dafür einzubringen."

Stadträtin Veronika Heller Stellungnahme des Stadtrates

"Aufgrund der Entwicklung der Situation im Personalbereich in den letzten Tagen ist auch meine Situation nicht ganz einfach. Ich habe aber der GPK anlässlich der Sitzung vom 4. Dezember 01 gesagt, dass der SR in seiner Vorlage vom 20. November ganz klar zum Ausdruck gebracht hat, dass er nicht jetzt ausgerechnet in dem Moment, wo wir zusammen mit dem Kanton dabei sind, das Personalgesetz auf eine neue Basis zu stellen und die Revision miteinander zu erarbeiten, Diskrepanzen schaffen möchte.

So leid es uns tut, es ist bereits erwähnt worden, alle 3 Mitglieder des SR, die im Grossen Rat vertreten sind, haben unter Namensaufruf für 1,5% votiert. Wir haben dort leider sehr knapp verloren, müssen dies aber als demokratische Entscheidung akzeptieren. Deshalb stellt sich der SR auf den Standpunkt, dass wir jetzt davon ausgehen, dass es richtig wäre, wenn das Personal den Entscheid akzeptieren kann, auch wenn er noch so knapp ist und sich mit diesem einen Prozent für das nächste Jahr zufrieden gibt. Der ganze Stadtrat hat volles Verständnis, dass das Personal darüber nicht sehr erbaut ist, nicht zufrieden ist und nächstes Jahr wieder kommen wird. Das sehen wir durchaus ein, vor allem je nach dem, wie sich die ganze Situation wirtschaftlich entwickelt.

Nicht viel Verständnis haben wir, wenn das Personal genau jetzt die Zusammenarbeit bei der Personalgesetz-Revision aufkündigt. Es ist ja nicht verpflichtet, dort jedes Mal zuzustimmen, aber es weiss, was läuft, und es ist beim Entwicklungsprozess dabei. Diejenigen Leute der Stadt, die dort mit arbeiten, die ich bis jetzt kontaktiert habe - ich konnte noch nicht mit allen sprechen - haben signalisiert, dass sie dort weiter mit arbeiten werden. Sobald das Gesetz in der revidierten Fassung steht, werden wir eine gute Ausgangslage haben, um dies weiter zu entwickeln.

Der Stadtrat bittet Sie, dem Antrag der GPK zu folgen und dieser 1% Erhöhung zuzustimmen. Ebenso bitten wir Sie, den Sofortmassnahmen, welche der SR mit Brief vom 4. Sep. 2001 publiziert hat und die der GPK-Präsident in seinen Ausführungen erwähnt hat, zuzustimmen."

Alfred Zollinger (SVP) Votum

Der GPK-Präsident nimmt Bezug auf die von Peter Kämpfer erwähnten Lohnerhöhungs-Prozente des Bundes - 2,3 %. "Man muss schauen, wie sich diese 2,3% zusammensetzen. Das Bundespersonal erhält 1% Teuerungsausgleich. Kanton und Stadt SH bezahlen keinen Teuerungsausgleich, weil die Teuerung am Stichtag unter 1% lag; dies ist im Personalgesetz so festgehalten. 1 % ist eine einmalige Lohnzulage im März 2002 - dies entspricht ungefähr unserer 1%igen Lohnerhöhung. Die restlichen 0,3 % schliesslich resultieren aus der Aufhebung des Ortszuschlages.

Was die generelle Lohnerhöhung anbetrifft, so stimmt es, dass das städtische Personal seit geraumer Zeit keine solche mehr erhalten hat. Aber ein Grossteil erhält den Stufenanstieg. Von den Treueprämien wird nie gesprochen. Ich mag diese den MitarbeiterInnen gönnen. Aber seid ehrlich und erwähnt diese auch! Nennt nicht nur Zahlen, die aus irgend einem Zusammenhang gerissen werden.

Ich bitte Sie, dem Antrag der GPK auf 1% Lohnerhöhung zu folgen."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Es ist schon bedenklich, wenn ein Schaf die Felswand hinunter springt, muss ja das andere Schaf nicht nachspringen. Sie wissen, wen ich mit dem ersten Schaf meine. Es ist unbestritten, dass wir dem städt. Personal gegenüber ein Signal setzen wollten. Alle Argumente, welche ich bis jetzt gehört habe, die dagegen sprechen, beziehen sich auf das erste Schaf, das die Felswand hinunter gesprungen ist. Dieses hat damit eine Tatsache geschaffen, wonach wir parallel mit dem Kanton fahren sollten. Wenn wir die bürgerliche Fraktion nicht überzeugen können, einmal vorbildlich einen Schritt voraus zu gehen und den Kanton zu zwingen, nachzuziehen, dann hätte ich einen anderen Vorschlag zu machen. Dann müssten wir uns jetzt entscheiden, ein halbes Prozent einmaliger Bonus dem Personal auszuzahlen. Dann hätte der Kanton ein Jahr Zeit, im nächsten Budget die Korrektur zu machen. Dann könnten wir zusammen mit dem Kanton die Löhne wieder angleichen.

Ich möchte Sie bitten, jetzt den Kopf nicht in den Sand zu stecken und diesen 1 1/2 Prozent zuzustimmen."

Der Ratspräsident stellt fest, dass ein Antrag auf Nichteintreten nicht gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin verliest die Seitenzahlen 1 - 3 der Vorlage.

Es erfolgt keine Wortmeldung.

ANTRÄGE

Bea Hauser (SP) beantragt im Namen der SP-Fraktion beim Antrag 2 Abstimmung unter Namensaufruf. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin verliest die Anträge auf Seite 3 der Vorlage.

3. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 20. November 2001 betreffend Realloohnerhöhung von 1,5 % für das städtische Personal auf den 1. Januar 2002.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Die Besoldungen nach den §§ 1, 2, 4 und 5 sowie die Entschädigungen gemäss § 4 Abs. 4 der Besoldungsverordnung vom 4. Dezember 1990 sowie die Besoldungen und Zulagen (ohne Kinderzulagen) nach den §§ 1 und 2 der Verordnung über Besoldung, Ferien und Ruhegehalt des Stadtpräsidenten und des Stadtrates vom 11. Dezember 1979 werden auf den 1. Januar 2002 um 1,5 % angehoben.

Der diesem Beschluss vorausgehende Antrag der GPK, die Besoldungen in Übereinstimmung mit dem Entscheid des Kantonsrates vom 3. Dezember 2001 um 1 % anzuheben, unterliegt bei einem Abstimmungsergebnis unter Namensaufruf von 23 Ja zu 23 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, dem Antrag von Peter Käppler (SP) durch Stichentscheid des Ratspräsidenten.

3. Die Ansätze basieren unverändert auf dem Landesindex der Konsumentenpreise von 106,8 Punkten (Stand September 2000; Basis Juni 1993 = 100 Punkte).

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Ziff. 2. dieses Beschlusses untersteht nach Art. 11 Abs. 1 der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Bea Hauser (SP) beantragt, die Schlussabstimmung ebenfalls unter Namensaufruf durchzuführen.

Ernst Gründler (FDP) stellt den Gegenantrag.

Der Ratspräsident stellt fest, dass das notwendige Quorum für eine Abstimmung unter Namensaufruf erreicht ist.

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des SR unter Namensaufruf mit **37 : 2 Stimmen bei 9 Enthaltungen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 1b) - Voranschlag 2002 der Einwohnergemeinde SH
einschliesslich Leistungsvereinbarungen
Pilotabteilungen WOV**

EINTRETENSDEBATTE

Das Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die bereinigten GPK-Anträge vom 5. Dezember 2001, welche alle Ratsmitglieder erhalten haben, als gestellt gelten.

Alfred Zollinger (SVP) Präsident der GPK *

"Als GPK-Präsident darf ich Sie auf die heutige Budget-Debatte einstimmen. Ich werde mich bewusst relativ kurz fassen, denn ich bin überzeugt, dass sich alle Fraktionen ausgiebig mit der Botschaft des Stadtrates vom 11. September 2001, der dazu gehörenden 352-seitigen "Voranschlag-Bibel" sowie den Aenderungen bzw. Anträgen der GPK vom 5. Dezember 2001 befasst haben. Meine Ausführungen werde ich in folgende Kapitel unterteilen:

- Budget 2002 allgemein
- Behandlung innerhalb der GPK
- Wesentliche Aenderungsanträge durch die GPK
- WOV-Budgets 2002
- Anträge Budget 2002 und
- Ueberlegungen hinsichtlich Zukunft.

Budget 2002 allgemein

Die vom Stadtrat mit Datum vom 11. September 2001 erhaltene Botschaft betreffend Voranschlag 2002 weist in der laufenden Rechnung ein Budgetdefizit von Fr. 2'662'800.-- auf. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf Fr. 10'941'000.-- , was eine erneute Schuldenzunahme bedeutet. Darin sind zusätzliche Investitionen aufgrund von positiv verlaufenden Volksabstimmungen noch nicht enthalten.

Die laufende Rechnung konnte wiederum nur dank einmalig anfallender Erträge verbessert werden, d.h. Fr. 2,6 Mio durch Verkauf der 75 SASAG-Aktien an die städt. Werke, Fr. 1,2 Mio durch vorgesehene Devestitionen im Bereich der Liegenschaften sowie einer erneut erhöhten Ablieferung der städt. Werke von Fr. 729'000.--. Die Steuererträge konnten trotz der vom Stadtrat beantragten Steuerfussreduktion von 3 %, die im Budget berücksichtigt ist, gehalten werden. Die Abschreibungen wurden auf 9 % festgesetzt, was im Sinne einer Uebergangslösung im Zusammenhang mit dem neuen Gemeindegesetz nochmals unter 10 % möglich ist. Der Sachaufwand mit Ausnahme der EDV-Kosten bewegt sich auf dem Niveau der Rechnung 2000, was bedeutet, dass diese „Zitrone“ langsam aber sicher auch ausgepresst ist. Die Zunahme der erwähnten EDV-Kosten ist auf stetig mehr angeschlossene PC's sowie auf immer mehr und teurere Programme zurückzuführen.

Obwohl alle Kennzahlen gegenüber dem Budget 2001 verbessert werden konnten, sind der Selbstfinanzierungsgrad, die Selbstfinanzierungskraft sowie die Bruttoinvestitions-Quote nach wie vor zu tief. Einzig die Zinsbelastungsquote macht Freude, wofür aber das wesentlich tiefere Zinsniveau verantwortlich ist.

Per Saldo kann festgehalten werden, dass ein Budget vorliegt, das zu keinen Freudensprüngen Anlass gibt. Für „Nice to have“-Positionen hat es darin keinen Platz. Eine Rückweisung wäre trotzdem nicht der richtige Weg. Aber Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen ist unumgänglich, worauf ich noch zurückkommen werde.

Behandlung innerhalb der GPK

Am 20. September 2001 präsentierte Frau Stadträtin Vero Heller zusammen mit den Herren Thomas Jaquet, Zentralverwalter, Werner Bianchi, Controller und Alfred Stamm, Finanzkontrolle das Budget 2002. Nach der anschliessenden Eintretensdebatte beschloss die GPK mit 4:0 Stimmen, bei 3 Abwesenheiten, auf das vorliegende Budget einzutreten. Als Schwerpunkt wurde der noch anstehende Stellenplan bezeichnet, der zurzeit in der GPK in Arbeit ist und im Laufe des 1. Quartals 2002 im Grossen Stadtrat präsentiert wird. Die Termine für die Gruppenarbeiten, d.h. Erstellung der Fragenkataloge sowie deren Abgabetermine wurden festgelegt. Wie im Vorjahr wurden zwei Dreiergruppen gebildet. Zusätzlich wirkte der Sprechende in beiden Gruppen mit.

An der GPK-Sitzung vom 7. November konnten durch Frau Stadträtin Heller, Thomas Jaquet und Alfred Stamm der grösste Teil der gestellten Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet werden. Zusätzlich wurden den GPK-Mitgliedern verlangte Unterlagen abgegeben.

Am 21. November erfolgte die Beantwortung der noch hängigen Fragen. An dieser Sitzung nahmen neben den drei vorgenannten Personen noch temporär sämtliche Stadträte teil, die zu referatsbezogenen, teilweise brisanten Fragen Stellung nehmen mussten oder durften. Ich kann bestätigen, dass auch dieses Frage- und Antwortspiel als erfolgreich bezeichnet werden kann.

Wesentliche Aenderungsanträge durch die GPK

Diese können Sie dem erhaltenen Antrag, datiert 5. Dezember 2001, entnehmen, wobei ich zu den wesentlichsten Veränderungen folgende Angaben machen kann:

Laufende Rechnung

Konto 0280.301.09 Allg. Personalaufwand Fr. 1 Mio

Dieser Betrag konnte gestrichen werden, da im Budget ein Teuerungsausgleich von 1,5 % enthalten ist, und dieser Posten der generellen Lohnerhöhung von 1 % entspricht. Da die Teuerung per Ende September 2001 unter 1 % war, muss gemäss Besoldungsverordnung kein Teuerungsausgleich bezahlt werden. Bekanntlich wurde danach zwischen RR und SR abgesprochen, dass neu eine Reallohnerhöhung von 1,5 %, statt wie ursprünglich vorgesehen 1 %, an das Personal gewährt werden soll. Deshalb kann im Budget, rechnerisch, die Bezeichnung Teuerungsausgleich durch Reallohnerhöhung ersetzt werden. Die entsprechende Vorlage des Stadtrates wurde heute bereits separat behandelt.

Konto 1139.351.00 Verwaltungspolizei

Um Fr. 75'360.- erhöhte Entschädigung gemäss Polizeiorganisationsgesetz, Art. 29. Die neuen Beiträge der SH-Gemeinden wurden gemäss Beschluss des RR im Amtsblatt des Kt SH vom 19.10.01 veröffentlicht.

Konto 2195.301.15/303.00 Allgem. Erziehungswesen

Erhöhung um Fr. 375'100.--, da die Löhne des Reinigungspersonals durch das Schulamt fälschlicherweise mit Fr. 48'000.- statt Fr. 480'000.- budgetiert worden sind.

Konto 4500.365.53/55/56 Bekämpfung von Alkoholismus und Drogen
Total Fr. 351'500.-- Neu-Budgetierung gemäss Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001.

Konto 5891.365.52 Allgemeine Sozialhilfe
Fr. 39'000.-- wurden irrtümlicherweise nicht budgetiert.

Konto 8400.365.92 Handel; Industrie; Gewerbe
Fr. 50'000.-- Streichung, da dieser Betrag bereits dieses Jahr aufgrund eines Nachtragskredites des Stadtrates bezahlt wurde.

Investitionsrechnung

Konto 309.565.00 Kulturförderung
Fr. 40'000.-- Streichung, da bereits in der laufenden Rechnung enthalten.

Konto 341.500.01 Sportplätze
Fr. 200'000.-- Streichung, Machbarkeitstudie abwarten, evtl. Neu-Aufnahme im Budget 2003.

Konto 620.501.28 Strassenverkehrsanlagen
Fr. 145'000.-- Streichung Kreisel Schweizersbildstrasse/Gräfler,
dafür Aufnahme

Konto 620.501.26 Strassenverkehrsanlagen
Fr. 80'000.- Anteil Stadt, Erneuerung Deckbelag, Abschnitt Autosilo bis
Feuerwehrzentrum und

Konto 710.501.08 Kanalisation
Fr. 100'000.-- Bachstrasse, Abschnitt Gerberplatz bis Pfarrhofgasse

Spezialfinanzierungen

Per Saldo Mehrausgaben von Fr. 248'000.-- infolge Aenderungen im
Zusammenhang mit der laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung.

WOV-Budgets 2002

Am 8. November 2001 fand die GPK-Sitzung „WOV-Budgets 2002" statt. Daran
nahmen alle Leiter der Pilot-Abteilungen sowie der Controller, Herr Werner Bianchi,
teil.

Erstmals wurde von beiden GPK-Arbeitsgruppen Fragenkataloge im voraus
eingereicht, deren Beantwortung zu unserer vollen Zufriedenheit ausfiel. Zusätzlich
musste der Controller die Berechnung der Gemeinkosten aller Pilot-Abteilungen
präsentieren.

Erfreulich war festzustellen, wie sich die Abteilungsleiter hinsichtlich der Möglichkeit
„Verbesserung des Kostendeckungsgrades" Gedanken machten, sei es durch
Ueberprüfung von Gebühren, Rationalisierungsmassnahmen oder vollständig neue
Wege suchend hinsichtlich Unterstützung von einzelnen Projekten. Besten Dank
allen Beteiligten für die kompetenten Antworten.

Beim WOV-Budget der Steuerverwaltung ist zu berücksichtigen, dass die im Stellenplan angeforderten Stellenverschiebungen voll eingeflossen sind, wozu die GPK im Zusammenhang mit der jährlichen Veranlagung bereits grünes Licht gegeben hat. Der GPK wurde aber zugesichert, dass vorderhand nur die für die Abwicklung notwendigen Stellen effektiv besetzt werden, d.h. keine Anstellungen auf Vorrat.

Per Saldo kann festgehalten werden, dass die WOV-Budgets noch effizienter erstellt worden sind, basierend auf den vereinbarten Leistungsverträgen.

Anträge Budget 2002

Unter Berücksichtigung der vorliegenden GPK-Anträge konnte die laufende Rechnung um Fr. 167'300.-- und die Investitionsrechnung um Fr. 163'020.-- verbessert werden. Diese Resultate zeigen, dass die „Budgetierungsluft“ äusserst dünn war.

An der GPK-Sitzung vom 21. November 2001 wurden mit 5:0 Stimmen, bei 2 Abwesenheiten

- der Voranschlag 2002 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit den ergänzenden Anträgen der GPK sowie
- die Leistungsaufträge mit den Globalbudgets 2002 der fünf Pilotabteilungen WOV

verabschiedet.

Bei Punkt 2 der Anträge, Festsetzung des Steuerfusses, „darf“ ich im Namen der GPK 112 % beantragen, d.h. Festhalten am bisherigen Steuerfuss, also keine Reduktion. Mit 3:2 Stimmen, bei 2 bürgerlichen Abwesenheiten, wurde dies so beschlossen!

Bei Punkt 3 der Anträge ist zu berücksichtigen, dass die Position 620.501.30 Parkleitsystem „Rheinuferstrasse-Herrenacker“ nicht mehr unter das fakultative Referendum fällt, da sich die Vorlage des Stadtrates auf Fr. 180'000.- reduziert hat, was auch in den ergänzenden Anträgen der GPK berücksichtigt worden ist.

Allen am Budget beteiligten Personen, sei es das Zusammenstellen von Zahlen oder die Beantwortung der GPK-Fragen, danke ich herzlich. Speziell erwähnen muss ich dabei Frau Stadträtin Vero Heller sowie die Herren Jaquet und Stamm, die überzeugend diverse Frage- und Antwort-Stunden im Kreise der GPK verbringen „durften“. "Last but not least" danke ich unserem Sekretär, René Gisler, für die jederzeitige prompte und hervorragende Erstellung der Protokolle.

Ueberlegungen hinsichtlich Zukunft

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch einige Gedanken für die Zukunft einzubringen. Das Budget 2002 konnte dank einmaligen Erträgen verschönert werden. Aber einmalige Erträge sollten m.E. für die Schuldentilgung verwendet werden. Dort wären sie besser angelegt. Wenn ich den Finanzplan 2001 - 2005 betrachte, der die Leitplanken für die nächsten Jahre aufzeigt, kann ich dem Stadtrat nur empfehlen sich endlich ernsthaft Gedanken zu machen.

- Wie und wo können Ausgaben reduziert werden und
- wie und wo können Einnahmen gesteigert werden?

Es muss unbedingt gelingen, in Zukunft mindestens ausgeglichene Budgets zu präsentieren. Das Verhältnis Steuereinnahmen / Personalkosten muss verbessert werden, was auch die Ueberprüfung des Angebots der zu erbringenden Dienstleistungen sowie des Personalbestandes erfordert. Die Behandlung des Stellenplanes lässt grüssen. Auch müssen Möglichkeiten zur Schuldentilgung aufgezeigt und die Abschreibungen, wie es das Gemeindegesetz vorschreibt, in Zukunft auf 10 % festgelegt werden.

Nach diesen kritischen Bemerkungen bitte ich Sie im Namen der GPK, auf das vorliegende Budget 2002 inkl. Leistungsaufträge/Globalbudgets 2002 der Pilotabteilungen WOV einzutreten und zu verabschieden. Es ist mir klar, dass bei vereinzelt Positionen aus den verschiedensten Ecken dieses Parlamentes in der Detailberatung noch zusätzliche Anträge gestellt werden."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Die Fraktion SVP/EDU wird auf das Budget eintreten und sich den Anträgen der GPK anschliessen. Wortmeldungen in der Detailberatung werden selbstverständlich noch folgen."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Das vorangegangene Geschäft und die Budgetbehandlungen im Kantonsrat und in den Gemeinden unseres Kantons zeigen, dass im öffentlichen Finanzhaushalt etwas geschehen muss. Das hat sich auch bei den bürgerlichen Fraktionen des Grossen Stadtrates gezeigt, denn so ausführlich haben wir uns mit einem Voranschlag noch selten befasst. Eine erste Sitzung zu grundsätzlichen Fragen dauerte rund vier Stunden, eine zweite Sitzung zu Detailfragen rund viereinhalb Stunden.

Wie bringt man Forderungen des Personals der öffentlichen Dienste und markante Steuerfussenkungen unter ein Dach, wenn beide Forderungen berechtigt sind? Diese zwei zentralen Anliegen sind nicht einfach zu beantworten und verlangen einen speziellen Ideenreichtum im Bereich Schaffhauser Stadtfinanzen.

Nun zum einen muss man hoffen, dass das eintritt, was meistens eintritt - dass nämlich die Rechnung besser abschliesst als der verabschiedete Voranschlag. Nur diese Politik nach dem Motto "*Management bei Akupunktur - Stechen und hoffen*" hilft hier und heute wenig. Die Situation im Umfeld anderer Gemeinden und Regionen ist im Vergleich zu Schaffhausen zu angespannt. Wenn auf allen Ebenen qualifiziertes Personal abwandert und gleichzeitig gute SteuerzahlerInnen die Munotstadt verlassen, dann müssen wir beim Geldausgeben die Bremse dort anziehen, wo es möglich ist. Vor allem ist Wünschbares von Nötigem trennen.

Im Voranschlag 2002 hat es zur Genüge derartige Positionen. Ich denke an die steigenden Ausgaben beim Museum, an Anschubfinanzierungen für neue Musikschulen, an Kammgarn-Beiträge, an unnötige Ausgaben im Bereich Bau, an die Bildung, die im Bereich Verwaltung durch fragwürdige Pensenerhöhungen teurer und teurer wird, an Schulversuche, von denen Schülerinnen und Schüler nichts merken und so weiter, und so weiter.

Die FDP-Fraktion wird heute Abend bürgerliche Streichungsanträge unterstützen. Nur das genügt "à la longue" nicht, das ist Pflästerlipolitik. Wir versprechen uns deshalb mehr von der Motion der bürgerlichen Fraktionen mit Erstunterzeichner Peter Wullschleger. Die Sparvorschläge oder Vorschläge zu Kosteneinsparungen müssen von Seiten des Grossen Stadtrates anders an die Exekutive übermittelt werden.

Die FDP-Fraktion wird auf den Voranschlag 2002 eintreten und ihm mit gewissen Änderungen auch zustimmen. Ganz sicher unterstützen wir die Reduktion des Steuerfusses um 3 Punkte. Dieser Schritt ist dringend nötig. Dies hat schon eine Petition mit rund 4000 Unterschriften in diesem Sommer gezeigt. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wünschten dabei eine Reduktion von 10 Punkten (Stadt und Kanton zusammen). Wir könnten heute mit dem Kanton zusammen wenigstens 6 Punkte erreichen. Dies gemäss dem geflügelten Wort: *Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach*, oder auf uns gemünzt, lieber um 3 Punkte reduziert, als ein Referendum provoziert. Denn wenn wir heute im Bereich Steuerfuss nichts unternehmen, ist das Budget- oder Steuerfussreferendum so sicher wie das Amen in der Kirche. In diesem Sinn ist die FDP zusammenfassend für Eintreten auf den Voranschlag 2002, für eine Steuerfussreduktion um 3 Punkte und für gewisse Budgetkürzungen, wie ich sie summarisch bereits angetönt habe."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Ich danke dem GPK-Präsidenten für die sachliche und ausführliche Berichterstattung zum vorliegenden Budget und zu den wie jedes Jahr intensiven Behandlungen in der GPK. Anschliessen möchte ich auch gleich den Dank an die Zentralverwaltung, die Finanzreferentin und die übrigen Exekutivmitglieder, welche unsere Fragen weitgehend zur Zufriedenheit beantworteten und uns mit zahlreichen ergänzenden Dokumenten bedienten bzw. eindeckten. Deshalb gilt der Dank natürlich auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, welche ja letztendlich die Grundlagen liefern müssen und das kompetent und umfassend tun.

Und als Zeichen der Anerkennung und Motivation soll die bescheidene Lohnerhöhung von 1.5% dienen, welche wir nun immerhin gegen den Widerstand der Bürgerlichen gewährt haben.

Nun aber zur Sache:

Die Geschichte wiederholt sich. Dank der im Internet verfügbaren Protokolle ist die letztjährige Budgetdebatte präsent. Auch damals waren schlechte Kennzahlen, zu grosses Defizit, minimale Abschreibungen usw. zu beklagen, und somit wurde bedauernd, auch von bürgerlicher Seite, zur Kenntnis genommen, dass eine Senkung des Steuerfusses leider nicht drin liegt. Bedauert wurde ebenfalls, dass einmalige Einnahmen wie der Verkauf der Polizeimittel an den Kanton sozusagen in der laufenden Rechnung verdunsten und nicht für den Schuldenabbau bzw. zielgerichtet für Investitionen verwendet werden können. Gefordert wurden von

bürgerlicher Seite brauchbare Vorschläge zur Kostensenkung und zum Schuldenabbau, immer natürlich mit dem Ziel, die Steuern senken zu können. Es herrschte immerhin einigermaßen Konsens, dass damit angesichts der unbefriedigenden Finanzlage mindestens so lange, als nicht gesicherte Erkenntnisse über die Auswirkungen des neuen Steuergesetzes verfügbar sind, zugewartet werden muss.

Thomas Hauser als Sprecher der FDP entwickelte aus der Einsicht, dass eine marginale Steuerfussenkung nicht viel hilft, die bedenkenswerte Vision, den Steuerfuss um 20% zu senken, als Investition in die Zukunft sozusagen.

Das also war vor einem Jahr.

Nun beraten wir das neue Budget. Die Verwaltung hat sich offensichtlich bemüht, die Kosten im Griff zu halten, wurde doch das Rohbudget massiv gekürzt und auf das jetzt veranschlagte Defizit von 2.5 Mio. Franken in der laufenden Rechnung reduziert. Die Zahlen sind also noch immer rot, die Kennzahlen zwar etwas besser, aber immer noch schlecht, und die Abschreibungen liegen erneut unter 10%. In der jetzt bürgerlich dominierten GPK warteten wir auf die konstruktiven Vorschläge zur Kostenreduktion ebenso vergebens wie auf eine überzeugende Strategie, wie die Steuern markant gesenkt werden könnten. Neben der unbestrittenen Streichung des Kredites für die konzeptlose Sanierung eines Rasenspielfeldes war die peinliche Streichung einer Trottoir-Ergänzung im Betrag von sage und schreibe 40'000 Franken der einzige Beitrag zur Kostensenkung. Darauf wird zurückzukommen sein. Zur Festsetzung des Steuerfusses wurde weder eine Strategie präsentiert noch eine fundierte Diskussion geführt, die FDP-Mitglieder hatten sich vorher verabschiedet. Das also führte, Sie haben es gehört, zum GPK-Antrag, den Steuerfuss bei 112 Punkten zu belassen.

Ich werde diesen Antrag im Folgenden begründen:

Die Finanzlage der Stadt, da herrscht immerhin Einigkeit, ist schlecht, die Auswirkungen der Steuergesetzrevision noch unbekannt, die Prognosen für die nächsten vier Jahre alles andere als verheissungsvoll und der lange herbei geredete Wirtschaftsaufschwung nicht in Sicht - im Gegenteil. Das vorliegende Budget ist zwar nicht beängstigend, es liegt im Bereich der Vorjahre, ein besserer Rechnungsabschluss ist immerhin möglich - oder zu erwarten. Aber: das Budget ist auch geschönt. Der GPK-Präsident hat dies auch bereits erwähnt. Es beinhaltet einerseits Buchgewinne von Liegenschaftenverkäufen in Höhe von 1.2 Mio. Franken, welche nicht reinvestiert werden, sondern sich in der laufenden Rechnung auflösen. Andererseits werden die SASAG-Aktien den städtischen Werken übertragen, was zwar im Moment, solange die Werke noch eine Verwaltungsabteilung sind,

vordergründig lediglich die Verschiebung vom linken in den rechten Sack bedeuten, aber trotzdem eine Verbesserung der Rechnung um 2.6 Mio. Franken mit sich bringt. Da das Tafelsilber nur einmal verkauft werden kann, Steuerfussenkungen aber langfristig wirken, ist das keine nachhaltige Finanzpolitik, sondern reine Budgetkosmetik, welche die Senkung des Steuerfusses rechtfertigen soll. Da wir, auch im Sinne des SVP-Kollegen Christian Meister, Wert darauf legen, über das städtische Aktienpaket Einfluss auf den "Service public" und das Programmangebot nehmen zu können, sehen wir neben dem finanziellen auch sachliche Gründe, welche den Verkauf des SASAG-Aktienpakets zum jetzigen Zeitpunkt als nicht opportun erscheinen lassen. Wir werden in der Detailberatung darauf zurückkommen, in der GPK haben wir das leider verpasst. Wie gesagt: das Budget ist geschönt und lässt schon von daher keinerlei Spielraum für Steuersenkungen. Leider.

Es gibt aber selbstverständlich weitere Gründe:

Wir legen Wert auf eine gut funktionierende Verwaltung, ein gutes Bildungsangebot in angemessenen Räumlichkeiten, bezahlbare Altersheimplätze usw., einen optimalen "Service public" also, welcher letztlich allen dient – und auch etwas Wert sein muss.

Wir können uns bereits jetzt Notwendiges kaum mehr leisten. Ich denke da an die Sanierung baufälliger Turnhallen und Kindergärten und an die Instandhaltung der Infrastruktur allgemein. Vernachlässigte und aufgeschobene Instandhaltung bedeutet aber eben auch Zunahme der Schulden, wie ich das an der vorletzten Sitzung dargelegt habe. Wünschbares, dabei ist z.B. an Hallen und Anlagen für SchwimmerInnen und andere SportlerInnen zu denken, ist schon gar kein Thema mehr. Das sind aber alles auch Bestandteile des Standortmarketings, der Steuerfuss ist nur ein - vermutlich von bürgerlicher Seite massiv überschätzter - Teil. Und: wir sind als Stadt, ob wir wollen oder nicht, mit hohen Sozialausgaben geplagt. Der Sozialreferent hatte im Sommer anlässlich der Beantwortung der Interpellation Hauser Gelegenheit, das ausführlich darzulegen. Hinzu kommt, dass wir als Zentrum Leistungen im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich anbieten für alle BewohnerInnen der Region, auch über die Kantonsgrenzen hinweg, ohne dafür angemessen entschädigt zu werden. So lange das so ist, werden wir punkto Steuerfuss mit den Profiteur-Gemeinden auch jenseits des Rheins nie konkurrieren können. Drei Steuerpünktchen mehr oder weniger helfen da gar nichts, Solidarität wäre gefragt, aber das ist halt nicht so populär. So gesehen verstehen wir auch den Stadtrat nicht, welcher diese Steuerreduktion bereits im April angekündigt hat. Das Hintertürchen, diesen Entscheid wieder rückgängig zu machen, falls sich die Prognosen nicht bewahrheiten würden, ist mehr als blauäugig.

Da auch die bürgerlich dominierten Parlamente von Bund und Kanton munter an der Steuerschraube drehen und dort Ertragsausfälle von gigantischen Ausmassen in Kauf nehmen, braucht es keine grossen prophetischen Fähigkeiten, um den Schluss zu ziehen, dass weiterhin Leistungen gekürzt bzw. Lasten an die jeweils tiefere Instanz weitergereicht werden. Am Ende bleibt auch das bei den Kommunen hängen und schmälert deren Spielraum. In diesem Zusammenhang erwarten wir aber immerhin, dass der Stadtrat, dort wo Leistungen nicht oder mangelhaft erbracht werden, was bei der Schaffhauser Polizei mit Sicherheit zutrifft, unverzüglich die Abgeltung entsprechend kürzt.

Die mangelnde Finanzkraft der Stadt bzw. rückläufige Steuererträge und Kürzungen von Beiträgen Dritter führen zwangsläufig zu einem Dienstleistungsabbau, oder sie werden kompensiert mit höheren Gebühren. Ich denke da z.B. an Kehrichtsackgebühren, Bus- und Altersheimtarife usw. Da Steuern im Gegensatz zu Gebühren mit einer Sozialkomponente ausgestattet sind, nützt diese Umschichtung natürlich den gut Situierten, während dem Normalbürger und der Rentnerin auf diese Weise das Steuergeschenkelein sogleich mehrfach aus der andern Hosentasche genommen wird. Solidarität wäre auch hier gefragt.

Die SP-Fraktion macht bei dieser Umverteilung selbstverständlich nicht mit, wir werden auf das Budget eintreten und in der Detailberatung den einen oder andern Antrag stellen. Da wir, wie ausführlich dargelegt, eine Steuerfussreduktion zum jetzigen Zeitpunkt für verantwortungslos halten, werden wir den GPK-Anträgen zustimmen."

Peter Wullschleger (CVP) Votum *

"Würden die CVP-VertreterInnen zum Leitbild der Stadt Schaffhausen als Massstab für die Budgetbeurteilung greifen, könnten sie dem Voranschlag 2002 schwerlich zustimmen. Im erwähnten Leitbild steht nämlich, dass in der Stadt Schaffhausen ein Steuerklima herrschen soll, in welchem Unternehmen und natürliche Personen attraktive Gegenleistungen der öffentlichen Hand im Rahmen eines ausgeglichenen Budgets erhalten sollen.

Vom Ziel der Ausgeglichenheit ist der Voranschlag mit einem Budgetdefizit von über 2,5 Millionen und einem Finanzierungsfehlbetrag von 7 Millionen weit entfernt. Und die Frage nach dem Steuerklima bzw. nach den attraktiven Gegenleistungen der Stadt wäre Anlass für abendfüllende Diskussionen, ohne Aussicht auf einen Konsens. Für uns steht jedoch fest: Das Steuerklima in Schaffhausen ist nicht konkurrenzfähig. Selbst Angehörige des Mittelstandes sehen sich zunehmend nach Standortalternativen um, und zwar insbesondere dann, wenn es um den Erwerb von Wohneigentum geht. Einer solchen Entwicklung mit Aufrufen zur Solidarität

begegnen zu wollen, ist ein ebenso vergebliches Unterfangen wie der Versuch, einen Brand mit kräftigem Pusten zu löschen. Für beides gilt: Die Situation wird nur noch schlimmer.

Was ist also angesichts der Tatsache, dass die budgetierten Steuereinnahmen von 98 Millionen den Personalaufwand von 82,5 Millionen um nur 15 Millionen übersteigt, und der Aussicht, dass sich dieses Verhältnis in den nächsten Jahren eher noch verschlechtern wird, zu tun? Soll das Budget an den Stadtrat zurück gewiesen werden? Das scheint uns nicht der richtige Weg zu sein. Das Problem liegt letztlich nicht primär in dieser oder jener Ausgabeposition, was bei entsprechender Streichung zur Verbesserung des Voranschlags führen würde. Vielmehr sind wir der Überzeugung, dass der Forderungskatalog, welcher in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft an die öffentliche Hand gestellt wird, laufend überarbeitet werden muss, will man nicht Gefahr laufen, dass die staatlichen Dienstleistungen unbezahlbar werden. Zudem ist anzunehmen, dass die Verwaltung aufgrund der über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen und Prozesse in Verbindung mit Besitzstandgarantien schlicht zu teuer produziert. Solche grundsätzlichen Fragestellungen können jedoch nicht Gegenstand einer Budgetdebatte sein, sondern bedürfen einer soliden politischen Diskussion, einer daraus resultierenden, tragfähigen, strategischen Entscheidung und der anschliessenden Realisierung nachhaltiger Massnahmen. Die traktandierte Motion „Gesunde und attraktive Finanzen“ bietet in dieser Hinsicht die entsprechende Plattform.

Die CVP tritt somit auf den Voranschlag 2002 ein. Sie tut dies indessen nur, weil sie überzeugt ist, dass nächstes Jahr im Zusammenhang mit der städtischen Finanzpolitik wichtige Weichen gestellt werden können. Nachdem die wirtschaftliche Zukunft nicht rosig ist, und die Zinsen nicht ewig auf dem heutigen tiefen Stand verbleiben werden, behalten wir uns jedoch vor, Anträge zur Streichung nicht notwendiger Ausgaben zu formulieren. Raum für eine moderate Anpassung des Voranschlags 2002 an die finanzielle Situation der Stadt Schaffhausen ist auf jeden Fall vorhanden. In Übereinstimmung mit dieser Beurteilung stehen wir folglich auch für eine Reduktion des Steuerfusses ein."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Der GPK-Präsident hat Sie kompetent und ausführlich über die Beratungen in der GPK informiert, und die Anträge liegen Ihnen in schriftlicher Form vor. Dank des Beschlusses der GPK, den Steuerfuss bei 112 Punkten zu belassen, können wir heute eigentlich von einem ausgeglichenen Voranschlag ausgehen. Das stimmt uns erfreut. Weil ich aber damit rechne, dass die Anträge auf Steuerfussenkung kommen werden - sie wurden bereits angekündigt - möchte ich den vorliegenden Voranschlag doch noch kritisch würdigen.

Dieser Voranschlag konnte nur mit verschiedenen "Kunstgriffen" einigermaßen vertretbar gestaltet werden. Erwähnt seien hier die Übertragung der SASAG-Aktien, die mit 2,6 Mio Franken die laufende Rechnung verbessern. Sodann werden heute noch völlig unbestimmte Liegenschaftsverkäufe im Umfang von Fr. 1.2 Millionen für die laufende Rechnung gutgeschrieben. Ob dieses Geld aber im Jahr 2002 zu realisieren ist, ist zum heutigen Zeitpunkt aus meiner Sicht noch völlig offen. Weiter wurde die Ablieferung der städtischen Werke erhöht und schlägt mit einem Mehr von

730'000 Franken zu Buche, und aus der Erhöhung der Altersheimtaxen sollen Mehreinnahmen von rund 2 Millionen Franken resultieren.

Daneben wurden wichtige Ausgaben in schon beinahe unverantwortbarer Weise gekürzt. Ich erwähne in diesem Zusammenhang den Gebäudeunterhalt. Dieser wurde - obwohl wir hier schon seit Jahren nur ungenügende Mittel bewilligen - nochmals um Fr. 270'000.-- reduziert. Weiter liegt der Abschreibungssatz mit 9% unter der inskünftig gemäss Gemeindegesetz einzuhaltenden Limite. Gleichwohl resultierte mit der Steuerfuss-Senkung ein Fehlbetrag in der laufenden Rechnung von 2,5 Millionen Franken.

Wir sind froh, dass die GPK hier Gegensteuer gegeben hat, und durch ein Belassen des Steuerfusses auf dem heutigen Stand von 112 Punkten eine ausgeglichene laufende Rechnung erreicht werden konnte. Alles andere scheint uns unverantwortlich.

Noch ein Wort zu den Investitionen: Es ist uns klar, dass aufgrund der grossen Aufwändungen im Zusammenhang mit der ARA Röti bei den Investitionen Zurückhaltung angebracht ist. Doch gilt es eben auch mit der Zurückhaltung Mass zu halten. Wenn beim laufenden Unterhalt wider alle Vernunft zu lange und zu stark gespart wird, so werden die Sanierungen eben teurer und müssen über die Investitionsrechnung abgewickelt werden. Da fehlen uns im Voranschlag wichtige und auch dringende Investitionen. Ich erwähne hier nur die Sanierung der Kindergärten, welche erst im Jahr 2003 in Angriff genommen werden soll. Dann sind - wie der Presse am 6. Dezember 2001 zu entnehmen war - diverse Turnhallen in der Stadt (Bach und Emmersberg) in einem so bedenklichen Zustand, dass sich zum Teil Sicherheitsfragen stellen, was ich als absolute Schande für diese Stadt empfinde. Eine Sanierung dieser Turnhallen ist nicht in Sicht, zumindest habe ich im vorliegenden Voranschlag und auch im Finanzplan nichts gefunden.

Zu diesen, wie auch anderen Punkten im Voranschlag werden wir in der Detailberatung noch Fragen und unter Umständen auch entsprechende Anträge stellen.

Wir werden auf das Budget eintreten und ihm je nach Ausgang der Debatte dann auch zustimmen. Abschliessend möchte auch ich mich noch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Verwaltung und den Exekutivmitgliedern für die kompetente Fragenbeantwortung im Rahmen der GPK-Verhandlungen bedanken."

Stadträtin Veronika Heller Stellungnahme des Stadtrates *

"Es ist eine alte Volksweisheit, wonach in fetten Jahren Vorräte anzulegen sind. Nur, dieser Weisheit hat die Stadt Schaffhausen in den letzten Jahrzehnten nie nachgelebt - und was wir seit Anfang der 90er-Jahre hinter uns haben, sind alles andere als fette Jahre.

Was die Stadt bei der Laufenden Rechnung jedoch immer getan hat, sie hat sich bemüht, gemäss Finanzhaushaltgesetz mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu führen (+ /- 3 % der Einnahmen aus Einkommens- und Vermögenssteuer = ca. 2,7 Mio). Das ist ihr auch gelungen.

Der Stadtrat ist auch dieses Jahr mit einem Rohbudget gestartet, das - wie es Wunschkonzerte so an sich haben - mit über 9 Mio Franken Defizit in der laufenden Rechnung massiv über dem lag, was wir uns leisten können. Alles in allem hat der Stadtrat fast eine ganze Woche seiner Zeit dazu aufgewandt, das Budget der gesetzlich vorgeschriebenen sowie staats- und volkswirtschaftlich notwendigen Ausgeglichenheit anzunähern. Das ist ihm im August auch gelungen.

Präsentieren musste ich das Budget 2002 den Medien dann am 12. September - einen Tag nach den Terroranschlägen in den USA, als es weder die Medien noch sonst jemanden interessierte. Heute ist dies wieder ein bisschen anders. Dieser 11. September war in verschiedenster Hinsicht eine Zäsur, nicht nur in der Weltgeschichte, sondern auch in der Geschichte unserer Stadt. In den Wochen darnach blieben wir vor weiteren Katastrophen auch nicht verschont. Die Konjunktur war schon im Frühjahr ins Stocken geraten; nach dem 11. September mussten sämtliche Auguren ihre Konjunkturprognosen nach unten korrigieren. Auch die Leitzinsen wurden - dies allerdings bereits seit dem Frühjahr - in mehreren Schritten gesenkt. Die Stellenanzeiger-Beilagen der Tageszeitungen schrumpften auf die Hälfte, und im Monat November waren die Zahlen der arbeitslosen Personen mit 398 - im September waren es noch 331 - um rund 20% angestiegen (von 1,8 auf 2,2%).

Wie das Budget 2002 auf der Basis des Stadtrates aussieht, muss ich hier nicht wiederholen; Sie haben es mehrfach gehört.

Alle anderen Details können Sie der Botschaft des Stadtrates vom 11. September 2001 entnehmen. Der GPK-Präsident hat auf die wichtigsten Punkte hingewiesen.

Über die Beratungen der GPK und den daraus resultierenden Anträgen wurden Sie bereits orientiert.

"Les absents ont toujours tort!" - das sollten auch die bürgerlichen Mitglieder der GPK wissen, die im entscheidenden Moment, als es um die Schlussabstimmung ging, durch Abwesenheit glänzten - und ein Rückkommen nach Abschluss des Geschäftes nicht mehr zustande kam. Dies hat es Peter Möller immerhin erlaubt, eine etwas sarkastische Bemerkung hinsichtlich "Gegensteuer" zu machen.

Aber es geht ja bekanntlich schon seit längerer Zeit nichts mehr über Realsatire - und Exekutivmitglieder tun gut daran, sich mit Galgenhumor zu wappnen, anders ist da einiges nicht auszuhalten.

Abgesehen von den Hauptfragen - die Reallohnerhöhung für das Personal haben wir hinter uns, den Steuerfuss noch vor uns - hat die GPK (Andres Bächtold hat es erwähnt) zwar in den Beratungen über das Budget ein bisschen geschimpft, grosse Änderungen hat sie nicht vorgenommen - weder in der einen, noch in der anderen Richtung.

Ich hoffe nun, dass heute nicht wieder so unheilige Allianzen zustande kommen, wie letztes Jahr - das hat Andres Bächtold nicht erwähnt, ich glaube, er weiss warum. Das Parlament hat lauthals nach Schuldenabbau geschrien - der wäre mir persönlich noch so lieb - andererseits wollte es aber ganz schnell irgend eine Turnhalle oder sonst etwas subito renoviert haben, und hat damit flugs die Verschuldung um ein paar hunderttausend Franken erhöht und gleichzeitig erklärt, bei den Investitionen sei das nicht so schlimm.

Zu WOV möchte ich nicht viele Ausführungen machen. Der GPK-Präsident hat darüber berichtet. Die GPK hat eine Extrasitzung anberaumt, um die

Leistungsaufträge zu beraten. Ihre Fragen sind offenbar von den Verantwortlichen der verschiedenen Pilotabteilungen in zufriedenstellender Weise beantwortet worden. Wir sind - was WOV anbetrifft - auf gutem Wege. Am 26. Februar 2002 wird eine kontradiktorische Veranstaltung zu diesem Thema stattfinden. Ich hoffe, dass möglichst viele von Ihnen diesem Anlass beiwohnen werden.

Der Präsident der GPK, Alfred Zollinger, hat sich um eine sachliche Beratung des Budgets bemüht und dieses Ziel auch erreicht. Davon konnten Sie sich auch heute überzeugen. Die Berichterstattung war ausgezeichnet; dafür herzlichen Dank.

Nun sind wir ja hier, um das **Budget 2002** der Stadt Schaffhausen auch im Plenum zu beraten. Wir sind aber keine Insel, auch wenn diese Dezembersitzungen durchaus ihre eigenen Gesetzmässigkeiten haben.

Die Katastrophen dieses Herbstes haben einmal mehr als deutlich aufgezeigt, wie vernetzt alles ist.

Die GPK wollte an ihrer vorletzten Sitzung von allen Stadträten wissen, was deren Referate sich an Zielen und Massnahmen aufgrund der Klausurtagung des Stadtrates vom 29./30. März 2001 vorgenommen hatten. Als dann ich an der Reihe war, es war mittlerweile etwa 19.30 h, da war sie plötzlich nicht mehr interessiert. Ich werde dies dann gerne nachholen, wenn wir die Motion der bürgerlichen Fraktionen mit dem Erstunterzeichner Peter Wullschleger "Gesunde und attraktive Finanzen" behandeln. Ich werde das nicht heute tun.

Trotzdem eine Bemerkung zum Votum von GrSR Wullschleger. Es stimmt nicht, dass das Steuerklima für Unternehmungen in Schaffhausen nicht attraktiv ist - ganz im Gegenteil. Aber wir bringen es ja zusammen mit dem Kanton noch fertig, daraus ein Geheimnis zu machen. Das weiss fast niemand, wir sind zum Teil besser als der Kanton Zug.

Etwas dürfen wir auch nicht vergessen, niedrige Steuerbelastungen haben sofort hohe Liegenschaften-Preise zur Folge. Wir dürfen diese beiden Sachen nicht einfach auseinander nehmen.

Ich möchte dies kurz zusammen fassen:

Sie können nicht

- die Steuereinnahmen reduzieren,
- Schuldenabbau verlangen,
- zahlreiche Investitionswünsche zum Teil in phänomenaler Höhe anbringen,
- das Personal demotivieren - das haben Sie heute nicht gemacht - und
- auch noch eine Anspruchsmentalität, die zum Teil jenseits von Gut und Böse ist, an den Tag legen
- und das alles gleichzeitig - und meinen, das gehe auf.

Das geht nicht auf, meine Damen und Herren. Wir werden uns bei der Behandlung der Motion Wullschleger noch darüber unterhalten.

Ich hoffe dennoch, es gelinge dem Rat, im Sinne der vom Stadtrat aufgezeigten Richtung ein ausgewogenes Resultat zu erzielen. Sie sind auf dem besten Weg dazu. Die Anträge des Stadtrates lauteten ursprünglich so, dass wir 1,5 % Reallohnerhöhung für das Personal wollten und eine Steuerfuss-Senkung um 3%-

Punkte ins Auge fassten. Die entsprechenden Anträge sind heute aus dem Parlament wieder gekommen.

Ich muss ehrlich sagen: Wir sind uns bewusst, dass wir bei der Verwaltung mit relativ bescheidenen personellen Ressourcen auskommen müssen, weil die Ansprüche immer gestiegen, aber die Aufgaben nicht reduziert worden sind - es ist nicht etwas Neues gekommen und etwas Altes ersetzt worden. Weder die Exekutive noch die Legislative wollen dazu beitragen, ein Referendum zu provozieren. Es ist uns ganz wichtig, dass wir hier beim Steuerfuss ein Zeichen setzen. Es ist ein kleines Zeichen mit diesen 3%-Punkten, das ist sich der SR bewusst. Aber mehr können wir nicht verantworten. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie nicht darüber hinaus gehen würden.

Es ist schon gesagt worden, ein Steuerfuss-Referendum beim Kanton gibt es nicht. Ich möchte nicht, dass dann einfach wieder alles, was darunter subsummiert werden kann, in der Stadt ausgetragen wird. Das würde nämlich einen Teil dieser knappen Ressourcen für Wochen auf unvernünftigste Weise binden.

Ich bitte Sie, auf das Budget 2002 einzutreten. Ich danke Ihnen, dass Sie das schon signalisiert haben, und hoffe auf eine sachlich konstruktive Detailberatung."

Der Ratspräsident stellt fest, dass ein Antrag auf Nichteintreten nicht gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

An dieser Stelle unterbricht der Ratspräsident die Sitzung für eine 1 $\frac{1}{4}$ stündige Pause bis 19.05 Uhr.

T E I L 2

DETAILBERATUNG

Begonnen wird mit dem Leistungsauftrag der Pilotabteilungen WOV (Globalbudget).

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin verliest die Seitenzahlen.

Altersheim Steig

Seiten 06 - 10

Iren Eichenberger, 1. Vizepräs. erkundigt sich, weshalb auf Seite 6 die Cafeteria des Altersheimes nicht genannt werde. "Ich meine, die Cafeteria erfülle in jedem Altersheim eine wichtige soziale Funktion, in dem sie einen Treffpunkt für Leute von aussen und für HeimbewohnerInnen bildet. Gerade für nicht mehr mobile Pensionäre bietet sie die Chance, Kontakte aufzunehmen, täglich den kleinen Ausgang zu erleben, kurz, sich ein Stück normales Leben zu erhalten. Damit trägt sie zur Lebensqualität und zur Selbständigkeit der BewohnerInnen teil. Unabhängig davon,

ob eine Cafeteria kostendeckend sei oder nicht, sollte sie zum Grundangebot gehören. Darum gehört sie in den Leistungsauftrag."

SR Urs Hunziker: "Ich war bei der Formulierung des Leistungsauftrages nicht dabei. Mir wurde aber zu einem späteren Zeitpunkt einmal berichtet, man habe sich bei der Formulierung des Leistungsauftrages auf die drei Produktgruppen Wohnen, Pflege und Verpflegung beschränkt. Aus welchem Grund dies so erfolgt ist, entzieht sich meiner Kenntnis."

Roland Schöttle (FDP): "Vielleicht hat es damit zu tun, dass die Cafeteria im Altersheim Steig seit Inbetriebnahme dieses Altersheimes von Frauen kostenlos betrieben und in der Rechnung mindestens nicht als Aufwandsposten aufgeführt wird. Als Ertragsposition müsste sie gleichwohl in der Rechnung irgendwo aufscheinen. Ich finde es übrigens bemerkenswert, es ist meines Wissens das einzige Heim in Schaffhausen, wo gratis gearbeitet wird; keine Versicherungsfrage und nichts ist geklärt."

SR Urs Hunziker: "Soeben habe ich von Th. Jaquet eine Zusatzinformation erhalten. Er hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass die Cafeteria im Verpflegungs- und Mahlzeitendienst inbegriffen ist."

Iren Eichenberger, 1. Vizepräs. bedankt sich für die Antwort. "Es ist sinngemäss schon richtig, wenn man sagt, die Cafeteria gehöre in den Verpflegungsbereich. Aber man sollte nicht vergessen, dass dies auch ein soziales Angebot ist, daher darf es nicht irgendwie unter einen Kostendruck geraten. Deshalb gehört sie auch separat aufgeführt."

Iren Eichenberger, 1. Vizepräs. nimmt Bezug auf Seite 8 Pflege. Dort vermisst sie unter der Rubrik Kundinnen/Kunden einen wichtigen Ansprechpartner, nämlich die Angehörigen. "Sie sollten dort erwähnt werden. Damit würde ausgedrückt, dass auch die Angehörigen Anspruch auf Dienstleistungen haben. z.B. Gespräche mit der Heimleitung oder dem Personal, und dass ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen sind." Die Votantin würde es begrüßen, wenn die Formulierung des Produktgruppenziels ergänzt würde (...) unter Einbezug der Angehörigen. Die Leistungsmessung könnte durch die Erfassung der Kontakte zu den Angehörigen - ein- bis zweimal pro Jahr oder nach Bedarf - erfolgen. "Ich finde es schlecht, wenn die Angehörigen nur bei Krisensituationen gerufen werden und man dann erwartet, dass man mit ihnen arbeiten kann. Die Angehörigen sind von Anfang an mit einzubeziehen und der Kontakt sollte regelmässig gepflegt werden. Dies geschieht im Interesse aller Beteiligten und ist sogar kostenrelevant."

SR Urs Hunziker: "Ich nehme diesen Hinweis gerne auf. Man hat sich bei diesen WOV-Betrieben jedoch einmal auf eine bestimmte Anzahl Produktgruppen geeinigt. Im Interesse der Aussagekraft der Daten sollten die Parameter nicht während des Versuches geändert werden.

Der Einbezug der Angehörigen erfolgt mittels Fragebogen, welche im Leistungsauftrag erwähnt sind. Die Angehörigen sind sicher nicht ausgeklammert."

Erwin Sutter (EDU) verweist auf Seite 8, wo steht: "*Umfrage bei BewohnerInnen und Angehörigen.*"

haben das gleiche Zielpublikum mit dem Unterschied, dass an der Musikschule Schaffhausen nicht nur hochbegabte, sondern alle SchülerInnen unterrichtet werden. In diesem Sinne gibt es auch keine Schnittstellen. Das Collegium Artis behauptet praktisch, dass es für hoch begabte SchülerInnen kein Angebot gibt. Dem ist aber überhaupt nicht so. Es gibt an der MS Schaffhausen ein hoch qualifiziertes Lehrerkollegium, das durchaus auch Mitglieder umfasst, welche BerufsschülerInnen ausbilden. In diesem Sinne ist das CA eine direkte Konkurrenz. Das Schulgeld beim CA beträgt pro Trimester Fr. 2'800.-- bzw. Fr. 8'400.-- pro Jahr. Da sich dieses Geld nicht einmal begüterte Eltern leisten können, wird es weitere Subventionen brauchen, um dies überhaupt tragen zu können. Das Projekt steht aus unserer Sicht auf wackeligen Beinen. Wir würden risikieren, 50'000 Franken in den Sand zu setzen oder - wenn es trotzdem funktioniert - eine Konkurrenz zur MS Schaffhausen aufzubauen.

Wenn das Geld in die musikalische Ausbildung investiert werden möchte, wäre ich der Meinung, es wäre sinnvoller in der MS SH investiert. Dort haben wir auch ein Finanzierungsproblem - Stichwort: Finanzierung eines Familien-Rabattes, Kostenpunkt Fr. 20'000.-- pro Jahr. Es gibt mit der Musikschule des SMPV eine Konkurrenz, welche einen Familien-Rabatt gewährt. Es gäbe weitere Projekte der MS SH, welche sich anbieten würden, z.B. Kinderkonzerte. Diese werden heute mangels eigener Finanzen mittels Kollekten teilfinanziert. Ich sehe nicht ein, weshalb wir als Kulturstadt, die eigene Bedürfnisse hat, zu Gunsten von ein paar "Top shots" die wir hier in der Region behalten wollen, unsere eigene Musikschule finanziell knapp halten und 50'000 Franken in ein fragwürdiges Projekt investieren.

Ich stelle deshalb den Antrag, diese 50'000 Franken auf die Musikschule SH zu übertragen, damit sie ihr Angebot verbessern und die Qualität erhöhen kann."

Stadtpräsident M. Wenger gesteht ein, dass es der stadträtliche Antrag gegenüber den Anträgen von J. Eugster und K. Zubler sehr schwer haben wird. "Ich möchte Ihnen einfach nochmals sagen, was das Ziel dieser Anschubfinanzierung war bzw. ist. Es ist das Ziel, international konzerterfahrene Interpreten, welche am Konservatorium unterrichtet haben, als Lehrkräfte für Meisterkurse und Begabte für unser Schaffhauser Musikleben zu erhalten. Es ist auch von Ihrer Seite bedauert worden, dass das Konservatorium MKS geschlossen werden musste. Es hatte wenig Unterstützung seitens des Kantons. Es ist schade, wenn diese bewährten Lehrkräfte und hervorragenden Interpreten unsere Region definitiv verlassen. Die Wirkung solcher "Top shots" - um die Sprache von Kurt Zubler zu verwenden, was diesen Leuten nicht gerecht wird - hat das Schaffhauser Musikleben immer sehr bereichert. Für die "Kalberei", dass das Konservatorium einfach geschlossen und dessen Wert nicht erkannt wurde, dafür kann der Stadtrat "weiss Gott" nichts. Die Schweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz hat entschieden. Wir erhalten keine Subventionen seitens des Bundes mehr für das MKS. Wir müssen uns etwas einfallen lassen. Was wäre - wahrscheinlich schon früher - die Alternative gewesen? Eine Privatinitiative auf die Beine stellen, die uns die

Möglichkeit gibt, diese international konzerterfahrenen Interpreten irgendwie in Schaffhausen aktiv zu halten. Die Initiative von Paul K. Haug, der einen Verein gegründet und im Handelsregister (Sitz Schaffhausen) hat eintragen lassen, hat genau dies im Sinn. Selbstverständlich haben wir im Vorfeld auch bei der Spitze der MS Schaffhausen angefragt, ob das Collegium Artis als Konkurrenzierung verstanden würde." Der Stadtpräsident zitiert an dieser Stelle einen Brief des Präsidenten des MKS vom 11.11.01, woraus entnommen werden kann, dass es für die MKS noch zu früh sei, jetzt bereits eine definitive Antwort zu geben. (...) "Zu Beginn wird die neue Musikausbildungsstätte für die Musikschule sicher keine Konkurrenz sein. Je nach dem Paul K. Haug sein Ausbildungsziel verändert, könnten wir teilweise Konkurrenten werden. Dies ist für uns kein Grund, zu bitten, von einer Unterstützung abzuraten (...)."

"Nun habe ich aber gehört, dass über das Wochenende - offenbar von der Basis der Musikschule ausgehend - Telefonate an sämtliche Fraktionspräsidenten dieses Rates gegangen sind. Da bin ich begrenzt begeistert."

An dieser Stelle gibt der Stadtpräsident zu bedenken, dass der Rat mit einem allf. Nein zu dieser Anschubfinanzierung auch ein Nein an die Adresse der bisherigen Lehrkräfte und Interpreten der MKS sage. Er zählt die Biographien der verschiedenen Unterrichtenden auf.

Schliesslich:

"Ich stelle Ihnen den Antrag, bleiben Sie beim Antrag des Stadtrates, Sie fahren gut!"

Edgar Mittler (FDP): "Herr Stadtpräsident, Sie haben uns mit den klingenden Namen noch nicht überzeugt. Ich schliesse mich dem Antrag von Josef Eugster an und unterstütze die Begründung von Herrn Zubler. Meistens bleibt es nicht bei der Anschubfinanzierung, es kommt dann jedes Jahr wieder ein Betrag ins Budget, damit man die Schule erhalten kann."

Herr Zubler hat gesagt, dass es in der Musikschule Schaffhausen Familien gebe, welche froh wären, wenn sie aus einem Fonds oder einem Kässeli unterstützt würden, um eines oder mehrere Kinder in der MS ausbilden zu lassen.

Ich bin Kassier der Hilfsgesellschaft in Schaffhausen, die u.a. auch bereits die Gassenküche unterstützt. Vor ca. 5 Jahren hatte unser damaliger Präsident Hanspeter Rohr einen Brief an die Musikschule gerichtet mit dem Hinweis, dass die Hilfsgesellschaft bereit sei, finanziell schwache Leute zu unterstützen, um es deren Kindern zu ermöglichen, die MS zu besuchen. Man möge entsprechende Gesuche einreichen. Es ist nie ein Gesuch eingegangen. Es wäre Sache der MS, die betreffenden Eltern auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen.

Ich unterstütze den Antrag von J. Eugster, den Betrag zu streichen."

Roland Schöttle (FDP): "Herr Stadtpräsident, wir sagen nicht Nein zu diesen MusikerInnen. Wir sagen nur Nein zu dieser Anschubfinanzierung, denn diese MusikerInnen können ihre Tätigkeit ohne weiteres im Rahmen dieses Vereins ausüben. Sie haben allerdings erkannte Probleme, wenn sie in der lokalen Presse schreiben, dass die Nachfrage nach diesem Angebot mindestens zur Zeit noch sehr schwach sei.

Für mich ist es ein ordnungspolitischer Entscheid, der hier zu fällen ist. Wir dürfen nicht Begehrlichkeiten wecken, dass Privatinitiative - auch wenn sie vielleicht indirekt aus dem Schicksal des Fallierens der Fachhochschule kommt - so unterstützt wird. Da können andere Begehrlichkeiten entstehen, die wir nicht wollen. Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass es bei dieser einen Anschubfinanzierung bleiben wird. Es wird Folgebeiträge brauchen. Da dürfen wir nicht Ja sagen. Ich unterstütze daher den Antrag von J. Eugster.

Ich habe mit Interesse die Argumentation von Kurt Zubler gehört. Aber wenn die Musikschule SH tatsächlich Bedürfnisse hat, dann müsste sie die richtige Reihenfolge einhalten und die Bedürfnisse anmelden. Dann könnte man allenfalls beim nächsten Budget darüber beraten. Aber man darf jetzt nicht einen Betrag geben und sagen: "Sucht Bedürfnisse." Ich kann deshalb den Antrag von K. Zubler nicht unterstützen."

Bea Hauser (SP): "Ich kenne das Projekt des Collegium Artis, weil es in der az beschrieben war und der Projektleiter bei uns war, zur Genüge. Ich war von Anfang an misstrauisch. Ich muss Ihnen ein paar Sachen sagen. Wissen Sie Edi Mittler, weshalb die Hilfsgesellschaft nie ein Gesuch hinsichtlich Familienrabatt erhalten hat? Weil sich der damalige MKS-Leiter und jetzige Präsident des Collegium Artis, Paul K. Haug, um die allgemeine Abteilung der Musikschule foutiert hat und sich nur um die Berufsabteilung - wo solche Gesuche nicht nötig sind - gekümmert hat. Daher unterstütze ich den Antrag meines Fraktionskollegen und will den Betrag nicht streichen lassen. Sepp Eugster, die Musikschule ist die Schule für musikalischen Unterricht, wo sich alle Kinder unterrichten lassen können und nicht nur diese Elite an Hochbegabten. Ich habe nichts gegen Spezialschulen und Förderung für Hochbegabte.

Diese neue Musikakademie zieht ganze vier Kinder von betuchten Eltern, die diesen Beitrag zahlen können, aus Süddeutschland und der Region Zürich an. Da müssen wir uns schon überlegen, Herr Stadtpräsident, ob wir in Zusammenarbeit mit dem Kanton in der Musikschule egalitär ausbilden können, oder ob wir einem Verein mit Privilegierten Anschubfinanzierung gewähren wollen. Als der Projektleiter bei uns war, hat er gesagt, in der Stadt Schaffhausen sei es so leicht, zu Geld zu kommen. "Jetzt gründe ich einen Verein, frage den Stadtpräsidenten an und schon sind 50'000 Franken im Budget." Das ist die Krux. Ich habe von Ihnen, Herr Wenger, nicht gehört, welchen Beitrag der Kanton SH oder die Gemeinde Neuhausen als Standort für diese Akademie bezahlt. Weil ich nie Kulturbeiträge kürze, kann ich dem Antrag von Sepp Eugster nicht folgen. Aber ich werde mich dafür einsetzen, dass der Betrag von Konto 2140 365.03 auf 365.00 transferiert wird."

Josef Eugster (SVP) nimmt Bezug auf den Hinweis von Stadtpräs. Wenger in Sachen Telefonate an die Fraktionspräsidenten vom vergangenen Wochenende. Er verweist auf die bürgerliche Fraktionssitzung vom 4. Dezember, wo dieser Beitrag bereits ein Thema gewesen sei und J. Eugster genau dasselbe gesagt habe wie heute. "Ihr heutiges Votum war m.E. ein Affront gegen die Musikschule SH. Wenn man nur noch hoch begabte Kinder ausbilden will und wenn die Unterrichtenden an der Musikakademie so gut sind, dann haben sie ja das Geld der öffentlichen Hand gar nicht nötig. Dann sind sie sicher auch gute Verdiener.

Wir haben vor einigen Wochen hier über Kinderkrippen gesprochen. Da hat man gesagt, wie gut es wäre, wenn man eine gute Durchmischung von intelligenten und weniger intelligenten Kindern, von sozial gut gestellten und sozial schwächeren Kindern hätte. Warum wollen Sie jetzt etwas unterstützen, das nur auf hochbegabte Kinder abzielt? Da bin ich absolut dagegen. Und wenn die Musikschule SH mehr Geld benötigt, so soll sie das auf dem ordentlichen Budgetweg machen."

Kurt Zubler (SP) weist darauf hin, dass die Basis der MS, welche sich kurzfristig gemeldet hat, sehr kurzfristig von der Situation erfahren hat. "Die Basis ist nicht an uns heran getreten mit der Forderung: "Wir wollen diesen "Stutz". Sie haben sich aber daran gestört, weil sie selber immer unter Geldmangel leiden. Erwähnt seien nebst den Projekten, welche nicht realisiert werden können, auch die räumlichen Unzulänglichkeiten als Folge von Budgetkürzungen und aufgeschobenen Sanierungen (Teppichböden, desolate sanitäre Anlagen). Dies wäre allerdings eine andere Budgetposition.

Ich bin auch traurig, dass das Musikkonservatorium nicht weitergeführt werden kann. Aber das ist jetzt geschehen. Jetzt etwas Pseudomässiges unter dem Stichwort "Standort-Marketing" weiter zu ziehen, erachte ich nicht als sinnvoll. Eine gute Musikschule SH mit einem guten, hoch motivierten Lehrkörper erachte ich mindestens so bedeutend für das Standort-Marketing wie diese hoch klingenden Namen, die Sie uns vorhin nahe gelegt haben."

Stadtpräsident M. Wenger: "Ich möchte mich gegen den Vorwurf von Herrn Eugster wehren, ich würde einen Affront gegen die Musikschule produzieren. Das stimmt überhaupt nicht. Ich habe Ihnen das Ziel erläutert; vielleicht haben Sie nicht gut zugehört. Ich habe gesagt, es gehe darum, international konzerterfahrene Interpretinnen und Interpreten als Lehrer für Meisterkurse und Begabte für unsere Schaffhauser Musik-Region zu erhalten. Das ist das Ziel. Es ging mit keinem Wort gegen die Musikschule."

Zur Feststellung von K. Zubler, die Basis der MS hätte sehr kurzfristig von der Situation erfahren, führt der Stadtpräsident aus: "Wenn die Kommunikation innerhalb der Musikschule nicht funktioniert, kann ich auch nichts dafür. Die Widerstände sind jetzt gekommen und heftiger geworden, weil man diese 50'000 Franken nicht einsetzen will.

Ich setze mich dafür ein, weil ich überzeugt bin, dass es eine gute Sache ist." Der Stadtpräsident weist an dieser Stelle darauf hin, dass es W. Bringolf fertig gebracht habe, Stader, Häfliger und A. Schweitzer in Schaffhausen auftreten zu lassen. Zum Teil hätten diese Leute auch Kurse

gegeben. "Er hatte damals jedoch nicht ein Parlament, welches die Anschubfinanzierung für eine solche Sache mit dem fehlenden Familienrabatt vermischt hat."

Roland Schöttle (FDP): "Nur zwei Sätze: Erstens: Häfliger, Stader und andere Leute wurden in Schaffhausen mehrheitlich von den organisierenden Vereinen finanziert, welche auch allfällige Defizite trugen. Zweitens: Wenn die Kommunikation in der Musikschule derart nicht funktioniert, dass die oberste Leitung sich äussert, ohne vorher mit dem Lehrkörper zu sprechen, dann liegt dort das Problem und nicht bei den Lehrern."

Vor der Abstimmung stimmt der Ratspräsident das Prozedere ab. Thomas Jaquet, Zentralverwalter weist darauf hin, dass bei einer allf. Verschiebung des Betrages zur Musikschule SH eine sep. Position nötig sei. Beim jetzt unter der Position 2140 365.02 figurierenden Betrag handle es sich um gesetzlich festgelegte Beiträge.

Kurt Zubler (SP) präzisiert seinen Antrag daher wie folgt:
Streichung der Position 365.03 und Schaffung einer neuen Position mit der Bezeichnung *Musikschule SH Beitrag für Familienrabatt und Projekte*.

ABSTIMMUNG

Auf Antrag von Josef Eugster (SVP) entscheidet der Rat mit 38 : 1 Stimmen, die Position - Fr. 50'000.-- - zu streichen.

Ein Antrag von Kurt Zubler (SP), diesen Betrag einer neuen Position - *Familienrabatt und Projekte* - zuzuweisen, unterliegt dem Streichungsantrag von J. Eugster mit 20 : 26 Stimmen.

Seite 66 **2120 Orientierungsschule**

318.00 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Fr. 3'300.--

Wilhelm Hefti (SP) nimmt Bezug auf den Kommentar Seite 67, wo es heisst: *Reduktion der Aufwändungen infolge Aufhebung der Nothelferkurse während des Schulunterrichts.*

"Ich möchte wissen, weshalb man bei diesem wichtigen Lebenskunde-Unterricht im obligatorischen Unterricht sparen will. Erste Hilfe ist doch etwas für das Leben. Nun wird dieser Unterricht ausserhalb des Schulprogrammes angeboten, und zwar für ganze Klassen. Durch diese Streichung bekommen sozial schwache Eltern zusätzliche Probleme, weil sie nicht in der Lage sind, zusätzlich 100 Franken für diesen Kurs auszugeben. Der Besuch dieses Kurses ist zwar freiwillig, wer aber nicht mit der Klasse mitmacht, wird als Aussenseiter abgestempelt, was gerade in diesem Alter Folgen haben kann. Ich bitte Sie, diesen Kurs wieder obligatorisch zu erklären und die Kosten dafür voll zu übernehmen. Ich beantrage Ihnen, den hierfür notwendigen Betrag von Fr. 22'000.-- wieder ins Budget aufzunehmen.

Stadtrat U. Hunziker: "Wir waren auch im Schulbereich gehalten, Einsparungen vorzunehmen. Die Einsparung wurde nicht im Kernbereich Schule vorgenommen, sondern quais auf einem Nebengleis. Der

Nothelferkurs ist in den letzten Jahren nicht zuletzt auch von Lehrerseite nicht unumstritten gewesen. Dies deshalb, weil da und dort disziplinarische Probleme mit den SchülerInnen aufgetreten sind. Wir haben unter der Lehrerschaft eine Umfrage gemacht. Mehrheitlich wurde die Absetzung des Nothelferkurses begrüsst. Künftig wird es so sein, dass die SamariterlehrerInnen in ihren Kursen, welche neben der Schule laufen, tatsächlich nur noch jene Jugendlichen haben, die Interesse an der Sache haben. All die Störenfriede werden nicht dabei sein. Eine Einnahmen-Einbusse für den Samariterverein resultiert daraus nicht, weil alle Jugendlichen, welche die Fahrprüfung machen wollen, den Nothelferkurs ohnehin absolviert haben müssen. Sehr viele Inhalte des Nothelferkurses sind bereits im naturkundlichen Unterricht unseres Lehrplanes enthalten, welcher durch die Klassenlehrer erteilt wird. (...) Es macht Sinn, wenn der Nothelferkurs zeitlich möglichst nahe bei der Fahrprüfung angesetzt wird."

Bernhard Egli (OeBS) unterstützt den Antrag von W. Hefti. Der Nothelferkurs gehöre zur Grundausbildung für alle SchülerInnen. Unfälle könne es auch in der Schule z.B. beim Spielen geben. Da sei man froh, wenn man die elementarsten Verhaltensregeln kenne.

Wilhelm Hefti (SP) entgegnet SR Hunziker, dass es ihm nicht um die SamariterlehrerInnen oder die -Vereine gehe. "Es geht mir um die Grundausbildung der SchülerInnen. Die SamariterlehrerInnen sind froh, wenn sie diesen Nothelferkurs nicht durchführen müssen; sie haben genügend andere Kurse zu bestreiten."

Esther Bänziger (SP) unterstützt den Antrag von W. Hefti ebenfalls. Sie bemängelt im übrigen, dass sehr viel Lebenspraktisches aus den Lehrplänen gestrichen werde. Disziplinprobleme seien eh vorhanden; diese hätte man auch im Fach Physik und im Sprachunterricht. Dies sei hier nicht das Thema. "Das Gelernte aus Nothelferkursen können wirklich alle brauchen. Es geht hier um einen lächerlichen Betrag."

ABSTIMMUNG

Auf Antrag von Wilhelm Hefti (SP) entscheidet der Rat mit 23 : 20 Stimmen, die Nothelferkurse im Schulunterricht zu belassen, was eine Erhöhung dieser Position um Fr. 22'000.-- zur Folge hat. Der Budgetbetrag lautet demnach auf neu Fr. 25'300.--.

Seite 74 **2190 Schulamt**

301.00 Besoldungen

Thomas Hauser (FDP) bemängelt die Pensenerhöhung des pädagogischen Mitarbeiters. Die Position wurde als 50%-Stelle ausgeschrieben - Stellenantritt per 1.1.01, per 1.8.01 wurde das Pensum auf 60% angehoben mit der Option 70% ab 1.1.02. "Da muss man jetzt langsam bremsen oder neu ausschreiben, sonst sieht das nach Vetternwirtschaft zwischen dem Schulratspräsidenten und dem

Stelleninhaber aus. Eine 20-prozentige Pensenerhöhung innerhalb eines Jahres ohne Zeiterfassung geht für mich zu weit. Ich stelle keinen Antrag."

Stadtrat Urs Hunziker: "Ich bin der Sache nach dem Hinweis von Thomas Hauser nachgegangen. Es ist so, dass wir im Stellenplan vom 21. August 2001 unter Sachbearbeiter I - Ressortleiter II in den Besoldungsklassen 17 - 21 200 Stellenprozente vorgesehen haben. Die Stellen sind seit dem Austritt von Peter Salathé nie mehr vollumfänglich besetzt worden. Besetzt wurden 50% durch den pädagogischen Mitarbeiter, rückwirkend auf den 1.8.01 weitere 10%. Ab dem neuen Jahr sind 70% für diese Funktion vorgesehen. Eine Zeiterfassung der Arbeitszeiten des pädagogischen Mitarbeiters (1. Jan. - Ende November 01) liegt vor. Dieser Mitarbeiter hat während dieser Zeit rund 240 Überstunden geleistet."

Seite 80 **Kultur und Freizeit**

3000 Stadtbibliothek

3010 Museum

3020 Stadttheater

Josef Eugster (SVP) stellt fest, dass für Kultur und Freizeit 16,8 Mio Franken aufgewendet werden (*Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich hier um den Bruttoaufwand ohne Erträge, der Nettoaufwand beträgt 10,7 Mio Franken.*) Der Votant stellt keinen Antrag. Er fordert jedoch, dass die drei erwähnten Institutionen ihre Rechnung künftig um mindestens 10% verbessern, sei es durch Einsparungen oder durch Verbesserungen bei den Einnahmen. Er ist der Ansicht, dass der heutige Aufwand die Gesamtrechnung der Stadt zu stark belastet.

Peter Kämpfer (SP) hat Verständnis, wenn man sagt, der Aufwand sei zu hoch, man müsse sparen. Aber dann sei es nötig, Anhaltspunkte für Sparmöglichkeiten zu liefern. Die Positionen seien in der GPK angeschaut worden, aber es sei schwierig, hier etwas zu machen. Der Votant sieht allenfalls Möglichkeiten auf der Einnahmenseite (Lastenausgleich durch andere Gemeinden aus dem Kt. SH und durch die Zürcher Nachbargemeinden).

Erwin Sutter (EDU) unterstützt die Forderung von Josef Eugster. Er verweist auf die Steigerungsraten der letzten 10 Jahre bei den von J. Eugster genannten Institutionen. E. Sutter rät eindringlich zu prüfen - dies würde eine Motion ersparen -, ob man nicht künftig beim Museum Eintritt verlangen soll - insbesondere für Auswärtige. Dass die Schulen weiterhin nichts bezahlen sollen, findet E. Sutter richtig. Auch die Dienste der Stadtbibliothek sollten mit einer Gebühr belegt werden.

Josef Eugster (SVP) richtet sich an P. Kämpfer. "Ich finde, dass man durch die Erhebung von Eintrittsgebühren mehr Einnahmen generieren soll. Ich kenne kein einziges Museum in der Schweiz mit Gratiseintritt. Auch in den Bibliotheken wird nichts gratis heraus gegeben; man bezahlt dafür. Das ist übrigens eine Forderung, die wir schon seit langem erheben."

Stadtpräs. M. Wenger vertritt die Meinung, dass dieses Thema nicht nur den GrSR beschäftigen sollte, sondern auch den Kanton - Stichwort: neuer

Finanzausgleich, Abgeltung von Zentrumsleistungen. "Ich habe anlässlich der Diskussion in diesem Saal über die neue Kantonsverfassung Antrag gestellt, man solle "expressis verbis" als verfassungsmässigen Grundsatz aufnehmen, dass es für die Zentrumslasten einen Ausgleich geben muss in diesem Kanton. Das ist leider abgelehnt worden, obwohl die Stadtregierung bei den Verhandlungen mit dem Kanton immer wieder auf diese Zentrumsleistungen hingewiesen hat." Der Stadtpräsident bestätigt die Richtigkeit der Feststellungen von J. Eugster und E. Sutter, wonach die Aufwendungen in den erwähnten Kulturbereichen ein Steigerung erfahren haben. "Es wird nicht einfach sein, die gestellten Forderungen zu erfüllen. Der SR wird überprüfen müssen, was möglich ist. Es ist bereits richtigerweise darauf hingewiesen worden, dass im Zusammenhang mit der allf. Erhebung von Eintrittsgeldern und Abgeltung von Dienstleistungen nicht Alle gleich behandelt werden sollen. Wir müssen darauf achten, dass die städtischen SteuerzahlerInnen nicht doppelt zur Kasse kommen - einmal über die Steuern und das zweite Mal über Gebühren. Der Spielraum wird relativ begrenzt sein."

Stadtrat Thomas Feurer: "Sie haben beim Eintreten angekündigt, dass die Kultur das Mega-Thema wird, was das Sparen anbetrifft. Natürlich geben wir relativ viel Geld aus für die Kultur als Zentrumsstadt. Aber die Kultur ist eines der Produkte, welches diese Stadt auszeichnet. Sepp Eugster, man sollte nicht zuerst die guten Produkte aus dem Sortiment nehmen." Bezüglich Eintrittsgelderhebung im Museum verweist der Kulturreferent auf frühere Vorstösse von Thomas Hauser und die entsprechenden Stellungnahmen des Stadtrates. Er erwähnt weiter, dass aus der Rechnung 2001 ersichtlich sein werde, dass in Bezug auf die Einnahmensituation gerade beim Museum eine wesentliche Verbesserung erreicht wurde, sei es bei den Shops, bei der Cafeteria und an anderen Orten. "Wir erheben bei allen Ausstellungen Eintritt, ausser dort, wo wir bis heute wirklich nichts getan haben - in den alten Räumen, die schon immer gratis betreten werden konnten. Die Ebnöther-Ausstellung kostet etwas, die Ausstellung des Kunstvereins kostet etwas, alle Spezialausstellungen kosten etwas. Das ist ein pragmatischer Weg."

Ausstellungen, welche uns grosse Investitionskosten verursachen, belegen wir mit einer Eintrittsgebühr. Die Hälfte der Eintrittszahlen resultiert aus Schulklassen - aus dem ganzen Kanton und den angrenzenden Gebieten. Die andere Hälfte rekrutiert sich aus Mitgliedern von museumsnahen Vereinen, welche ein verbrieftes Recht für den Gratis Eintritt besitzen.

Das Museum hat - durch Volksabstimmungen legitimiert, durch Verträge legitimiert - in den letzten 2 Jahren einen Flächenzuwachs von 3'600 m² erhalten. Es wurde ein Museums-Depot bezogen, die Ebnöther-Ausstellung, welche sehr guten Zuspruch findet, installiert und endlich einmal das naturhistorische Depot eingerichtet, jedes Mal ca. 1'200 m². Wir haben sehr viele Gelder für diese Investitionen bei der Sturzenegger-Stiftung generieren können, damit dies überhaupt umgesetzt werden konnte. Dass dies nachher im Betrieb gratis ist, glaubt hier drinnen wohl niemand. Wenn wir unsere Aufwendungen in Relation zur Grösse dieses Hauses stellen - das gilt für das Museum, für das Stadttheater, für die Kammgarn, worauf wir noch zu

sprechen kommen werden - so kommt die Stadt Schaffhausen zu einem extrem günstigen Angebot. Ich bin nicht grundsätzlich gegen die Forderung des Sparens, aber dann müssen Sie uns benennen, was das heissen soll. Wir können beim Museum 10% einsparen - kein Problem -, dann schliessen wir am Dienstag und am Mittwoch. Dann haben wir an 4 Tagen pro Woche geschlossen. Wir haben heute von 12.00 - 17.00 Uhr geöffnet, von 10 - 12.00 Uhr wurde geschlossen. Dies hat empörte Reaktionen seitens von MitbürgerInnen ausgelöst, welche mit BesucherInnen vor dem geschlossenen Museum standen. Es gibt auch hier eine Anspruchsmentalität. Man kann schon fordern, beim Museum müsste eine halbe Mio Franken eingespart werden. Dann wären wir wieder beim Jahr 1992 oder 1993. Wir haben aber auch noch eine Stiftung, welche jeden Franken, welche die Stadt hiefür aufbringt, verdoppelt. Wenn wir dort mit dem Rotstift dahinter gehen, dann ist auch diese Stiftung nicht mehr bereit, uns in diesem Masse weiter zu unterstützen. Sie müssen also auch die Mittel berücksichtigen, welche uns von Dritten zufließen - Stiftungsgelder, Arbeitsleistungen von Leuten aus museumsnahen Vereinen, Zuwendungen von Dritten.

Wir wissen, dass das Geld, welches wir in diesen Institutionen ausgeben, Steuergelder sind. Wir gehen damit so gut es geht um."

Esther Bänziger (SP): "Wir reden immer von Standort-Marketing und von Wirtschaftsförderung. Die Leute erwarten Unterschiedliches. Die einen finden es wahnsinnig wichtig, dass die Steuern etwas tiefer sind, die anderen möchten viele Parkplätze, damit sie sich in Schaffhausen wohl fühlen. Dann gibt es Leute, die schätzen ein gutes kulturelles Angebot, was m.E. sehr wichtig ist. Ich möchte Sie sehr warnen vor globalen Kürzungsforderungen."

Kurt Zubler (SP): "Es ist ein Problem der Städte, dass sie Zentrumsleistungen erbringen, welche nicht abgegolten werden. Wir sehen das oft aus unserer städtischen Optik und jammern über die "bösen" ZürcherInnen, welche zu uns kommen und nichts abgelten."

Ich möchte Sie einmal darauf hinweisen, dass viele SchaffhauserInnen gerne nach Zürich oder Winterthur fahren, und dort in die Museen, ins Theater und in die Oper gehen. Viele Institutionen in der Stadt Zürich werden durch die Stadt subventioniert und sind gratis zu benützen, vor allem die Bibliotheken, was mir ein wichtiges Anliegen ist. Viele junge Leute aus Schaffhausen studieren zu guten Bedingungen in Zürich. Sie sind auf eine grosse Reihe von Bibliotheken angewiesen, welche in Zürich gratis benützt werden können. Da ist die Stadt SH auch nicht bereit, quasi einen Lastenausgleich an die Stadt Zürich zu leisten.

Zum hiesigen Museum möchte ich noch sagen: Die SchaffhauserInnen sind stolz auf ihr Museum. Das ist eine richtige BürgerInnen-Institution. Generationen sind durch dieses Haus gegangen, durch dieses Kessler-Loch und alle anderen Abteilungen. Die Leute haben eine Bindung zum Museum. Es wäre schade, wenn diese Bindung durch die Erhebung von Eintrittsgeldern unterbrochen würde. Durch die Gebührenerhebung sinken

die Besucherzahlen. Sie trifft Familien mit Kinder, welche das Museum häufig besuchen. Museum, Theater und Bibliothek sind Investitionen in die Bildung."

Josef Eugster (SVP) hat mit seiner Forderung nicht beabsichtigt, hier und heute eine Museumsdebatte auszulösen. Das Problem ist, dass wir uns den heutigen Kulturaufwand nicht leisten können. Wenn man keine Möglichkeit sieht, die Einnahmenseite zu verbessern, dann müssen wir Massnahmen ergreifen und das Museum einen Tag mehr schliessen."

Erwin Sutter (EDU) zeigt anhand einer Grafik, dass sich in der Stadt Schaffhausen eine grosse Schere auftut zwischen Einnahmen und Aufwand im kulturellen Bereich. Der Votant verweist auf den düsteren Finanzplan, den die Finanzreferentin dem Parlament z.K. zugestellt hat. Da müsse man sich Gedanken machen, wie man dies finanzieren könne. Sponsoring wäre auch eine Idee. Es gehe nicht darum, das Museum zu schliessen.

Erwin Sutter bestreitet im übrigen, dass die Benützung von Bibliotheken in der Stadt Zürich gratis sei - ausgenommen ETH oder Uni.

Edgar Mittler (FDP): "Es ist symptomatisch, sobald das Wort sparen oder haushälterisch erwähnt wird, wird von allen Seiten abgewehrt. SR Feurer, das war jetzt wieder ein flammendes Widerstands-Votum gegen alle Absichten, Massnahmen zu treffen, die ein günstigeres Museum zur Folge haben könnten. Es geht nur so, dass man sagt, die Kosten müssen innerhalb von 5 Jahren z.B. um 10% gesenkt werden. Dann ist es Aufgabe des Stadtrates, uns zu sagen, was das für Konsequenzen hat. Wenn Herr Kämpfer immer kommt und sagt, "Ihr müsst uns sagen wo!"; das ist nicht unsere Aufgabe. Das ist die Aufgabe des Stadtrates."

Urs Tanner (SP) nimmt Bezug auf die Schlagzeile der neuesten Ausgabe der Zeitschrift "Spiegel": "*Sind deutsche Schüler doof?*" "Schauen Sie doch die Lesekompetenz der jugendlichen SchweizerInnen an. Diese ist miserabel. Sie müssen doch Kultur gratis anbieten! Wir wollen doch nicht über die Alkoholabgabe an Jugendliche, über Jugend- und Elternleitbilder schwafeln, und die Kids müssen dann 2 Franken pro ausgeliehenes Buch bezahlen. Kulturarbeit ist Präventionsarbeit. Da muss man etwas investieren, um Himmels willen, nicht nur die Steuern senken!"

SR Thomas Feurer nimmt die Bemerkung von Erwin Sutter betr. Sponsoring auf. "Glaubst Du, Erwin Sutter, wir suchen keine Sponsoren? Dieses Potential ist langsam am Schwinden. Auch die Swissair, welche uns an versch. Orten geholfen hat, steht nicht mehr zur Verfügung. Machen Sie sich keine Illusionen, was die Sponsoringgeschichte anbetrifft, ausser Edi Mittler zieht jetzt dann gleich einen Check aus dem Sack.

Sepp Eugster, wir können dieses Musum nicht einfach schliessen - einen Tag mehr. Der Schaden, den wir anrichten, ist wesentlich grösser als wenn wir schrittweise vorgehen. Wir verzeichnen im Musum ca. 45'000 Eintritte pro Jahr. Ich kann Ihnen nochmals versichern, dass wir auf der Ausgabenseite so haushälterisch wie möglich umgehen und die Einnahmenseite sukzessive verbessern werden."

Thomas Hauser (FDP): "Wahrscheinlich müssen wir uns bezüglich Museum im GrSR selbst an der Nase nehmen. Vor zwei Jahren sind die Besoldungen im Museum markant gestiegen. Damals hat die GPK von SR Feurer Begründungen hierfür verlangt. SR Feurer hat in der Folge mühsam eine Vorlage ausgearbeitet und das Chaos von früher irgendwie in richtige Bahnen gebracht. Die Vorlage wurde zur Beratung einer SPK unter dem Präsidium von Frau Freivogel zugewiesen. Es wurde dann dort beschlossen, mit der Verabschiedung der Vorlage zuzuwarten, bis der Stellenplan vorliegt. Der Stellenplan kam als Vorlage, er wurde der GPK zur Beratung zugewiesen. Dort ergaben sich bei der Detailberatung zusätzliche Fragen, zu denen die Verwaltung schriftlich Stellung nehmen musste. Die Detailberatung des Stellenplanes in der GPK ist noch nicht abgeschlossen. Jetzt haben wir hier das Budget 2002 mit neuen Besoldungserhöhungen. Wir drehen uns da selber im Kreis. Irgendwann müsste der GrSR sagen, jetzt machen wir fertig und schlagen einen Pflock ein."

Seite 116 **4900 361.00 Verbillich. Krankenversich.prämien; Anteil Stadt SH**
Stadtrat Thomas Feurer:

Durch die vom Grossen Rat beschlossene höhere Ausschöpfung ergibt sich eine Mehrbelastung für die Stadt von **Fr. 354'500.--** (Fr. 11.-- pro Person). Der Budgetbetrag lautet demnach auf neu Fr. 2'050'500.--.

Seite 148 **5840/5860/5870 366.10 Unterstützungen**

Erwin Sutter (EDU) erkundigt sich, ob Arbeitslose, welche im Rahmen des Programmes zur Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess einen Weiterbildungskurs besuchen, das Kursgeld oder einen Teil davon zurück zahlen müssen, wenn sie wieder einen festen Arbeitsplatz haben - ähnlich Stipendien.

SR Thomas Feurer erklärt, dass es sich bei den von E. Sutter angesprochenen Positionen um normale Unterstützungsgelder für in- und ausländische EinwohnerInnen handelt. SR Feurer hat dazu am 14. August 01 bei der Beantwortung der Interpellation von Thomas Hauser ausführlich Stellung genommen.

"Diese Unterstützungszahlungen basieren auf Richtlinien der SKOS und des Regierungsrates. Wenn ein Weiterbildungskurs über diese Position bezahlt wird, was ganz selten der Fall ist, so kann keine Rückforderung gestellt werden, weil diese "Darlehensbeziehung" mit dem Klienten aus gesetzlichen Gründen nicht möglich ist."

Seite 162 **6200 314.06 Trottoirbauten Fr. 40'000.--**

Verena Stutz (SP):

"Hier geht es um die Fertigstellung von 118 m Trottoir an der Winkelriedstrasse. Die GPK hat mit Stichentscheid des Präsidenten den notwendigen Betrag von Fr. 40'000.- aus dem Budget gestrichen.

Damit ist die SP-Fraktion nicht einverstanden und wir beantragen, diesen Betrag wieder ins Budget aufzunehmen.

Dieses Trottoirstück auf der Höhe Grieshaber an der Winkelriedstrasse wartet schon lange auf seine Fertigstellung. Laut Urs Reichenstein vom Baureferat sind die Beleuchtung und der Trottoirabschluss längst

vorbereitet, und es geht hier wirklich nur noch um die Fertigstellung dieses Stücks. Es ist nicht einzusehen, weshalb genau dieser Teil noch jahrelang eine halbfertige Sache bleiben soll.

Die FussgängerInnen aus dem Seewadel (allen voran die "Kindergärtler" auf ihrem Weg in den Kindergarten Kessel) müssen die Strasse zweimal überqueren, anstatt auf der Talseite direkt und gefahrlos zum Ziel zu kommen. Die Fahrzeuge auf dieser Strecke sind ziemlich schnell unterwegs und es ist unverantwortlich, die Kinder wissentlich dieser vermeidbaren Gefahr auszusetzen. Sehr viele Anwohnerinnen und Anwohner des Seewadels sind ebenfalls dieser Ansicht.

Vor knapp einem Jahr ergab die Umfrage "Schulwegsicherung Kindergärten" des Stadtschulrates, dass unter anderem genau dieser Strassenabschnitt ebenfalls als Gefahrenstelle bezeichnet wurde. Das hat sich seither nicht verändert. Als Antwort auf eine Kleine Anfrage im Frühsommer zeigte sich der Stadtrat bereit, die Situation zu prüfen und wo nötig Abhilfe zu schaffen. Hier ist nun Abhilfe geplant. Weshalb jetzt genau diese Position gestrichen werden soll, ist weder einsichtig noch vernünftig; vor allem, da der Betrag von Fr. 40'000.- die Stadtkasse nicht gross entlasten würde.

Wir stellen daher den Antrag, diesen Betrag wieder ins Budget aufzunehmen.

Die Position 6200.480.04 (Entnahme aus dem Erschliessungsreservefonds) wäre folglich ebenfalls wieder um Fr. 40'000.- zu erhöhen. Dieser Betrag wurde von der GPK als Folge ihres Beschlusses ebenfalls aus dem Budget gestrichen."

Raphaël Rohner (FDP) unterstützt den Antrag Stutz. Er betrachtet die Situation an der fraglichen Stelle als relativ kritisch. "Der Aufwand ist bescheiden im Verhältnis zur Sicherheit, welche mit der Fertigstellung des Trottoirs geboten werden kann."

Herbert Distel (CVP) plädiert ebenfalls für die Fertigstellung dieses Stücks. Er vertritt die Auffassung, es sei gescheiter, hier Fr. 40'000.-- quasi als Prävention einzusetzen, als Fr. 20'000.-- für einen Nothelferkurs zu verwenden, um die verunfallten Kinder nachher zu behandeln.

Edgar Mittler (FDP) unterstützt den Antrag ebenfalls, weil es um beide Strassenseiten geht. Wenn die eine Seite durch die Stadt fertig gestellt werde, so würde von privater Seite auch die gegenüberliegende Seite mit einem Trottoir erschlossen. So habe man eine sichere Passage.

Stadtrat Kurt Schönberger unterstützt den Antrag von V. Stutz. "Wenn Sie diesen Betrag einsparen wollen, so ist dies am falschen Ort gespart. Es ist eine Sicherheitsmassnahme, wofür wir uns einsetzen.

Es mag ein Zufall sein - oder auch nicht -, ich habe heute Nachmittag einen Ordner bekommen mit 450 Unterschriften aus dem Quartier, mit dem Thema Einführung Tempo 30 an der Winkelriedstrasse, aber auch mit dem

Titel "Erstellung durchgehender Trottoirs". Das ist der Beweis dafür, dass die Quartierbevölkerung dieses Trottoir haben möchte. Ich bitte Sie daher, der Wiederaufnahme dieses Betrages ins Budget 2002 zuzustimmen."

ABSTIMMUNG

Auf Antrag von Verena Stutz (SP) entscheidet der Rat mit **36 zu 5** Stimmen - gegen den Antrag der GPK - diese Position im Budget zu belassen.

Diese Korrektur ist ergebnisneutral, da der Betrag von Fr. 40'000.-- dem Erschliessungsreserve-Fonds 14.362.00 entnommen und der Pos. 6200 480.04 gutgeschrieben wird.

Seite 202 **9410 Buchgewinne**

424.10 Übertrag der SASAG-Aktien in die Separatrechnung der Städtischen Werke Fr. 2'625'000.--

Kurt Zubler (SP): "Ich beantrage im Namen der SP-Fraktion, den Übertrag der SASAG-Aktien in die Separatrechnung der Städt. Werke zu streichen. Die Massnahme beinhaltet vordergründig nichts anderes, als die Verschiebung von der einen Bilanz in die andere. Dieser Zaubertrick beschert dem Voranschlag 2002 der Stadt Schaffhausen einen einmaligen Phantom-Ertrag von über 2,6 Millionen Franken und bringt die städtischen Werke gleichzeitig in den Besitz aller SASAG-Aktien der Stadt Schaffhausen.

Dieses Vorgehen muss aus mehreren Gründen abgelehnt werden.

1. Dieser Budgetzauber entspricht keiner nachhaltigen Finanzpolitik. Mit der Verschiebung der Aktien von Bilanz zu Bilanz wird ein einmaliger Pseudo-Ertrag generiert, der dazu dient, die Senkung des Steuerfusses zu ermöglichen. Nachhaltige Politik heisst aber auch nachhaltige Steuerpolitik. Dazu gehört ein Abbau der Schuldenlast und eine nachhaltige Entwicklung des Steuerfusses. Eine Senkung des Steuerfusses bedingt die mindestens mittelfristige Aussicht auf höhere Erträge bzw. tieferen Aufwand. Eine auf einmalige und erst noch interne Buchgewinne abgestützte Senkung des Steuerfusses muss sich als Strohfeuer erweisen. Das erwünschte positive Signal kehrt sich ins Gegenteil um, da die Verlässlichkeit der politischen Behörden in Frage gestellt wird.

2. Der Zeitpunkt der Verschiebung der SASAG-Aktien trifft sich just mit der geplanten Verselbständigung der Städt. Werke, die nach Plan des Stadtrates möglichst bald vollzogen werden soll. Das Budget 2002 der Städt. Werke basiert bereits auf der Annahme der Verselbständigung. Der Verdacht, dass auch dieses Fuder noch schnell ins Trockene gebracht werden soll, drängt sich auf.

3. Weder für die Stadt noch für die Städt. Werke sind aus dieser Transaktion Vorteile zu erkennen. Die Stadt wird nach der Ansiedlung der Aktien bei den Städt. Werken die nachhaltige Dividende, die in diesem Jahr 120'000.- beträgt, nicht mehr vollumfänglich einstreichen können. Dies gilt zumindest dann, wenn die gewünschten Beteiligungen Dritter an der Holding zustande kommen werden. Die Stadt, die heute im VR der SASAG vertreten ist, wird an Einfluss in der SASAG verlieren, da sie nur noch sehr mittelbar ihre Interessen vertreten könnte. Sie müsste diese in Zukunft über die Aktionärsrechte an der Holding an den VR der Holding richten, welcher diese wiederum über die Vertretung im VR der SASAG einzubringen hätte.

Da wie bereits erwähnt in Zukunft davon auszugehen ist, dass im VR der Holding auch Interessenvertreter anderer Beteiligter einsitzen würden, würde die Einflussnahme der Stadt mehrfach gefiltert. Allfällige Wünsche, wie sie etwa Kollege Meister in seiner Kleinen Anfrage formuliert hat, würden sich - bis sie dann endlich beim richtigen Gremium angelangt wären - in nichts auflösen. Auf der anderen Seite hätten die Städt. Werke vom Einfluss der Stadt im VR der SASAG nichts zu befürchten, da sie ja hoffentlich die gleichen Ziele wie die Stadt selbst verfolgen werden.

4. Die Stadt Schaffhausen bzw. die Städt. Werke besitzen eine Option für den Kauf von weiteren 18% der SASAG-Aktien bis 30. März 2002 (dies ist die Auskunft von Direktor H. Bolli an die GPK im Jahre 1999) oder allenfalls bis 31. Dezember 2003 (Auskunft Stadtpräs. M. Wenger an die GPK im November 2001). Sollten die Städt. Werke - wie es scheint - über die Spezialfinanzierung "Beteiligungen" die nötigen Mittel besitzen, so müssen diese in erster Linie für das strategische Ziel des Erwerbes dieses 18%-Paketes eingesetzt werden.

Dass dies ein strategisches Ziel sein muss, entnehme ich der Vorlage zum Kauf eines Aktienpaketes vom 3.8.99, wo es auf Seite 2, Absatz 3. heisst: (Zitat) *"Hätte ein mit der Region nicht verbundener Investor das Paket Siemens gekauft, wäre die Erfüllung unserer spezifischen Anforderungen an die sasag in Frage gestellt gewesen (Programmzusammensetzung, Tarifpolitik, Versorgungsdichte etc.)."*

5. Sollten sich jemals überzeugende Argumente für die Notwendigkeit eines Verkaufes der SASAG-Aktien ergeben, sollten diese im Sinne der vom Stadtpräsidenten so oft gepriesenen Devestitionen gezielt und im Sinne einer vom Grossstadtrat Christian Hablützel in einer früheren Ratssitzung vorgeschlagenen Sanierung verwendet werden; d.h. also für dringend notwendige, anders nicht finanzierbare Investitionen, keinesfalls aber - und hier wiederhole ich mich - zum Anfachen eines dreiprozentigen Steuerfussenkungs-Strohfeuers."

Stadtpräs. Marcel Wenger:

"Ich will gerne zum Antrag von GrSR Zubler Stellung nehmen. Sie haben gesagt, wir würden damit keine nachhaltige Finanzpolitik betreiben. Das ist falsch.

Wir betreiben eine nachhaltige Ertragspolitik, wenn wir dieses Aktienpaket ins Eigentum der Werke übertragen. Blenden Sie einmal zurück. Wir sind in einer Verselbständigungs-Phase, die relativ heikel ist und wo die Werke in einem liberalisierten Markt bestehen müssen. Wir müssen schauen, dass wir möglichst viele Kundenbindungs-Möglichkeiten haben, und dass die Städt. Werke in der Lage sind, ihr Kerngeschäft Gas, Wasser, Elektrizität und die Telecom sinnvoll zu vernetzen. Das tun wir bereits mit einer engen Zusammenarbeit im Verwaltungsrat der SASAG. Der Direktor der Städt. Werke ist im VR-Ausschuss, ich selber bin im VR der SASAG drin.

Bezüglich Aktienmehrheit ist zu sagen, dass die Stadt gemäss Aktionärsbindungs-Vertrag einen Anteil von höchstens 49% des Gesamtpaketes, welches 300 Aktien umfasst, erwerben kann. Die SASAG ist eine private Gesellschaft. Es sind drei private Aktionäre dabei. Sie werden mir nachsehen, dass ich aus Gründen des Datenschutzes nicht sagen darf, wer diese Aktionäre sind und wie viele Aktien sie besitzen. Wir sind mindestens soweit gekommen, dass wir für das Paket der Siemens

AG, welche einen grossen Teil der SASAG-Aktien besass, eine Option zum Erwerb bis zum 31. Dezember 2003 haben. Diese Option kann jedoch nur durch die Städt. Werke ausgeübt werden, nicht durch die Stadt selbst. Die SASAG und auch der SR wollen die Städt. Werke mit diesem Paket versehen, weil es darum geht, innerhalb der liberalisierten Märkte den Städt. Werken wenigstens diesen wichtigen und nachhaltigen Beitrag an der zukünftigen Tätigkeit mit zu geben. Wir tun dies nicht, in dem wir ihnen die Aktien zu einem Preis mitgeben, der nicht den Realitäten entsprechen würde, d.h. zu einem tiefen Preis. Die Aktien wurden geschätzt. Die Bewertung hat im Rahmen der erwähnten Optionsvereinbarung stattgefunden und wurde durch die Firmen KPMG und BDS vorgenommen. Dabei ist man zu diesen rund 30'000 Franken je Aktie Basiswert gekommen. Hinzu kommt eine Verzinsung von 4% pro Jahr seit der Schätzung im Jahr 1999 sowie ein Risikozuschlag von 3% p.a., was im Jahr 2001 einen Wert von Fr. 36'750.-- pro Aktie ergibt. Wir haben einen Übernahmewert von Fr. 35'000.-- festgelegt, welcher anständig ist. Es darf auch festgehalten werden, dass die Städt. Werke mit den jährlichen Ablieferungen an die Stadtkasse einiges zum Ergebnis der städt. Rechnung beitragen. Wenn wir die Ertragsfähigkeit der Städt. Werke erhalten wollen - Sie sehen in der Verselbständigungs-Vorlage, dass die Dividenden-Ablieferungen trotz des liberalisierten Marktes praktisch gleich weitergeführt werden -, dann brauchen die Städt. Werke dieses Aktienpaket.

Sie können sich auf den Standpunkt stellen, es spiele keine Rolle, ob dieses Aktienpaket der Stadt oder den Werken gehöre. Das ist nicht so. Die Städt. Werke müssen ihre Einflussnahme auf die SASAG so weit wie möglich verstärken, weil sie in der Liberalisierung vor Herausforderungen stehen, für deren Bewältigung wir gute Voraussetzungen schaffen müssen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag von Kurt Zubler nicht zuzustimmen. Wir haben einiges gemacht zur Sicherung der Aktionärsrechte bei den Städt. Werken. Hier geht das Argument von Kurt Zubler auch fehl. Der Einfluss auf die SASAG, so wie er heute ist von der Stadt aus, wird sogar noch stärker werden, wenn wir über die Strom AG und über die Holding gleichzeitig die Politik der SASAG mit 49% der Aktien - wenn es einmal so weit ist - bestimmen können. Da sind Sie gefordert im Grossen Stadtrat. Der GrSR wird aus seiner Reihe dann sowohl für die Strom AG wie auch für die Holding Verwaltungsräte stellen. Wir sind ja auch so weit, dass wir Ihnen die Rechnung dieser Holding und der einzelnen Tochtergesellschaften vorlegen müssen - ebenso die Gewinnausweise und die Rechenschaftsberichte. Es ist nicht so, dass der Einfluss der Stadt schlechter wird.

Natürlich haben wir die Chance gepackt, dieses SASAG-Aktienpaket nicht zum Null-Tarif, sondern zum effektiven Wert einzuspeisen. Das ist auch korrekt so. Es wäre ein Rosstäuscher-Trick gewesen, wenn wir den Städt. Werken etwas in die Bilanz gegeben hätten, wo vom Anfang an eine grosse Stille Reserve vorhanden gewesen wäre. Da hätten Sie mit Recht protestieren können. Es ist natürlich so, bei Aktionärsbeteiligungen, die man auf 100 Franken abschreibt, kommt irgend wann der Liquidationserlös. Wenn es schon möglich ist, auf diese Weise ein ausgeglicheneres Budget zu erhalten, dann sollten wir diese Chance packen."

Christian Hablützel (SP): "Ich habe ein kleines Unwohlsein. Der Stadtpräsident hat gesagt, er dürfe die Namen der Aktionäre nicht nennen, wir gehören also quasi einem "Geheimbund" an. Aber bei so grossen Beteiligungen sollte mindestens das Parlament wissen, wer die anderen Aktionäre sind.

Ein anderer Punkt betrifft das Budget der Städt. Werke. Wir haben ein Budget auf Grund einer bereits liberalisierten oder verselbständigten Form im Anhang. Da ist die Volksabstimmung noch nicht passiert. Es gibt keine Position für den Ankauf dieses Aktienpaketes, soweit ich dies sehen kann; ich habe diese Position nicht gefunden. Da habe ich eine grundsätzliche rechtliche Frage. Es ist mir ein Rätsel, wie eine Verwaltungsabteilung einer anderen Verwaltungsabteilung Aktien abkaufen kann, wobei der Ertrag in die Laufende Rechnung eingespeist wird. Das Geld, mit dem diese Aktien bezahlt werden, das gehört uns. Das heisst, wir kaufen die Aktien selber ab und speisen dies auf der Ertragsseite wieder ins Budget ein. Da habe ich meine juristischen Bedenken. Ich gebe Ihnen das zu bedenken. Das sind elegante Jonglierereien.

Ich mache Ihnen einen Vorschlag, damit die Steuerfuss-Senkung nicht "Bach ab" geht. Es gäbe z.B. die Möglichkeit, das Aktienpaket zu behalten, das Geld, welches uns sowieso gehört, gleichwohl von den Städt. Werken zu nehmen. Das würde heissen, dass wir im Jahr 2002 eine Abschöpfung um 2,6 Mio Franken auf der Ertragsseite der Städt. Werke vollziehen. Das Geld ist offensichtlich vorhanden, sonst könnte man nicht mit unserem Geld unser Aktienpaket kaufen. So wäre der Friede wieder hergestellt."

Bernhard Egli (OeBS) vertritt die Meinung, man solle die Finger von diesen Jonglierereien lassen. "Ich bitte Sie, die Übertragung der SASAG-Aktien abzulehnen. Die Argumente haben Kurt Zubler und Christian Hablützel geliefert. Ich möchte die Einflussmöglichkeiten der Stadt SH nicht einschränken, und ich möchte die wichtige Verselbständigung der Werke nicht durch diesen Aktienverkauf gefährden. Man muss nicht Mio von Franken hin und her jonglieren, die uns sowieso schon gehören. Die angesprochenen Synergien sind auch so gewährleistet und wurden bereits in den vergangenen Jahren genutzt. Die SASAG ist jetzt schon in der Liegenschaft des EWS domiziliert."

Edgar Mittler (FDP): "Von Verfilzung kann keine Rede sein. Die SASAG ist eine AG. Da können Sie im Handelsregister nachschauen, wer dort im VR ist. Wer Aktionär ist, das sehen Sie dort nicht, aber das können Sie in Erfahrung bringen. Da geht es nicht um einen Geheimbund oder sonstiges. Ich finde dies einen sinnvollen, langfristigen, strategischen Entscheid. Ich finde es richtig, dass Gas, Wasser, Strom und Telekommunikation an einem Ort angesiedelt sind. Ich finde es auch richtig, dass dieser Aktientausch kommt. Ich darf in aller Bescheidenheit sagen, dass ich diesen Antrag vor ca. 2 Jahren in der Verwaltungskommission der EWS gestellt habe. Da wurde noch nicht von einer Steuerfuss-Senkung gesprochen, wie das jetzt damit in Verbindung gebracht wird. Die Verselbständigung war ebenfalls noch weit weg. Solche Prozesse dauern. Es ist reiner Zufall, dass dies heute im Budget steht. Ich bitte Sie, den Antrag des SR und der GPK zu unterstützen."

Stadtpräs. Marcel Wenger (auf eine entsprechende Frage des Ratspräsidenten): "Sie präjudizieren keine Verselbständigung, wenn Sie dieser Übertragung des Aktienpaketes in die Rechnung der Städt. Werke heute zustimmen. Wenn das Verselbständigungsprojekt allenfalls scheitern sollte - damit müssen wir ja auch rechnen - bleiben die Städt. Werke ein Regiebetrieb der Stadt Schaffhausen.

Ich möchte Sie doch bitten, dieser Übertragung zuzustimmen. Ich verspreche Ihnen - wenn es nötig sein wird - in der Debatte über die Verselbständigung der Werke noch einen Antrag zu stellen, wie man die Leistungsaufträge so formuliert, dass Sie die Kontrolle über diese "Tochter der Tochter", denn die SASAG ist ja eine selbständige Gesellschaft, auch noch ausüben können."

Peter Wullschleger (CVP): "Ich habe jetzt auch ein wenig Mühe damit, dass hier beinahe der Eindruck erweckt wird, es handle sich hier um einen Kuhhandel oder um noch Schlimmeres. Es macht in gewisser Weise Sinn, dass ein städt. Werk, welches sich mit primärer Dienstleistung - Energieversorgung der Bevölkerung - befasst, sich gleichzeitig noch mit der Verteilung von Daten beschäftigt. Man könnte ja beispielsweise den Empfang von Fernsehbildern letztlich auch als Datentransport sehen. Wenn man sagt, dies macht Sinn, und es dann zu einer Übertragung dieser Aktien kommt, dann muss man dieses Aktivum irgendwie in der Rechnung auf eine Gegenposition stellen. Diese haben wir hier ausgewiesen.

Überrascht bin ich höchstens, dass man nicht gefragt hat: Stimmt der Preis? Aber dies hat seine Richtigkeit so. Es tut mir leid, ich kann dem Antrag Zübler nicht zustimmen."

Christian Hablützel (SP): "Ich denke, die Städt. Werke sind gut dran. Falls sie verselbständigt werden, haben wir ihnen Stille Reserven in der Größenordnung von ca. 250 Mio Franken auf den Weg gegeben.

Wir sprechen von den Städt. Werken, wie wenn sie eine eigene Rechtspersönlichkeit wären. Sie sind aber eine Verwaltungsabteilung und das Geld, das sie aus dem Gewinn des Energieverkaufes generiert haben, gehört uns! Dieses (unser) Geld buchen wir in die Laufende Rechnung ein und übertragen Aktiengegenwerte. Es wäre unser gutes Recht, dieses Geld abzuschöpfen, ohne diese Übertragung zu machen."

Peter Käppler (SP) verweist auf ein Problem in der Grossregion Zürich, wo sich eine Kabelgesellschaft, weil zu teuer akquiriert wurde, stark verschuldete und nun versucht, mit Gebührenerhöhungen den überhöhten Kaufpreis wieder wettzumachen. Sie wurde vom Preisüberwacher zurück gepfiffen. Es ist heikel, wenn solche Gesellschaften zu weit weg sind von der Einflussnahmemöglichkeit durch die Öffentlichkeit. Die Telekommunikationsnetze gewinnen zunehmend an Bedeutung und sind zu einem Teil brisant. Wir wissen nicht, was wir heute mit der Aktienübertragung weg geben. Es wurde erwähnt, wie der Preis der Aktien berechnet wurde. Es kann jedoch sein, dass er möglicherweise zu tief ist, wenn man in die Zukunft schaut. Die ganze Transaktion ist finanzpolitisch heikel. Das Geld ist anscheinend bei den Städt. Werken vorhanden. Es wäre noch interessant zu wissen, in welchem Kässeli es liegt. Wir nehmen Geld, aber geben auch Werte ab. Ich möchte diese Werte vorläufig noch bei der Stadt behalten, um unseren Einfluss sicher stellen zu können. Der

Wunsch nach Einflussnahme ist sowohl auf der linken als auch auf der bürgerlichen Seite vorhanden. Ich fände es daher falsch, wenn wir diese Aktien übertragen würden."

Stadtpräsident M. Wenger entgegnet auf entsprechende Bemerkungen von Christian Hablützel und Peter Kämpfer, dass die Städt. Werke in der Bilanz unter dem Titel Spezialfinanzierung *Liberalisierung/Beteiligung* gewisse Beträge für solche Transaktionen zurückgestellt haben. Bezugnehmend auf das Votum von Peter Kämpfer erklärt M. Wenger, dass SASAG und die Stadt SH diese Sache nicht der Cablecom überlassen werden.

Bernhard Egli (OeBS): "Ich bitte Sie dringend, den Entscheid betr. Übertragung der SASAG-Aktien um 1 Jahr zu verschieben. Dann ist die Volksabstimmung bezüglich der Vonselbständigung der Werke über die Bühne und wir wissen, woran wir sind."

Alfons Cadario (EVP): "ich muss leider Bernhard Egli widersprechen. Ich bitte Sie, diesen Antrag nicht zu unterstützen. Wir haben das in der Verwaltungskommission EWS ausgiebig besprochen. Wenn wir jetzt nicht vorwärts machen, kommt irgend ein Stromhändler, der diese Daten über das Stromnetz transportiert, dann kann das EWS nicht reagieren. Lassen wir das in einer Hand, dann haben wir die kleinsten Probleme und den grösstmöglichen Profit."

Kurt Zubler (SP) wiederholt den Antrag der SP-Fraktion: Streichung der Übertragung der SASAG-Aktien in die Separatrechnung der Städt. Werke. "Es macht Sinn, Strom, Gas, Wasser und Telekommunikation quasi aus einer Hand anzubieten. Das findet bereits jetzt statt. Die Städt. Werke machen dies; sie besitzen bereits 18 Aktien der SASAG, welche sie mit Beschluss des GrSR vom 30. Nov. 1999 erworben haben. Auch die Betreuung der KWS durch die Städt. Werke macht Sinn. Ich hoffe aber doch, dass die Aktien der KWS bei der Stadt SH bleiben werden und nicht in den Besitz der Städt. Werke übergehen. Das ist eigentlich der gleiche Fall. Was wir behalten werden, wenn wir die SASAG-Aktien im Besitz der Stadt SH lassen, ist die ungeschmälerte Dividende und ein direktes Wort im VR, und zwar ungefiltert durch die städtische Vertretung. Mit dem Geld, welches die Städt. Werke in der Kasse haben, sollen sie doch die restlichen Aktien gemäss Optionsvertrag kaufen. Das wäre auch ein erstrebenswertes Ziel."

Stadtpräs. Marcel Wenger: "Wir dürfen diese Aktien nicht kaufen, solange das EW, das Städt. Werk noch eine Verwaltungsabteilung der Stadt SH ist. Wir haben diesen Spielraum durch den Kauf der 18 Aktien ausgereizt, Kurt Zubler. Wir müssen darüber im Regime des öffentlichen Rechtes eine Volksabstimmung machen, wenn wir auch nur eine einzige Aktie dazu kaufen wollten. Ich möchte das gerne im vonselbständigten Zustand der Werke machen. Ich werde auch nicht vor einer Volksabstimmung zurückschrecken. Ich bin ein Vertreter des Service public, auch bei der Kabelgesellschaft. Ich kann Ihnen versichern, dass dieser gewahrt bleibt."

ABSTIMMUNG

betreffend Pos. 9410 424.10 auf Seite 202 des Budgets

Der Grosse Stadtrat entscheidet sich mit 28 Ja gegen 17 Stimmen für die Übertragung der SASAG-Aktien in die Separatrechnung der Städt. Werke zum Preis von Fr. 2'625'000.--.

IV. Investitionsrechnung ab Seite 211

Seite 212 **029 Übriger Allg. Aufwand**

509.00 Personalgesetz-Revision Fr. 150'000.--

Josef Eugster (SVP): "Bekanntlich haben die Personalverbände die Verhandlungen ihrerseits abgebrochen. Daher wird dieser Betrag hinfällig. Ich stelle den Antrag, diese Position zu streichen.

SR Veronika Heller: "Es besteht überhaupt kein Grund, diesen Betrag zu streichen. Die Personalgesetz-Revision wurde vom Grossen Rat auf Grund einer Erheblicherklärung einer Motion in Angriff genommen. Da ist ein Auftrag zu erfüllen. In der Stadtverfassung steht, dass die Stadt sinngemäss das Personalgesetz übernehmen soll, dort wo es geht. Die Stadt hat alles Interesse daran, an dieser Revision mit zu arbeiten. Dieser Betrag von 150'000 Franken deckt das Projekt "Partielle Arbeitsplatzbewertung" ab. Weder die Stadt noch der Kanton haben ein Interesse daran, wegen Ungleichbehandlung einen Rechtsstreit zu riskieren. Wir haben auch ein Interesse daran, unser Personal gerecht einzustufen.

Es besteht also kein Anlass, diesen Beitrag zu streichen. Ich bitte Sie, diese 150'000 Franken im Budget zu belassen. Weiter habe ich Ihnen beim Eintretens-Votum gesagt, dass jene städtischen MitarbeiterInnen, welche ich kontaktieren konnte, ihre weitere Mitarbeit bei den Beratungen zugesagt haben. Ich bin überzeugt, dass auch beim Kanton nicht alle PersonalvertreterInnen aussteigen werden."

Rainer Schmidig (EVP): "Ich muss Sepp Eugster widersprechen. Die Personalverbände haben die Verhandlungen abgebrochen, sie haben sie im Moment sistiert. Es wird eine Personalkommissions-Sitzung stattfinden. Anschliessend werden wir Genaueres wissen. So wie ich die Lage einschätze, werden die meisten, wenn nicht alle Leute wieder an den Verhandlungstisch zurück kehren."

Josef Eugster (SVP) zieht seinen Antrag zurück.

Seite 218 **210 Primarschulhäuser**

503.30 Schulraumplanung Breite/Steig, Projektierung

Esther Bänziger (SP) verweist auf den Kommentar auf Seite 219, wo es heisst: *Projektierungskredit 2001 für ein neues Schulhaus (Wettbewerb nach Festlegung Investitionsprogramm).*

Die Votantin möchte gerne wissen, was in Sachen Wettbewerb läuft.

Weiter drückt E. Bänziger ihr Bedauern aus über die hier fehlende Position Sanierung/Ersatz von Kindergärten, welche gemäss Finanzplan erst im Jahr 2003 an die Hand genommen wird. "Gute Kindergärten sind auch ein Standortvorteil."

SR Kurt Schönberger verweist bei den Kindergärten auf die Tatsache, dass Positionen, welche noch einer Volksabstimmung unterliegen, usanzgemäss nicht ins Budget aufgenommen werden. Über das Konzept bezüglich Ersatz der sog. Rupli-Bauten etc. und den Terminplan hat der Baureferent vor einigen Wochen in diesem Rat berichtet.

Bezüglich Schulraumplanung Breite/Steig äussert sich der Baureferent wie folgt: "Da sind wir an der Arbeit. Der Stadtrat hat dem Hochbauamt den Auftrag gegeben, diesen Wettbewerb zu lancieren. Wir haben dies im Investitionsprogramm und zeitlich so gestaffelt, dass im Jahr 2003 eine Volksabstimmung durchgeführt werden kann."

SR Urs Hunziker nimmt zum Thema Kindergärten wie folgt Stellung: "Die Verantwortlichen vom Hochbauamt haben mir versichert, dass vom Start bis zum Spatenstich für den ersten Kindergarten eine Vorlaufzeit von 22 - 27 Monaten notwendig ist. Das würde bedeuten, dass - wenn die Planung gemäss Vorgabe fortschreitet - der erste Kindergarten im Jahr 2003 ersetzt werden könnte."

Iren Eichenberger, 1. Vizepräs. dankt Esther Bänziger, dass sie mit ihrer Frage bezüglich Kindergärten den SR verpflichtet hat, sich an die versprochenen Termine zu halten. "Ich nehme dies zur Kenntnis und bin froh, dass jetzt wirklich etwas geschieht."

Seite 218 **211 Schulhäuser Primar und Orientierungsschule**

503.25 Turnhalle Buchthalen, Sanierung Fr. 600'000.--

Peter Wullschleger (CVP) nimmt Bezug auf den Kommentar auf Seite 219, wo steht: *Die 2. Etappe umfasst die Sanierung der Duschanlagen sowie die Vergrösserung des Innengeräteraumes.*

"Für dieses Geld stellt man ein Einfamilienhaus in diese Turnhalle hinein. Besteht da ein gewisses Sparpotential oder wurde da noch etwas anderes saniert?"

SR Kurt Schönberger räumt ein, dass der Kommentar mangelhaft ist.

"Im Untergeschoss müssen die Garderoben und Duschen saniert werden für einen Betrag von Fr. 273'000.--. Im Erdgeschoss geht es um einen Ausbau des Geräteraums für Fr. 193'000.--. Letztlich geht es noch um die Sanierung der bestehenden WC's im Untergeschoss sowie des Treppenaufganges für Fr. 115'000.--.

Seite 218 **211 Primar- und Orientierungsschule**

506.00 Informatikanschaffungen für die Orientierungsschulhäuser 800'000.--

Iren Eichenberger, 1. Vizepräs. erkundigt sich, was konkret geplant ist.

SR Urs Hunziker: "Bei der Ausrüstung der Orientierungsschulen mit Informatikmitteln werden wir uns an die Empfehlungen des Erziehungsrates

halten. Diese datieren vom 1. September 1999. Wir sind bald einmal ein Jahr zu spät dran, weil diese Position aus dem Budget 01 gekippt wurde. Es geht darum, dass pro Klassenzimmer 3 PC installiert werden. Wir werden damit den Empfehlungen des Erziehungsrates gerecht. Es wäre auch denkbar gewesen, vereinzelt Informatikräume einzurichten. Allerdings haben wir dazu mit Ausnahme des Schulhauses Gräfler aus Platzgründen gar keine Möglichkeit. Im Schulhaus Gräfler wird es voraussichtlich eine gemischte Lösung mit 2 PC pro Klassenzimmer und 1 PC, der pro Klasse in ein eigentliches Informatikzimmer abgezogen wird, geben. Letzteres wird gleichzeitig auch als Tastaturschreibzimmer verwendet.

Die ganze Sache muss ausgeschrieben werden. Wir sind im Moment so weit, dass wir das eigentliche Devis beisammen haben. Die Ausschreibung wird demnächst erfolgen."

Seite 218 Turnhallen

Peter Möller (GB) kommt zurück auf seine Bemerkung im Eintretensvotum bezüglich der Turnhallen Bachstrasse und Emmersberg, welche gemäss Aussagen des Baureferenten in einem derart bedenklichen Zustand seien, dass sich dort Sicherheitsfragen stellen. Der Votant fragt

- a) Liegen für diese beiden Turnhallen bereits Sanierungskonzepte vor?
- b) Wenn Ja, was kostet dies und
- c) wann wird mit der Sanierung begonnen?

SR Kurt Schönberger: "Ich habe bezüglich Emmersberg einen Brief des Schulrates erhalten, wonach die Sicherheit in der Turnhalle Emmersberg nicht mehr gewährleistet sei. Wir haben zusammen mit der Sportkommission eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich mit der Sportstättenplanung befasst. Da wird priorisiert. Wir schauen, wo etwas am wachsenden Schaden liegt. Es gibt eine Prioritätenliste, welche wirksam wird für das Investitionsprogramm, woraus die Beträge für das Budget heraus kristallisiert werden. Wir müssen das zuerst aufarbeiten. Wir nehmen einen Istzustand auf, erstellen einen Massnahmenplan, ermitteln die Kosten. Dann kommt dies ins Budget oder ins Investitionsprogramm."

TEIL 3

Seite 224 **350 Übrige Freizeitgestaltung**

525.00 IG Kammgarn, Kauf Anteile
am Genossenschaftskapital Fr. 300'000.--

Josef Eugster (SVP): "Vor 2, 3 Jahren haben wir hier im Grossen Stadtrat über den zu leistenden Anteil der Stadt debattiert. Es wurde damals ein Betrag von Fr. 200'000.-- gesprochen. Der Stadtpräsident hat damals ausgeführt, wenn wir diese 200'000 Franken übernehmen, zuzüglich den jährlichen Beitrag von 60'000 Franken und was noch alles dazu kommt, dann könne die IG Kammgarn überleben, dann habe man keine Probleme mehr. Ich habe damals schon meine grossen Bedenken geäussert, weil z.B. noch viele Lieferanten-Rechnungen offen waren etc. Jetzt sind wir soweit. Es ist absolut schizophran, wenn wir nochmals 300'000 Franken in den Sand setzen. Wenn sie es bis jetzt nicht geschafft haben, dann schaffen sie es auch in Zukunft nicht.

Ich stelle den Antrag, dass diese Position ersatzlos gestrichen wird."

SR Thomas Feurer: "Ich muss Dir sagen, Sepp Eugster, es wäre schizophren, wenn wir diesen Betrag nicht sprechen würden. Was wir jetzt tun, ist folgendes: Wir subventionieren die Kammgarn mit 60'000 Franken p.a., dazu kommen noch etwa 10'000 Franken für den Vebikus und den TapTab. Diese Betriebe zusammen, inklusive Restaurant, bezahlen an Amortisation und Zinsen an die Bank pro Jahr ca. 150'000 Franken. Das heisst, sie bezahlen wesentlich mehr für den Kapitaldienst als wir ihnen an Subventionen gewähren. Es ist richtig, dass wir damals mit 200'000 Franken eingestiegen sind. Damals war die Besucherzahl bei 20'000 Leuten, heute haben wir ca. 70'000 Leute p.a. im Kammgarnbetrieb. Wir haben etwa 10'000 Leute im TapTab, das ist die jüngere Generation und wir haben etwa 100'000 Leute im Restaurant, wobei letztere nicht subventioniert werden. Die Beiz wird betriebswirtschaftlich geführt."

Der Kulturreferent bedauert es, dass Sepp Eugster nicht mit der Broschüre KAMMGARN KULTUR bedient wurde. Sie wurde den GPK-Mitgliedern ausgehändigt und beleuchtet die Geschichte der Kammgarn. Ebenso wurden den GPK-Mitgliedern 2 OBT-Berichte in Bezug auf die betriebswirtschaftliche Situation der IG Kammgarn ausgehändigt.

"Auch der Stadtrat war interessiert daran, zu wissen, was dort unten passiert. Es ist nicht so, dass dieser Betrieb nicht überleben kann. Der Betrieb kann nicht überleben, wenn er sich nicht schuldenfrei machen kann. Ich hoffe, dass die GPK-Mitglieder in den einzelnen Fraktionen informiert haben, wie das Ganze passiert.

Ich möchte Ihnen noch ein paar Zahlen nennen. Wenn wir 60'000 Franken in die Kammgarn geben, dann sind dies ca. 1 Franken Subvention pro BesucherIn. Nennen Sie einen Kulturbetrieb in der Schweiz, welcher mit 1 Franken pro BesucherIn auskommt. Es wäre richtig, den Leuten, die diesen Betrieb seit Jahren führen, ein Kränzchen zu winden und zu gratulieren angesichts der bescheidenen Mittel, mit welchen sie dieses tolle Angebot aufrecht erhalten. Die Kammgarn ist der Anziehungspunkt für Leute, die am Freitag und Samstag in Schaffhausen ausgehen. Es steht der Stadt Schaffhausen gut an, diesem Kultur-Zentrum Sorge zu tragen. Wir haben mit der Teilung der Verantwortung zwischen Privaten und der öffentlichen Hand ein Modell gefunden - nachdem diese Abstimmung 1994 verloren wurde -, wie es sich die meisten Städte wünschen würden.

Wir haben 200'000 Franken an die Renovation bezahlt. Private haben 700'000 Franken aufgebracht. Die Kammgarn hat 1,5 Mio Franken, welche direkt dem Gewerbe zufließen, investiert.

Es macht keinen Sinn, wenn wir einen Kulturbetrieb unterstützen, der 600'000 Franken Schulden bei den Banken hat, wir diesen mit 60'000 Franken jährlich unterstützen, die nicht einmal reichen, den Zinsendienst und die Amortisation sicher zu stellen. Es kommt dazu, dass diese Schuld innerhalb von 10 Jahren - ab heute gerechnet - abgetragen wird, und die Kammgarn nachher nicht mit einem Betrag Null eingesetzt werden muss. Die Stadt besitzt hier ein gutes Pfand.

Ich denke, dass wir diese 300'000 Franken unbedingt sprechen sollten, weil wir so auf eine elegante Art den Betreibern ermöglichen, 50'000 Franken pro Jahr weniger an Zinsen und Amortisation zu leisten. Wenn wir jetzt die Basis mit Ihrem Antrag unterhöhlen, Sepp Eugster, dann stellen wir dieses

ganze Haus und das Angebot, das dort unten existiert, in Frage. Ich bitte alle in diesem Saal, dies zu berücksichtigen, und uns die Möglichkeit zu geben, die Kammgarn so zu erhalten und irgendwie das zu honorieren, was die Betreiber dort tun.

Der Stadtpräsident hat eine "Handorgel" mit einem 12-Monateangebot gebastelt, aus welchem ersichtlich ist, was in der Kammgarn mit diesen 60'000 Franken geschieht. Diese 60'000 Franken können wir mehren, wenn wir diese 300'000 Franken einmalig noch zusätzlich finanzieren. Die Leute der Kammgarn - sie sitzen auf der Tribüne - haben sich auf die Fahne geschrieben, dass sie diese 300'000 Franken mit einer Aktion "KAMMGARN SCHULDENFREI bis ENDE 2002" verdoppeln wollen. Schaffhausen ist nicht so gross, auch Sie alle werden einen Bettelbrief bekommen. Es ist eine Hilfe, diesen Betrieb für die Stadt aufrecht zu erhalten. Selbstverständlich wird auch das Sponsoring als Unterstützungs-Instrument genutzt."

An dieser Stelle entfalten Stadtpräs. Wenger und Kulturreferent Feurer die erwähnte "Papier-Handorgel" und präsentieren sie dem Plenum.

Bea Hauser (SP): "Ich glaube nicht daran, dass sich die bürgerliche Seite - allen voran Sepp Eugster - von solchen "Übungen" und Präsentationen überzeugen lässt. Thomas Feurer hat aufgezählt, was die Kammgarn für unsere Stadt bedeutet. Als Max Zimmermann diesen Rat verliess, habe ich die letzte naive Sekunde meines politischen Lebens erlebt. Ich habe gedacht, jetzt ist das Thema Kammgarn endlich einmal vom Tisch. Das war naiv. Ich möchte Sie sehr bitten, diese 300'000 Franken Genossenschaftskapital zu zeichnen; nicht nur, weil die Kammgarn-Leute die anderen 300'000 Franken selber durch Sammeln beisteuern, um endlich schuldenfrei zu werden. Die Kammgarn ist nämlich keine Pionierstätte mehr, die Kammgarn ist eine anerkannte kulturelle Institution. Schaffhausen ist ein Kultur-Zentrum, das vieles anbieten will, nicht nur Museum, Stadtbibliothek und Stadttheater." Die Votantin stellt als eifrige Besucherin der Anlässe in der Kammgarn fest, dass sie fast nie ParlamentarierInnen von der bürgerlichen Seite dort antreffe. "Sepp Eugster, Du bist kein Stammgast in der Kammgarn!

Warum reden immer Leute über die Kammgarn, die diesen Betrieb nicht kennen? Die KulturvertreterInnen sind keine Bettler. Die Betreiber haben klare Konzepte. Der Kulturreferent weiss das, wir wissen es eigentlich auch. Die GPK weiss es. Soviel mir bekannt ist, wurde in der GPK kein Antrag auf Streichung gestellt.

Ich bitte Sie, den Leuten, welche die Kammgarn betreiben, eine Sicherheit des Parlamentes zu geben, dass sie weitermachen und schuldenfrei werden können. Ich bitte Sie, diese 300'000 Franken im Budget zu belassen."

Josef Eugster (SVP): "Wenn ich 600'000 Franken mit 8% kapitalisiere, komme ich auf Kosten von 48'000 Franken pro Jahr. Darin ist bereits ein Schuldenabbau einkalkuliert. Dazu kommt, dass sich die Kammgarn nicht an den Infrastrukturkosten beteiligt. Sie bezahlt nichts für den Strom, für Heizung, Wasser etc.. Ich bin erstaunt, wenn man sagt, der Betrieb sei

verschuldet, die Stadt müsse nun wieder eingreifen. Ich werde an meinem Antrag festhalten."

Andres Bächtold (SP): "SR Feurers feurigen Voten gibt es wirklich nichts mehr anzufügen. Ich bin als GPK-Mitglied quasi aufgefordert worden, etwas zu sagen. Wir haben diese Angelegenheit in der GPK ausführlich diskutiert. SR Feurer hat dort in etwa gleich argumentiert. Wir haben anlässlich der Behandlung der Rechnung 2000 bemängelt, dass die Rechnungsführung der Kammgarn-Betriebe nicht sehr professionell war. Die Finanzkontrolle hatte damit ebenfalls Mühe. Die GPK hat dann eine konsolidierte Rechnung verlangt. Wir haben diese auf dieses Budget hin prompt erhalten. Die Sache ist soweit in Ordnung. Ich entschuldige mich bei meinen FraktionskollegInnen, dass ich sie nicht über die schöne schwarze Broschüre der IG Kammgarn informiert habe. Da alle Mitglieder der SP-Fraktion eifrige Besucher und Nutzer der Institutionen in der Kammgarn sind, war dies kein Thema. Deshalb ist es untergegangen. Wir haben zwischen Münsterplatz und Rhein etwas Einmaliges, ein richtiges Kulturzentrum mit den heute bereits verschiedentlich erwähnten Einrichtungen einschliesslich dem IWC-Museum. Es steht der Stadt sehr gut an, diesen kleinen Beitrag an dieses Kulturzentrum noch zu leisten. Das Gebäude steht, wir haben schon viel investiert. Es macht sicher keinen Sinn, das jetzt zu gefährden."

Thomas Hauser (FDP): "Ich spreche auch als GPK-Mitglied. Zum ersten: Wir haben die erwähnte Broschüre erst an der letzten Sitzung erhalten und konnten uns daher nicht sehr intensiv damit beschäftigen."

Zum zweiten: Die Schaffhauser Bevölkerung reagierte seit den 50iger-Jahren sehr allergisch, wenn sie merkte, dass eine Salami-Taktik betrieben wird. Ich erinnere an das Altersheim am Kirchhofplatz. Dort gab es eine Kostenüberschreitung, es gab einen Nachtrags-Kredit für das Dach, welches nicht gebaut werden konnte. Das Volk hat den Nachtrags-Kredit abgelehnt, das Dach ist gleichwohl auf diesem Altersheim, weiss der Teufel auf welche Art! Die Fulachstrasse wurde abgelehnt, in Salami-Taktik-Schritten wurde sie gleichwohl gebaut. Hier sieht es auch etwas nach dieser Taktik aus. Es hiess einmal, man benötige 200'000 Franken, dann sei es fertig.

Jetzt kommen die nächsten 300'000 Franken und wieder heisst es, dann sei es fertig. Es sind aber immer noch Schulden in der Höhe von 300'000 Franken da. Da verstehe ich Sepp Eugster schon, wenn man sagt, jetzt werde einmal die Bremse angezogen.

Ich könnte mich bereit erklären, diesen 300'000 Franken zuzustimmen, wenn man dies mit der Sammelaktion "KAMMGARN SCHULDENFREI bis ENDE 2002" der Kammgarnleute koppeln könnte. Das hiesse, wenn die IG Kammgarn ihren Anteil zusammen hat, dann schießt auch die Stadt Schaffhausen diese 300'000 Franken ein, dann ist die IG Kammgarn schuldenfrei. So laufen wir nicht Gefahr, dass in 3 Jahren nochmals eine Tranche von 200'000 Franken kommt. Wenn wir dies so koppeln können, dann stimme ich zu."

Alfred Zollinger (SVP): "Ich möchte daran erinnern, Thomas Feurer, wir haben anlässlich der Rechnungsbesprechung im Frühling 2001 über die

Verschuldung der Kammgarn diskutiert. Wir suchten Wege, wie dies geändert werden könnte. Ich sagte damals, man müsse die Kreditoren in Eigenkapital umwandeln. Das ist kein Problem. Aber dass dies zuerst die Stadt tun muss, habe ich nicht gesagt. Damit habe ich Mühe. Ich bin bereit, wenn ich einen Bettelbrief bekomme, auf privater Basis mitzumachen. Aber dass die Stadt als erste 300'000 Franken Anteilscheinkapital zeichnet, mit dem kann ich persönlich nicht leben. Man kann mit der Hausbank sprechen, man kann mit den Lieferanten sprechen.

Der OBT-Bericht basiert auf einer prüferischen Durchsicht. Dies ist eine Zusammenführung von Zahlen. Ich glaube im Grundsatz an diese Zahlen. Aber ich muss nochmals sagen, den ersten Schritt sollte die IG Kammgarn tun. Die Stadt kann allenfalls dann nachziehen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Auf diese Position warten einige Leute. Sie bietet Grund für ein Budgetreferendum, wenn die Stadt hier voraus geht."

Theres Brambrink (FDP): "Auch ich bin der Meinung, dass die Kammgarn für viele Menschen, vor allem junge Menschen der Treffpunkt ist. Es ist wichtig, diesen am Leben zu erhalten. Aber ich bin nicht dafür, dass wir die Kammgarn bis zum St. Nimmerleinstag unterstützen müssen. Wenn wir die sichere Zusage haben - diese haben wir jetzt von SR Feurer erhalten -, dass wir diese 300'000 Franken zum letzten Mal sprechen müssen und diese zur Schuldentilgung verwendet werden, dann könnte ich zu dieser letztmaligen Finanzspritze Ja sagen."

Stadtrat Thomas Feurer wiederholt seine Aussage, dass die Stadt mit der Investition von total 500'000 Franken zu einem top Gegenwert kommt. Zum Vorschlag von Thomas Hauser äussert er sich skeptisch. Er könne nicht versprechen, dass die IG Kammgarn ihren Anteil von ca. 300'000 Franken zusammen bringt. Selbstverständlich werde man auch die Banken anschreiben. Er stuft die Chancen für eine erfolgreiche Sammelkampagne der IG Kammgarn höher ein, wenn gesagt werden könne, die Stadt gehe mit einem Beitrag voraus.

"Ich möchte aber noch zurück kommen auf ein Votum von Sepp Eugster, das falsch war. Im Jahr 2001 - also noch unter der alten Schuldenlast - bezahlten die Kammgarnbetriebe zusammen Fr. 127'300.-- Miete*.

Darin eingeschlossen ist die Wärme, welche über Etawatt abgerechnet wird. Dazu kommen die Strom- und die Gaskosten, welche in Rechnung gestellt werden. Früher war es so, dass der Verbrauch an Strom und Gas in der Miete inbegriffen war. Damals bezahlte man Fr. 154'000.-- Miete*. Neu ist es so, dass die OBT sagt, dass die Abschreibungen zu wenig berücksichtigt wurden. Aus diesem Grund müssten die Betreiber in der Kammgarn gesamthaft statt Fr. 127'300.-- ohne Nebenkosten neu Fr. 162'000.-- bezahlen. Wenn wir jetzt diese 300'000 Franken sprechen könnten, und die IG Kammgarn nach Ablauf der Referendumsfrist ab Januar 2002 darüber verfügen könnte, könnten wir die Betriebe um Fr. 51'000.-- Miete* entlasten."

***Anmerkung der Redaktion:** Laut Auskunft der Zentralverwaltung hat die IG Kammgarn im Jahr 2000 und 2001 keine Miete an die Stadt bezahlt. Bei den von SR Feurer genannten Zahlen handelt es sich um die Mietbeträge, welche die IG

Kammgarn den KiK-Vereinen aufgrund von internen Mietverträgen belastet, und welche die Kosten der Genossenschaft decken sollen.

Kurt Zubler (SP): "Sie haben sich vor etwa einer halben Stunde mit eigenem städtischen Geld die SASAG-Aktien abgekauft und in die Städt. Werke überführt. Damit haben Sie das Budget weitgehend in Ihrem Sinn erhalten. Sie wollten damit auch die Ertragskraft und die Qualität der Städt. Werke, welche ein Juwel unserer Stadt sind, steigern und erhalten. Ich bitte Sie deshalb, nun auch der Kammgarn, welche auch ein Juwel unserer Stadt ist, diesen Betrag zu gewähren."

Susanna Freivogel (SP): "Kultur ist eine Kernaufgabe des Staates. Die Kammgarn ist Kultur. Meine Damen und Herren auf der bürgerlichen Seite: Hier kriegen wir für sehr wenig Geld sehr viel Kultur. Ich bitte Sie deshalb dringend, diesem Budgetposten zuzustimmen."

Esther Bänziger (SP): "Ich kann mich diesem Votum nur anschliessen. Zusätzlich finde ich noch, dass wir den traditionellen Kulturbetrieben sehr viel mehr Geld zur Verfügung stellen. In der Kammgarn wird mit sehr viel persönlichem Engagement gearbeitet. Ich finde es armselig, dass wir über diese 300'000 Franken derart lange diskutieren müssen. Die Kammgarn ist wichtig für uns. Wir reden von Jugendleitbildern, von Präventionsarbeit usw. Es verkehren auch viele andere Leute dort. Es finden dort Generalversammlungen, Lehrerkonferenzen usw. statt. Ich bitte Sie schon, die Relationen zu bewahren."

Peter Wullschleger (CVP): "Obwohl ich mit der Institution Kammgarn offen sympathisiere und dort auch regelmässig Veranstaltungen besuche, und mich sogar hin und wieder zu Spenden hinreissen lasse, regt sich in mir unternehmerischer Widerstand. Weshalb, Ester Bänziger? Wenn ich von 70'000 BesucherInnen höre, dann ist das eindrücklich. 70'000 x 1 Franken würden reichen, um diese Diskussion zu erübrigen. Über diesen einen Franken mehr Eintrittsgeld könnte man diskutieren, wobei es dann heisst, das können sich gewisse Leute nicht leisten. In Anerkennung der Leistung dort unten und im Wissen um den Wert eines vielfältigen Kulturangebotes, möchte ich um diese 300'000 Franken nicht grundsätzlich streiten. Ich möchte aber doch beliebt machen, dass man einem allfälligen Antrag von Thomas Hauser folgen und sage könnte: Okay, die Stadt Schaffhausen bezahlt diese 300'000 Franken unter der Voraussetzung, dass die privaten Betreiber - die Genossenschaft - diesen Betrag auch aufbringt."

Weshalb bin ich für diesen Antrag? Ich meine, es gibt viele Dienstleistungen, die man nicht "tel quel" als Service public bezeichnen darf - ich sehe in einem solchen Betrieb viel eher einen Service individuel. Service public nenne ich jene Dienstleistungen, welche alle Leute brauchen, z.B. Belieferung mit Strom, Wasser usw. Kultur ist aber ein so weiter Begriff und lässt so viele Façetten zu, dass es wirklich langsam zu einem Fass ohne Boden wird, wenn man alle Angebote, die man allenfalls machen kann, in Service public umwandelt. Deshalb denke ich, dass ein solches Modell, wie wir es jetzt in diesen Gedanken von Thomas Hauser gefunden haben, durchaus ein Weg sein könnte, wie man auch ein Stadttheater betreiben könnte. Die Diskussion, ob dies allenfalls möglich wäre, die steht

uns noch in einem anderen Zusammenhang bevor. Sollte Thomas Hauser diesen Antrag nicht stellen, würde ich ihn stellen."

Thomas Hauser (FDP) erwähnt, dass man sich in der kurzen Pause in der bürgerlichen Fraktion beraten habe. Er formuliert deren Antrag wie folgt:
"Die Stadt Schaffhausen erwirbt Anteile am Genossenschaftskapital der IG Kammgarn im Betrag von Fr. 300'000.--, wenn die IG Kammgarn ihrerseits Bankkreditschulden in der Höhe von Fr. 300'000.-- abgebaut hat (gilt auch für Pro rata-Beträge ab Fr. 50'000.--)."

Christian Meister (SVP) erwähnt, dass er auch Besucher der Kammgarn sei. "Ich bin nicht prinzipiell gegen diesen Beitrag. Aber wir haben bei der bürgerlichen Mehrheit Angst, dass es ein Fass ohne Boden wird. Ich möchte Sie daher bitten, den Antrag von Thomas Hauser zu unterstützen. Es wäre ein Zeichen an die Betreiber, dass es ihnen ein Anliegen sein soll, die Kammgarn nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu führen."

Herbert Distel (CVP) unterstützt den Antrag von Th. Hauser ebenfalls. Er weist darauf hin, dass es noch andere Projekte gibt im Bereich Kultur. "Ich habe etwas auf dem Tisch, wo man auch 600'000 Franken möchte. Hier könnte die Prämisse ebenfalls lauten: Bringst Du 200'000 Franken, so bringen wir auch 200'000 Franken. Es könnte so vermieden werden, diese und jene Beiträge einfach à fonds perdu zu bezahlen."

Stadtrat Th. Feurer äussert sich nicht glücklich über den Antrag von Thomas Hauser. Er befürchtet Schwierigkeiten betreffend dem "handling".
"Ich kann garantieren, dass seitens der Stadt keine weiteren Infrastrukturbeiträge mehr geleistet werden müssen. Ich werde das den Leuten der Kammgarn auch vermitteln und sagen, dass der Grosse Stadtrat erwartet, dass die Restschuld durch die Betreiber selbst aufgebracht wird.

Dies kann so im Protokoll festgehalten werden."

Unter dem Hinweis auf das Votum von Herbert Distel erklärt der Kulturreferent, dass die IG Kammgarn bereits 1,5 Mio Franken privat aufgebracht habe. Deren Anteil im Verhältnis zum Beitrag der Stadt SH mit 200'000 Franken sei längst viel höher als 50%.

Bezüglich Subventionierung der Eintrittspreise weist SR Feurer darauf hin, dass im Stadttheater jeder Eintritt mit ca. 12 Franken subventioniert werde, in der Kammgarn sei es knapp 1 Franken. Das Dumme sei noch, dass dieser Franken von den Betreibern der Kammgarn verdoppelt und der Bank abgeliefert werden müsse.

Christian Hablützel (SP): "Ich möchte das Angebot von SR Feurer unterstützen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie ein Mittel in der Hand haben, diese Kontrolle auszuüben. Hier handelt es sich so zu sagen um ein Darlehen, Sie kaufen Anteilscheine. Ich kann diese zurück geben, und dann muss die Genossenschaft mir diese Anteilscheine wieder zurück kaufen. Es ist also möglich, nach drei Jahren, wenn die Sachlage nicht unseren Erwartungen entspricht, per Parlamentsbeschluss das Herauslösen der Anteilscheine zu verlangen."

Alfred Zollinger (SVP) erklärt, dass er auch Mitglied des Vereins Contempo sei. Er erhalte jeden Monat das Programm. Manchmal habe er den Eindruck, weniger wäre mehr. Der Votant wiederholt, dass er klar dafür sei, dass die Stadt Hand für eine Lösung bietet, aber die IG Kammgarn müsse vorangehen und die Stadt folgt nach. Die administrative Abwicklung und die Auslösung allfälliger Teilzahlungen seitens der Stadt seien kein Problem.

Roland Schöttle (FDP): "Bei der ersten Kammgarnvorlage habe ich sogar den Gewerbeverband zur Ja-Parole geführt. Ich stehe zur Kammgarn. Aber was Du jetzt machst, Thomas Feurer, mit Deiner übertriebenen Emotion - die Tür, die da aufgeht, wieder zumachst - das ist falsch. Ich bitte Dich im Interesse der Sache: Trete auf diesen Vorschlag ein! Damit kann man die Sache organisieren. Anderenfalls riskiert man tatsächlich, dass es "Bach ab" geht, dass in Schaffhausen wieder eine Stimmung gegen die Kammgarn aufkommt, was es nicht verträgt."

Stadtrat Thomas Feurer: "Natürlich habe ich Emotionen, und es ist auch richtig, wenn ich diese Emotionen zeige. Ich entschuldige mich überhaupt nicht dafür. Ich habe nicht nur Emotionen gezeigt, sondern ich habe auch argumentiert.

Wie Christian Hablützel richtig gesagt hat, bleiben wir ja mit der Beteiligung am Genossenschaftskapital Mitbesitzer. Die Betreiber der Kammgarn machen etwas für die Stadt. Wenn diese Leute gehen würden, ist die Liegenschaft und deren Infrastruktur immer noch da. Eigentlich verlieren wir gar nichts. Im Gegenteil."

Bezüglich des Weges, den Thomas Hauser aufgezeigt hat, wirft der Kulturreferent ein, dass wir schlicht 50'000 Franken verlieren würden, weil eben das Geld der Stadt später eintrifft und der Zinsendienst und die Amortisation des Bankkredites auf dem jetzigen Betrag für die IG Kammgarn weiter läuft.

Ratspräsident P. Neukomm erkundigt sich, ob es finanzrechtlich zulässig ist, den fraglichen Posten im Budget zu belassen, wenn vom GrSR daran Bedingungen geknüpft werden.

Stadträtin V. Heller vertritt folgende Meinung: "Wenn der Stadtrat eine Verpflichtung des Parlamentes entgegen nimmt, dass dieser Betrag nur schrittweise unter der von Th. Hauser erwähnten Prämisse ausgelöst werden kann, dann ist das eine Verpflichtung, die der SR anerkennen und sich daran halten muss."

Peter Wullschleger (CVP) nimmt Bezug auf die Aussage von SR Feurer, wonach man 50'000 Franken verliere, wenn der Betrag der Stadt nicht sofort ausgelöst werden könne. "Es ist letztlich lediglich der Zinsendienst, der hier auflaufen würde, wenn man es nicht so macht, wie es der SR beantragt hat. Dies beträgt in etwa 10'000 Franken, weil es eine Staffelung gibt.

Ich begrüsse die präjudizielle Wirkung des Antrages von Thomas Hauser, weil ich der Meinung bin, dass inkünftig, d.h. in den nächsten 10, 20 oder vielleicht 30 Jahren solche Modelle viel häufiger in die Finanzierung von Infrastrukturen, welche der Allgemeinheit dienen, einfliessen werden.

Edgar Mittler (FDP) sieht kein Problem, wenn das Parlament diesen Betrag an Bedingungen knüpft. "Es verhält sich genau gleich wie bei Investitionen für ein Projekt. Wenn der Betrag im Budgetjahr nicht voll gebraucht wird, gibt es eine Rückstellung bei der Kreditreserve. Wenn also 2002 lediglich 50'000 Franken zur Auszahlung gelangen, gehen 250'000 Franken in die Kreditreserve. Einen ähnlichen Fall hatten wir vor einigen Jahren im Zusammenhang mit dem Erwerb der Skulturen "per ce val". Das Parlament hat einen Kredit gesprochen unter der Prämisse, dass es dem Stadtpräsidenten gelingt, einen gewissen Betrag via Sponsoring herein zu bringen."

Josef Eugster (SVP) zieht seinen Streichungsantrag zugunsten des Antrages von Thomas Hauser zurück.

SR Feurer erklärt sich mit dem sich nun abzeichnenden Weg einverstanden. Er versucht noch - vergeblich - das Parlament dazu zu bewegen, wenigsten den ersten Teilbetrag von Fr. 50'000.-- per sofort auszulösen. "Ich möchte ein X zu Null-Resutat ... oder einfach ein gutes Resultat, ich fahre jetzt ja voll auf Ihrer Schiene!"

Raphaël Rohner (FDP) stellt den Ordnungsantrag, jetzt abzustimmen. Dies sprengt jeden Rahmen!"

Urs Tanner (SP) stellt den Antrag, Abstimmung unter Namensaufruf.
Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Stadtrat Feurer appelliert an das Parlament, ein Signal der Geschlossenheit nach aussen zu senden. Es wäre schade, wenn sich der Rat über das Verfahren wieder auseinander dividieren würde. Er plädiert dafür, auf den Vorschlag von Thomas Hauser einzuschwenken.

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass 2 Anträge vorliegen. Über beide muss abgestimmt werden.

Stadträtin V. Heller möchte das Prozedere vereinfachen. "Wenn sich die GPK-Mitglieder dem Antrag Hauser anschliessen würden, hätte man nur noch über den Antrag Hauser abzustimmen."

Peter Möller (GB) äussert sich als GPK-Mitglied.

"Ich werde mich dem Antrag von Thomas Hauser nicht anschliessen. Das ist egal, denn ob wir dem Antrag von Th. Hauser oder dem Antrag des SR bzw. der GPK folgen, wir sagen jedes Mal Ja zu den 300'000 Franken!"

ABSTIMMUNG

350 Übrige Freizeitgestaltung
525.00 IG Kammgarn, Kauf Anteile

am Genossenschaftskapital Fr. 300'000.--

Der Antrag Thomas Hauser sei hier wiederholt:

"Die Stadt Schaffhausen erwirbt Anteile am Genossenschaftskapital der IG Kammgarn im Betrag von Fr. 300'000.--, wenn die IG Kammgarn ihrerseits Bankkreditschulden in der Höhe von Fr. 300'000.-- abgebaut hat (gilt auch für Pro rata-Beträge ab Fr. 50'000.--)."

In der Abstimmung obsiegt der Antrag Th. Hauser mit 26 : 24 Stimmen.

Seite 234 **790 Planung**

503.10 Projektierung Brückenkopf/Rheinufer Fr. 180'000.--

Peter Wullschleger (CVP) stellt den Antrag, diese Position ersatzlos zu streichen. "Ich sehe nicht ein, dass man dort unten etwas projektieren muss, was funktioniert."

Stadtrat Kurt Schönberger: "Der SR hat bei der Festlegung der Legislaturziele ganz klare Prioritäten gesetzt, und hat dem Baureferenten den Auftrag gegeben, diese Planung aufzunehmen. Es geht um zwei Bereiche, zum einen vom EW bis zum Brückenkopf der Feuerthaler Brücke, zum anderen vom Brückenkopf hinauf bis zum Lindli. Die seinerzeit überwiesene Motion von Bernhard Egli hatte dies zum Gegenstand. Am Freien Platz ist vorgesehen, dass die Bushaltestellen an den Randbereich verlegt werden sollen. Der Platz soll neu gestaltet werden. Dann geht es darum, die Zufahrt zum Güterhof, die Kurzzeitparkierung usw. neu zu regeln. Da sind wir im ständigen Kontakt mit der IGU und dem Quartierverein Unterstadt, welche diese Anliegen der Anwohnerschaft vertreten. Es geht darum, ein Einfallstor quasi als Visitenkarte unserer Stadt zu gestalten. Ich bitte Sie, diesen Betrag im Budget zu belassen."

Roland Schöttle (FDP): "Ich möchte den Antrag auf Streichung dieses Budgetpostens unterstützen. Die Stadt kann es sich nicht leisten, etwas was bestens funktioniert und jüngeren Alters ist, planerisch wieder in Frage zu stellen. Es geht bei diesen 180'000 Franken um einen Planungskredit. Wie ich gehört habe, soll dies ein internationaler Wettbewerb werden, der da ausgeschrieben werden soll. Entweder wird das Geld so in den Sand gesetzt, oder dann generiert das wieder Aufwändungen für die Umgestaltung eines Bereiches, wo es bestens funktioniert. Wir können uns das zur Zeit schlicht nicht leisten. Darum empfehle ich dringend, diese Gelder in Schaffhausen sinnvoller zu verwenden als für Unnötiges. Ich bin auch für das Bauen und für das Gewerbe, aber diese Projektstudie ist wirklich unnötig. Bernhard Egli hat seinerzeit mit seiner Motion eine Attraktivierung gefordert. Hier will man eine totale Veränderung schaffen, und das sollten wir uns jetzt nicht leisten."

Bernhard Egli (OeBS): "Man kann ja jedes Jahr über die Rechnung und das Budget reden. Aber in Planungssachen sollte man schon nicht jedes Jahr das Gegenteil vom Vorjahr sagen. Meine Motion wurde damals ohne Gegenstimme überwiesen. Es ging um die Attraktivierung des Rheinufers von der Neuhauser Grenze bis zum Lindli. Das kann man nicht innerhalb

eines Jahres machen. Ich finde es gut, wie das Baureferat diese Planung angepackt hat. Das wird eine gute Sache geben. Wir können schon in Standortmarketing machen. Aber wenn wir an der Ader der Stadt nichts tun und 3 Jahre nach der Motionsüberweisung sagen, das sei überhaupt nicht wünschbar, dann verstehe ich Sie nicht mehr!"

Thomas Neukomm (SP): "Ich verstehe wirklich langsam die Welt nicht mehr. Diesen Sommer haben wir ein Fest gefeiert. Da hatten die Leute plötzlich Visionen und waren begeistert über das, was dort unten stattfinden kann. Es kam von Leuten, von denen man es sich nicht gewohnt ist, die Idee, man könnte dort unten mehr machen als heute. Jetzt kommt man und möchte das Ganze in Frage stellen und alles nur mit der Sparübung begründen. Haben Sie wirklich nichts mehr anderes im Sinn als die Vermehrung von Parkplätzen und die Reduktion der Steuern? Das ist unglaublich!"

Peter Wullschleger (CVP): "Ich könnte ja sagen, ich war noch nicht im Rat, als Bernhard Egli seine Motion eingebracht hat. Es geht ja nicht darum, dass man nichts tut. Wenn man einen Platz attraktivieren kann, indem man Busnischen verlegt, dann soll man diese versetzen. Die Frage ist nur: Braucht es einen Planungskredit, dem mit jeder Garantie weitere folgen werden? Beispiele gibt es in dieser Stadt genug, dass man Wettbewerb um Wettbewerb aneinander knüpft. Ideen gibt es offensichtlich. Thomas Neukomm hat es auch gesagt, obwohl ich nicht der Meinung bin, dass man an der Rheinuferstrasse jedes Wochenende ein Riesenfest aufzieht. Aber dass man diesen Strassenstück hin und wieder für solche Zwecke benützen kann, dafür braucht es keinen Planungskredit von 180'000 Franken. Wenn man das in diesem Rat nicht mehr einbringen kann, dann habe ich auch meine liebe Mühe. Wenn man dann sagt, die anderen haben keine Visionen, dann finde ich das wirklich auch bedenklich und eine Unterstellung. Sie zeugt nicht vom geistigen und physischen Durchstehvermögen an einer solchen Sitzung."

Bea Hauser (SP): "Wir werden noch herausfinden, wer die besseren Nerven hat." Die Votantin verweist auf den Umstand, dass wie erwähnt, die Motion Egli einstimmig überwiesen wurde. Es stört sie, dass der Grosse Stadtrat das Anliegen eines Quartiers nicht zur Kenntnis nehmen will.

"Die IGU Unterstadt - Vertreterin des Gewerbes und der Geschäfte - und auch der Quartierverein Fischerhäuser/Unterstadt schreiben seit Jahren Petitionen, Briefe und telefonieren, dass sie den Freien Platz verbessert wissen wollen. Wir sind dort bei der Planung um 10 Jahre im Rückstand. Daher müssen diese Fr. 180'000.-- im Budget bleiben, damit etwas passiert."

Thomas Neukomm (SP): "Ich möchte etwas sagen wegen der Ungehaltenheit. Es mag sein, dass ich etwas emotional wurde. Das liegt eben an dem, was Bea Hauser gesagt hat. Die Situation in der Unterstadt ist seit langem unbefriedigend. Die Unterstadt leidet unter dem dort herrschenden schlechten Zustand. Es hat dort leere Ladenlokale. Im Gegensatz zur Oberstadt, welche jetzt mit einem Parkhaus aufgewertet

wurde, hat die Unterstadt keinen Impuls erhalten. Die Stadt will sich verkaufen. Wenn man sich verkaufen will, muss man etwas bieten und Visionen haben. Die Unterstadt dümpelt seit Jahren vor sich hin, dabei gibt es viele Studien, welche erstellt wurden zum Brückenkopf, zum Strickmaschinen-Areal. Es wurde nichts umgesetzt. Man hat immer gesagt, man wartet den Güterhof ab; der ist bis jetzt nicht gekommen. Dann hat man gesagt, man müsse ein Gesamtkonzept haben. Weil wir das jetzt immer vor uns her geschoben haben, müssen wir jetzt einmal handeln. Das ist auch ein Juwel von Schaffhausen. Diese Schifflande, der Freie Platz und das zu sanierende Rheinufer haben ein Potential. Da ist zu überlegen, was gemacht werden soll. Es geht nicht darum, die Rheinuferstrasse zu sperren und daraus einen Festplatz zu machen."

Edgar Mittler (FDP): "Ich bin auch für eine Attraktivierung des Freien Platzes. Aber brauchen wir hierfür einen Planungskredit von 180'000 Franken? Wir haben doch ein eigenes Planungsbüro. Da können Ideen entwickelt werden. Dann kommt das Kreditbegehren. Hierauf sind wir sicher bereit, ein solches zu unterstützen."

Alfred Zollinger (SVP) erkundigt sich nach der aktuellen Situation bezüglich Bretterhof/Fischerhäuserberg. Es dürfe nicht sein, dass jetzt seitens der Stadt geplant werde, später dann möglicherweise die Realisierung des erwähnten Projektes erfolge und man mit der Planung wieder von vorne beginnen müsse.

Hans Ith (SVP): "Es sind nicht mehr viele in diesem Saal, welche bereits im Rat waren, als die Stadt SH den Bretterhof im Baurecht abgeben hat. Man hoffte damals, dass dort etwas passiert. Es ist bis heute nichts passiert. Man ist immer noch in der Planung. Nehmen Sie doch einmal die Pläne hervor, die damals erstellt wurden!"

Stadtrat K. Schönberger: "Wir hatten kürzlich ein Gespräch mit den zuständigen Herren der Firma Spaltenstein. Es geht darum, dass mit den ursprünglichen RekurrentInnen Kontakt aufgenommen wird, nachdem einiges Geschirr zerschlagen wurde, was nicht nötig gewesen wäre. Es existierte ein Projekt, worauf man sich gegenseitig geeinigt hatte. Die Bauherrschaft änderte diese Pläne wieder und legte sie auf. Da wäre ich als ehemalige Rekurrentin auch nicht einverstanden gewesen.

Im Moment sind die Leute daran, die Scherben zusammen zu wischen. Ich hoffe, dass dies gelingen wird. Wie es mit diesem Projekt weiter geht, weiss man nicht. Dasselbe gilt für den Güterhof. Deshalb möchten wir vorwärts machen und benötigen diesen Kredit."

ABSTIMMUNG

Der Rat beschliesst mit 24 : 22 Stimmen, den Betrag von Fr. 180'000.-- im Budget zu belassen. Der Streichungsantrag von P. Wullschleger ist somit abgelehnt.

Keine Wortmeldung.

VI. Stiftungen und Legate ab Seite 264

Keine Wortmeldung.

VII. Spezialverwaltungen ab Seite 286

Keine Wortmeldung.

VIII. Stiftung Impuls ab Seite 308

Keine Wortmeldung.

IX. Sonderschulen ab Seite 314

Das Budget Sonderschulen dient lediglich z.K., materiell hat der Rat nichts zu entscheiden, weil diese vom Kanton finanziert werden.

X. Betriebe ab Seite 322 - 352

Keine Wortmeldung.

I. Gesamtergebnis ab Seite 1

Seite 3 Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung
Seiten 7 - 10 Sachgruppenstatistik.

Somit ist der Voranschlag 2001 durchberaten.

SR Veronika Heller gibt an dieser Stelle noch die definitiven Zahlen der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung bekannt, so wie sie sich nach der heutigen Budgetberatung darstellen:

Zusammen mit den ergänzenden Anträgen der GPK vom 5. Dezember 2001, welche diesem Protokoll beiliegen, ergibt sich beim Voranschlag 2002

- in der Laufenden Rechnung ein Defizit von Fr. 2'822'000.--,
- in der Investitionsrechnung ein Fehlbetrag von Fr. 10'779'800.--.

Der Finanzierungsfehlbetrag beläuft sich auf Fr. 7'303'200.--.

Botschaft des Stadtrates vom 11. Sep. 2001 zum Voranschlag 2002

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest die Seitenzahlen .

Seite 7 **Steuersoll 2002**

Erwin Sutter (EDU) stellt Differenzen fest bei den Steuererträgen 1998 - 2000 (History) zwischen dem "dicken Buch" Voranschlag 2002, dem Finanzplan und den in der Botschaft ausgewiesenen Steuererträgen.

Beispiel: Total Rechnung 1999	Botschaft	Finanzplan
	94,691 Mio	96,178 Mio

Der Votant wünscht, dass man diese Differenz abklärt.

Die Finanzreferentin wird diese Diskrepanz klären.

Weitere Wortmeldungen zur Botschaft erfolgen nicht.

Anträge

GPK-Präsident Alfred Zollinger macht den Rat noch auf zwei Änderungen aufmerksam:

- Die GPK stellt bei Punkt 2 den Antrag, den Steuerfuss bei 112% zu belassen.
- Unter Punkt 3 entfällt die Position 620.501.30 Parkleitsystem, weil der Betrag gemäss Vorlage des SR neu unter Fr. 200'000.-- liegt und daher nicht dem fak. Referendum untersteht.

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest die Anträge:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2002 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 112 % festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Raphaël Rohner (FDP)

"Namens der bürgerlichen Fraktionsgemeinschaft FDP/CVP und SVP/EDU stelle ich Ihnen den Antrag, es sei der Gemeindesteuerfuss auf 109% festzusetzen und damit eine Reduktion des Steuerfusses für das kommende Jahr um 3%-Punkte vorzunehmen, so wie es der Stadtrat in Ziff. 2 seines ursprünglichen Antrages in seiner Botschaft zum Voranschlag 2002 der Einwohnergemeinde der Stadt Schaffhausen vom 11. September 2001 vorgesehen hatte.

Ich erinnere Sie daran, dass wir in diesem Jahr bereits mehrfach in diesem Ratssaal seitens des Stadtrates auf das steuerpolitische Umfeld in den uns konkurrenzierenden Nachbargemeinden und den daraus resultierenden dringenden Handlungsbedarf für die Stadt Schaffhausen hingewiesen worden sind.

Es wurde jeweils von dringendem Handlungsbedarf gesprochen. Das ist richtig: Heute sind wir in Pflicht genommen!

Ich erinnere Sie daran, dass Steuersenkungen in erheblichem Umfang nicht nur in den Zürcher Nachbargemeinden, sondern auch in Schaffhauser Gemeinden beschlossen worden sind. Die Unterschiede gegenüber der Stadt Schaffhausen sind krass und bedürfen einer Korrektur.

Es ist an der Zeit, dass wir auch in der Stadt Schaffhausen reagieren und uns vor Augen halten, dass zu einem erfolgreichen Wohnortmarketing nicht nur wohlformulierte Konzepte und Absichtserklärungen gehören, sondern dass auch tatsächlich messbare Handlungen vorgenommen werden.

Wir haben eine hohe Wohnqualität in unserer Stadt, das ist unbestritten.

Wir verfügen über eine ausgezeichnete Dienstleistung unserer Verwaltung und über ein gut ausgebautes und funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz, das ist unbestritten.

Wir können als Bildungsstandort stolz sein auf gut geführte Schulen, bis hin zu den Berufsschulen und zur Kantonsschule, das ist ebenfalls unbestritten.

Wir verfügen über eine Naherholungszone, die seinesgleichen sucht. Auch diese Aussage kann nur bestätigt werden.

Aber dies alles - meine sehr verehrten Damen und Herren - dies alles genügt eben nicht, um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den angeführten Nachbargemeinden zu erhalten oder gar ein wenig zu verbessern.

Wesentliche Faktoren für den Entscheid, sich in Schaffhausen nieder zu lassen, sind nebst den eben genannten

- die Verfügbarkeit von genügend Bauland für gehobene Wohnansprüche (darüber werden wir uns noch bei der neuen Bauzonenplanung ausgiebig zu unterhalten haben)
- und eben ein attraktiver Steuerfuss, der wenigstens einigermaßen im Vergleich mit den Nachbargemeinden mithalten kann.

Und hier haben wir ein Zeichen zu setzen, und zwar so, wie es der Stadtrat ursprünglich vorgeschlagen hat, bereits im Zusammenhang mit den vorliegenden Budget 2002.

Diese Forderung nach einer Senkung des Steuerfusses um 3 Prozentpunkte ist finanzpolitisch vertretbar und angemessen und zwar ganz im Sinne einer ersten nachhaltigen Investition in die Zukunft.

Ich bitte Sie darum, diesem Antrag zuzustimmen."

Bea Hauser (SP) stellt den Antrag, die Abstimmung über den Steuerfuss unter Namensaufruf durchzuführen.

Edgar Mittler (FDP) unterstützt die Argumente seines Fraktionskollegen R. Rohner. "Ich bin der Meinung, dass es noch mehr Fleisch am Knochen hat. Wir müssen ein Zeichen setzen in der Stadt Schaffhausen. Nachdem der Rat die Lohnerhöhung in der Höhe von 1,5 % bewilligt hat, müssen wir ein deutliches Signal nach aussen geben, damit die Stadt Schaffhausen attraktiv bleibt bzw. wieder wird. Steuerfuss-Senkungen sind immer auch eine Investition in die Zukunft. Auch in den Kantonen Zug und Schwyz sind die gut betuchten SteuerzahlerInnen nicht wegen der schönen Landschaft, dem guten Schulsystem und dem regen, kulturellen Leben zugezogen, sondern vor allem wegen den tiefen Steuern. Auch dort musste einmal der Entscheid gefällt werden, die Steuern zu senken, obwohl es die dazumalige Situation der Verschuldung eigentlich nicht zugelassen hätte.

Das nennt man weitsichtige Finanzpolitik. Kurzfristig eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen und langfristig von guten SteuerzahlerInnen profitieren, das ist unsere Aufgabe.

Ich nenne einige Beispiele, wo man noch Geld flüssig machen kann:

- Stille Reserven bei den Aktien (Bewertung überprüfen)
- Aktivierung der Fonds und Stiftungen (Stiftungszwecke überprüfen)
- Stille Reserven bei den Liegenschaften des Finanzvermögens.

Schliesslich ist die Art und Weise der Verbuchung der Steuern zu überprüfen. Wir weisen rund 10 Mio Franken Steuerrestanzen aus. In der Privatwirtschaft sind dies Debitoren. Die Debitoren werden auf der Gegenseite als Ertrag eingebucht. Es ist mir klar, wenn 10 Mio Franken Steuerrestanzen da sind, kann man diese nicht zu 100% in die Erfolgsrechnung nehmen. Es dürften etwa 60 - 70% hievon

tatsächlich herein kommen. Bei der Stadt wird nur verbucht, was effektiv bezahlt ist. Wenn Sie jetzt am 28. Dezember 2001 die Steuern bezahlen und diese am 3. oder 5. Jan. 2002 dem PC-Konto der Stadt gutgeschrieben werden, dann figurieren sie nicht mehr bei den Einnahmen 2001; geschweige denn jene, welche erst im neuen Jahr bezahlen. Das ist kaufmännisch nicht ganz in Ordnung. Da gibt es Möglichkeiten, die wir ausschöpfen müssen.

Ich beantrage daher eine Senkung des Steuerfusses um 5 auf neu 107%-Punkte."

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin: "Natürlich hat Edi Mittler jetzt einige Vorschläge gemacht, wo vielleicht noch Sparmöglichkeiten bzw. flüssige Mittel drin liegen. Aber ich bin dagegen, dass wir jetzt quasi die Katze im Sack kaufen oder vielleicht die Katze im Sack verkaufen. Wir könnten uns auch Zeit lassen und diese Vorschläge zuerst seriös prüfen, und dann allenfalls eine Steuerfussreduktion ins Auge fassen.

Es wurde heute Abend verschiedentlich so summarisch angesprochen, die Dienstleistungen der Stadt seien zu teuer. Wir haben vor kurzer Zeit die Antwort erhalten zur Kleinen Anfrage von Hans Ith betreffend Städt. Spitexverband. Da ist eindeutig ausgewiesen, dass wir kein Fleisch mehr am Knochen haben. So werden wir wahrscheinlich um viele Illusionen ärmer, wenn wir der Sache auf den Grund gehen. Darum fände ich es fahrlässig, jetzt eine Steuerfussreduktion ins Auge zu fassen, zumal uns diese gar nicht so viel bringt, das wissen wir ja. Die Leute laufen nicht wegen 3 Steuerprozenten weg.

Im übrigen möchte ich auf Folgendes hinweisen - ich bin ein bisschen ins Archiv gestiegen, ich sammle jeweils Zeitungsausschnitte: Da hat am 14. Oktober 2001 die FDP Fraktion eine Stellungnahme verfasst. Allerdings ging es damals um die Erweiterung der Koordinationsstelle familienergänzende Kinderbetreuung. Da hat sie sehr gute Argumente angeführt - allerdings am falschen Platz. Sie hat zum Beispiel geschrieben: "Betrachtet man noch die trüben Aussichten im Budget 2002 der Stadt Schaffhausen, so wird doppelt deutlich, dass für solche Bildungen der finanzielle Spielraum fehlt. Bevor man grosszügig Geld ausgeben kann, muss man es irgendwo einnehmen." Und ich meine, man sollte auch nicht unnötigerweise darauf verzichten. Hier halte ich es mit der FDP Fraktion."

Stadträtin Veronika Heller: "Der Stadtrat hat vor nicht allzu langer Zeit zur Volksinitiative "Flexibilisierung des Steuerfusses" Ja gesagt, und dieses Ja auch dem Parlament und dem Volk empfohlen. Der Stadtrat hat damit wesentlich zum Erfolg in der Volksabstimmung beigetragen. Mit dem Budget 2002 hat Ihnen der Stadtrat eine Senkung des Steuerfusses um 3 Punkte vorgeschlagen.

Die Zahlen, die ich Ihnen vorhin als Resultat verlesen habe, basieren auf dem vom SR beantragten Steuerfuss von 109%. Da wir aufgrund der aktuellen Situation frühestens im Frühsommer 2002 eine zuverlässige Prognose über die zukünftigen Steuereinnahmen haben werden, können mehr als 3 Punkte heute nicht verantwortet werden. Ich erachte den Antrag von Edi Mittler als absolut verantwortungslos. Damit ist auch noch eine Falschinformation verbunden. Die Steuereingänge werden verbucht und der Rechnung 2001 jetzt dann wieder gutgeschrieben bis und mit dem Stichdatum im Januar 2002, das der Kanton festlegt - der 13., der 15. oder was weiss ich. Es ist also nicht so, dass wenn am 28. Dezember einbezahlt wird, dies nicht mehr in der Rechnung 01 erscheinen würde.

Auf Grund des neuen Steuergesetzes ist - mit Ausnahme der Verstorbenen und der Weggezogenen - keine einzige Steuerrechnung definitiv. Die Rechnungen sind alle provisorisch und zwar auf Grund der Selbstdeklaration. Über 70% der Steuerpflichtigen haben Revisionsanträge gestellt. Diese sind jetzt noch nicht geprüft worden. Das war der Grund, weshalb wir die GPK gebeten haben, die beantragte Stellenbesetzung gemäss Stellenplan der Steuerverwaltung vorzuziehen, weil all diese Arbeit im Februar/März des nächsten Jahres gemacht werden muss. Bis wir wissen, ob diese Anträge gerechtfertigt sind in ganzer Höhe, teilweise oder nicht, schwimmen wir genau so, wie der Kanton im Moment auch noch schwimmt.

Was ich bereits seit mindestens 3 Jahren sage, ist, dass wir die Liegenschaften des Finanzvermögens anders bewerten sollten. Es weiss niemand, woran wir sind. Dass wir verschiedene andere Sachen noch im Köcher haben, habe ich angedeutet mit meinem Hinweis auf die Beantwortung der Motion Wullschleger, wo wir uns über verschiedene Punkte unterhalten werden.

Der Stadtrat hat nach seiner Klausurtagung im März dieses Jahres viele Massnahmen in die Wege geleitet - die Projektaufträge sind inzwischen zum grössten Teil erteilt. Es gibt auch noch andere Dinge, die wir weiter verfolgen.

Wenn ich sie richtig zitiere, Edi Mittler, haben Sie gesagt, dass wir uns "jetzt schon ein bisschen mehr verschulden können, weil wir damit in die Zukunft investieren." Aber ich habe heute Abend einige Male gehört, dass wir uns eigentlich nicht weiter verschulden und uns bei den Investitionen zurückhalten sollten.

Wir sind mit dem neuen Steuergesetz in einer relativ ungewissen Situation. Die Leute, die heuer noch gleich viel verdienen, wie sie 1997/1998 verdient haben, werden durch die Steuergesetz-Revision um 4 %, durch den Kanton um 3% und durch die Stadt - wenn Sie so entscheiden - um weitere 3%, d.h. um total 10% entlastet. Eine weitergehende Steuerfussreduktion können wir nicht verantworten, weil wir nicht wissen, wohin die Reise geht."

Peter Käppler (SP) findet die Begründung von Edgar Mittler für eine 5%ige Senkung des Steuerfuss dürftig. Das Budget sei in der GPK auf "Herz und Nieren" geprüft worden und man habe kein Fleisch mehr am Knochen gefunden. Es gebe in der Stadt sehr viele gebundene Ausgaben, wo wir keinen Einfluss hätten. Der Votant appelliert an E. Mittler, konkrete Vorschläge zu bringen, wie die Mindereinnahmen aus einer erhöhten Steuerfuss-Reduktion aufgefangen werden können. Vage Aussagen und Andeutungen würden nicht genügen.

"Wenn Sie einen Leistungsabbau wollen - ob im Bereich des Service public oder beim Service individuel -, so legen Sie dies dem Volk konkret vor, damit man sieht, was Sie wirklich beabsichtigen!"

Susanne Günter (FDP): "Wir sind eine privilegierte Gemeinde in diesem Kanton. Soweit mir bekannt ist, sind wir die einzige Gemeinde, welche das Instrument "Flexibilisierung des Steuerfusses" kennt. Wenn wir dem Antrag von Edi Mittler - Steuerfussreduktion um 5%, die ich unterstütze - zustimmen, so haben wir die Möglichkeit, den Steuerfuss ohne Volksbefragung 2003 wieder anzuheben." Die Votantin erachtet die Steuerfussreduktion als ein wichtiges, positives Signal nach

aussen. Die Ausgaben müssten konsequent eingeschränkt werden. "Ich plädiere auch für eine Steuerfussenkung um 5%-Punkte."

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Ich unterstütze selbstverständlich den Antrag unserer Finanzreferentin, welche darauf geschaut hat, dass Anträge gestellt werden, welche wirklich auch verkräftbar sind. Ich beurteile das Defizit in der ordentlichen Verwaltungsrechnung - ohne den Antrag Mittler jetzt schon zu würdigen - mit 2,8 Mio Franken als im Streubereich liegend, gerade noch vertretbar. Sie haben ein Signal gesetzt zu Handen des Personals, welches sicher mit einer gewissen Zuversicht aufgenommen wird, und Ihnen auch einen Dank des Personals eintragen wird.

Auf der anderen Seite verdienen auch die städtischen Steuerzahlenden ein Signal, so wie es Ihnen der Stadtrat beantragt hat. Ich bin überzeugt, dass es vertretbar ist, dieses Signal im Rahmen des nun vorliegenden Budgetsergebnisses auszusenden.

Die Unsicherheiten sind doch auch da, Edi Mittler. Die Konjunktur ist im Moment in einer kritischen Lage. Es gibt wieder mehr Arbeitslose. Die Kündigungen bei der Swissair werden diese Zahlen auch in unserer Region weiter ansteigen lassen. Wir müssen vorsichtig agieren mit den Signalen, sowohl beim Personal wie auch beim Steuerfuss. Es geht um das richtige Mass. Dieses finden Sie nicht bei 5 % und nicht bei Null. Sie verstärken das Signal des Kantonsrates, welches mit 3%-Punkten gesetzt wurde. Ich bitte Sie, das zu bedenken, wenn Sie jetzt dann zur Abstimmung schreiten."

Bea Hauser (SP): "Ich bitte Sie, beim Antrag der GPK - 112 Punkte - zu bleiben. Ich wundere mich sehr über die Taktik der FDP Fraktion. Einerseits haben Sie früh eine Reduktion um 3 Punkte auf 109% signalisiert - Ihr Fraktionssprecher trägt sie vor -, dann springt jemand auf und beantragt 107%, und ein weiteres Mitglied Ihrer Fraktion springt auf und votiert ebenfalls für 107%, obschon man 109% vereinbart hat. Sie müssen sich schon nicht wundern, wenn Sie heute Abend möglicherweise ein kleines Waterloo erleben. Die SP Fraktion ist nicht für eine Senkung des Steuerfusses, so lange die Verschuldung unserer Stadt nicht abgebaut wird. Mit dem heutigen Budget wurde sie nicht abgebaut. Ich bitte Sie nochmals, bei 112% zu bleiben."

Esther Bänziger (SP): "Ich wundere mich sehr. Das Defizit im letztjährigen Budget war etwa gleich hoch wie das nun vorliegende. Bei der Behandlung des letztjährigen Budgets war ein grosses Gejammer, es gehe uns nicht gut, wir könnten dies und jenes nicht machen. Als damalige GPK-Präsidentin habe ich sehr vieles mitgetragen, was ich heute bereue.

Der SR hat mit der Ankündigung, den Steuerfuss um 3%-Punkte zu senken, sehr früh ein falsches Signal gesetzt. Damals wusste man überhaupt noch nicht, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Von den Freisinnigen fühle ich mich auch über den Tisch gezogen. Sie haben bei ihrer damaligen Initiative "Flexibilisierung des Steuerfusses" sehr betont, sie würden eine Steuerfussreduktion nur dann wollen, wenn es die Situation erlaube. GPK-Präsident Fredi Zollinger hat heute in seinem Eintretensvotum gesagt, die Schulden seien zu hoch und der Finanzplan sei miserabel. Dies finden wir auch. Wir streiten zwei Stunden lang über lumpige 300'000 Franken für eine Institution, wovon die ganze Stadt und die Umgebung profitiert. Jetzt geht es um 3

Steuerpunkte. Sie wissen, dass dies den meisten Leuten fast nichts bringt. Aber es tönt einfach gut. Man sagt jedoch nicht, wo man nicht investieren kann, weil am Schluss das Geld doch fehlt.

Es wird den Linken und der Mitte oft der Vorwurf gemacht, wir wollten hohe Steuern. Dem ist überhaupt nicht so. Aber ich will einen Staat, der sich gewisse Dinge leisten kann. Eine Stadt, die sich ein 40'000-fränkiges Trottoir nicht leisten kann, welche die Kammgarn nicht entschulden kann, sich aber eine dreiprozentige Steuerfussenkung leisten kann, welche den meisten Leuten lediglich eine 50 Franken-Note ins Portemonnaie bringt, damit habe ich Mühe."

Erwin Sutter (EDU): "Ich gehe davon aus, dass wir in Schaffhausen einfach zu hohe Steuern haben. Wir haben einen sehr schlechten Standort, wenn wir die Finanzlage anschauen und den Steuerfuss ansehen. Letztes Jahr habe ich dem Budget nicht zugestimmt, weil das Defizit zu gross war. Ich werde dem Budget dieses Jahr zustimmen und zwar nur deshalb, weil die bürgerliche Motion, welche auf der Traktandenliste steht, eine Verwaltungsreform verlangt. Wenn wir schauen, wofür wir in dieser Stadt sehr viel Geld ausgeben, so sind es letztlich die Löhne. Wir kommen nicht darum herum, dieses heisse Eisen einmal anzupacken. Ich bin nicht für eine Steuerfussreduktion von 5% für 2002, um ein Jahr später wieder um 2 Prozente zurück zu gehen. Das ist Unsinn. Wir müssen versuchen, schrittweise herunter zu gehen. 3% ist der richtige Ansatz. Wir müssen ein Zeichen setzen. Der Kanton hat ebenfalls um 3 Punkte reduziert. Ich bitte Sie, der Reduktion um 3%-Punkte zuzustimmen."

Stadträtin Veronika Heller rät Edi Mittler, sich anstelle seines überrissenen Steuerfuss-Senkungsprogramms mit der Butter auf dem Brot zu trösten. "Ziehen Sie Ihren Antrag zurück. Wenn der Antrag durchginge, würden wir bei einem Defizit von 4,5 Mio Franken landen."

ABSTIMMUNGEN

Der Antrag von Edgar Mittler (FDP), den Steuerfuss um 5 Prozentpunkte auf 107% zu reduzieren, unterliegt dem Antrag Raphaël Rohner (FDP), welcher für eine Senkung um 3% plädierte, mit 2 : 36 Stimmen.

Der Antrag Raphaël Rohner (FDP) für eine Festsetzung des Gemeindesteuerfusses auf 109% obsiegt über den Antrag der GPK, den Steuerfuss bei 112% zu belassen, unter Namensaufruf mit 26 : 24 Stimmen.

Die 1. Vizepräsidentin verliert die weiteren Anträge.

3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

		Fr.
140.503.10	Feuerwehr; Anschaffung Fahrzeuge	380'000.--
310.503.10	Museum, Sicherheitseinrichtungen	400'000.--
350.524.24	KSS; Decke/Sicherheit	205'000.--
350.525.00	IG Kammgarn, Kauf Anteile am Genossenschaftskapital	300'000.--

620.501.11	Erschliessungsstrassen; Ausbau Artilleriestrasse	220'000.--
721.506.10	Kehricht- und Sperrgutabfuhr; Anschaff. Fahrzeug	330'000.--
942.703.21	Stadthaus-Geviert, Sanierung ehemaliger Klosterbauten	300'000.--
942.703.80	Erschliessung von überbauten Liegenschaften des Finanzvermögens (Baulandreserve "Seilindustrie")	320'000.--

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2002 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

In der Schlussabstimmung genehmigt der Grosse Stadtrat mit **45 : 1 Stimmen** den bereinigten Voranschlag 2002 der Einwohnergemeinde Schaffhausen.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die Sitzung, mit dem Hinweis, dass für diese Sitzung ein 3-faches Sitzungsgeld ausbezahlt wird.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 18.12.2001 (Wahlsitzung)